

DEMOKRATIEBILDUNG IN DER SCHULE

11. Ingelheimer Fachkongress



Beilage:
Schuljahres-
planer 2023/24

„Bildungsmisere“: Was muss geschehen?

Datenschutz: Suchmaschinen im Unterricht

Chatbots in der Schule? Ministerium reagiert

„Einsame Wölfin“? Auf ein Wort mit der Journalistin Karin Dauscher

Uni Koblenz auf Wachstumskurs: Interview mit Prof. Dr. Stefan Wehner

Entwicklungschancen sehen! Anke Theisen spricht über Schulsozialarbeit

Fortbildungen für Personalräte: Gestaltungsspielräume im Schulalltag

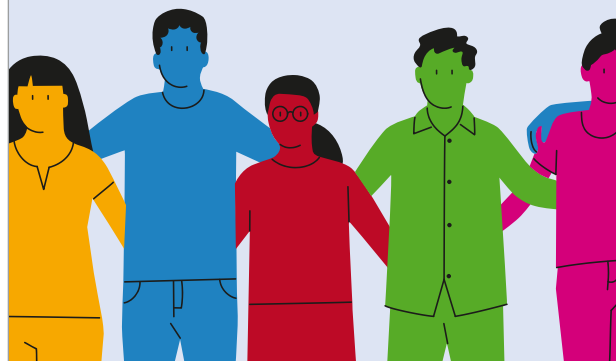


Inhalt

Ausgabe Juli 2023

Editorial	4
Der Landesvorsitzende hat das Wort	5
Dossier	
► Ingelheimer Fachkongress: Demokratiebildung in der Schule	6
Bildungspolitik	
► Bildungsmisere	
Seltene Einigkeit: Es muss etwas geschehen	34
Koalitionsvertrag: Was Berlin an seinen Schulen plant	37
Infos aus der KMK	38
Tarifverhandlungen: Abschluss für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen	39
VRB-Verbandsarbeit	
VRB-Frühjahrsklausurtagung	
Realschule plus – Gleichstellung – Programm Erasmus+	40
Glückwunsch zum Siebzigsten	
Dank an Erwin Schneider und Wolfgang Seebach für herausragendes Engagement	44
VDR-Frauenvertretung	
Nicole Weiß-Urbach neue Vorsitzende	45
VDR-Jugend	
Saskia Tittgen als Vorsitzende bestätigt	46
Bundesministerium für Justiz	
Reform des Betreuungsrechts	47
Ehrung	
Bundesverdienstkreuz für Bernd Karst	48
Frühjahrstagung des dbb-Landesvorstandes	
Tarifergebnis zeitgleich und systemgerecht übertragen	49
Schule in Rheinland-Pfalz	
► Im Gespräch mit Schulsozialarbeiterin Anke Theisen: „Wir haben ein großes Aufgabengebiet“	50
► Auf ein Wort,	
... Frau Dauscher!	52
Inklusion: Bildungsministerium will inklusiven Unterricht ausbauen	54
Reaktionen: Die Ankündigung der Landesregierung stieß sofort auf heftige Kritik	54
Wahl der beruflichen Ausbildung	54
Inklusion, Digitalisierung und Demokratiebildung	
Anpassung der Curricularen Standards der Studienfächer in lehramtsbezogenen Bachelor- und Masterstudiengängen	55
Schule und Recht	
► Wilfried Rausch im Gespräch mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu	
Datenschutz bei der Verwendung von Suchmaschinen	56

6 DOSSIER ZUM 11. FACHKONGRESS





59_ VERKEHRSSICHERHEIT



**62_ PROF. DR. STEFAN WEHNER
IM INTERVIEW**



68_ CHATBOTS IN DER SCHULE



86_ INKLUSION: VERSÄUMNISSE

Jahrestagung der VDR-Seniorenvertretung Schwerpunkthemen „Verkehrssicherheit und Pflege“	59
Lehrkräfteausbildung und Berufseinstieg	
Universität Koblenz – die jüngste Universität Deutschlands VRB im Gespräch mit ihrem Präsidenten Prof. Dr. Stefan Wehner	62 ◀
Unterrichten, Pädagogik, Didaktik und Methodik	
Zukunftstag zum Thema ökonomische und alltagspraktische Bildung Ein Projekttag der Realschule plus Mayen	66
ChatGPT Ein Textroboter sorgt bei Schülerinnen und Schülern für Begeisterung. Lehrkräfte und Bildungsexperten sind geteilter Meinung	68 ◀
Frag die KI: „Welche Vorteile bietet ChatGPT?“ Eine bescheidene Selbstauskunft	69
Haiku	69
VRB-Bezirk Koblenz	
ÖPR-Fortbildung: Gestaltungsspielräume an den Schulen erkennen und nutzen	71 ◀
VRB vor Ort: Zu Besuch bei der IGS Sophie Sondhelm in Bad Kreuznach	72
VRB-Schulung: Unterrichten mit dem iPad	73
Pressemitteilung des VRB: Schule machen ist Profiarbeit	73
VRB-Bezirk Neustadt	
ÖPR-Fortbildung: Schulisches Personalmanagement, Vertretungskonzept und Lehrkräftegesundheit	74
VRB zu Gast im Studienseminar Ilbesheim: Wegweiser durch den Vorbereitungsdienst	75
300 Jahre Reichsgeschichte in Speyer: VRB-Mitglieder besuchen im Historischen Museum die Ausstellung „Die Habsburger im Mittelalter. Aufstieg einer Dynastie“	76
Die Straße als Symbol für Reise, Fernweh und Abenteuer: VRB-Mitglieder besuchen „Street Life“ im Wilhelm-Hack-Museum	76
Sammlungspräsentation neu kuratiert: VRB-Mitglieder lassen sich von der Kunsthalle Mannheim begeistern	77
VRB-Bezirk Trier	
Bezirksversammlung: Schulorganisation und Unterricht: VRB-Mitglieder im Gespräch mit dem ADD-Referenten Achim Buchholz	78
ÖPR-Fortbildung: Lehrkräftegesundheit stand im Mittelpunkt	79
Online-Schulung: „Gewusst wie in 60 Minuten“ – Digitales Infoangebot für Mitglieder	81
Termine, Service und Internes	
Geburtsstagswünsche	82
Nachruf: Ehrenmitglied Alfons Denig	84
Mitgliederverwaltung: Änderungen bitte melden!	85
Vorschau auf das nächste Heft und Impressum	85
KlarText!	
Inklusion: Gelingende Weiterentwicklung nicht erkennbar	86
Beitrittserklärung	87
Letzte Meldungen	88

▶ Unsere Titelbeiträge sind mit einem roten Pfeil versehen.



Aus allen Richtungen hört man, die Situation sei besorgniserregend, alarmierend und nicht hinnehmbar. Deutschland befinde sich in einer Bildungskrise, die es seit dem Pisa-Schock vor zwei Jahrzehnten nicht mehr erlebt habe.

Das trifft wohl zu. Es ist eine Krise, die ohne Corona nicht denkbar ist, aber allein mit Corona nicht erklärt werden kann. Immerhin wird nicht mehr diskutiert, ob es eine Krise ist. Es geht inzwischen darum, sie zu bewältigen.

„Demokratiebildung“. Bernd Karst, Initiator der Ingelheimer Fachkongresse, ist sich mit Dr. Florian Pfeil, dem Leiter der Fridtjof-Nansen Akademie, einig, „dass wir gemeinsam Ideen für eine Intensivierung der Demokratiebildung vorangebracht haben.“ Nun sind das Bildungsministerium und die Fort- und Weiterbildungsinstitute gefordert, die Schulen bei der unterrichtspraktischen Umsetzung wirksam zu unterstützen. Die Kongress-Dokumentation hat Monika Antoni zusammen mit einem Autorenteam erstellt.

Die Nachwuchsreporter der Radio-AG der Rochus-RS plus Bingen haben während des Kongresses den Lehrkräften („Das sind auch nur Menschen“) einen Tag lang über die Schulter geschaut.

Bildungsmisere? Die Ergebnisse der IGLU-Studie haben die „ehemalige Bildungsnation Deutschland“ erneut in Aufregung versetzt. Die Lesekompetenz ist seit zwanzig Jahren kontinuierlich rückläufig. In seltener Einmütigkeit wurden Forderungen laut, es müsse etwas geschehen. Wolfgang Häring

Es muss etwas geschehen

hat die Abhilfe-Vorschläge aus Politik, Wirtschaft und Verbänden gesammelt. Er geht davon aus, dass sie den Handlungsdruck auf die Entscheidungsträger verstärken.

Unterrichtsversorgung. Der erweiterte Landesvorstand tauschte sich mit Rudolf Funken, dem Leiter des Referats Realschulen plus bei der ADD Trier, über Lösungsansätze zur Behebung der Versorgungsdefizite aus. Seitens des Verbandes wurde eingefordert, auch die Belastungssituation der Lehrkräfte und Entlastungsmöglichkeiten einzubeziehen. Die Bildungsministerin hat angekündigt, eine Arbeitsgruppe zur Lehrkräftegewinnung einzurichten.

Gespräche und Interviews

Lehrkräftebildung. Die Uni Koblenz ist die jüngste Universität Deutschlands. Ein Schwerpunkt ihres Studienangebots ist die Lehrkräftebildung. Ihr erster Präsident ist Prof. Dr. Stefan Wehner. Im Interview mit Timo Lichtenthaler und Wilfried Rausch beschreibt er, wie wichtig ihm die Kooperation mit den Studienseminaren und Schulen der Region ist.

Suchmaschinen. Auch bei der Nutzung von Suchmaschinen müssen Lehrkräfte den Datenschutz beachten. Im Austausch mit Wilfried Rausch erläutert unsere Justiziarin Antonia Dufeu unter anderem auch, welche Suchmaschinen als „datenschutzfreundlich“ bezeichnet werden können.

Auf ein Wort. Karin Dauscher ist Journalistin der Tageszeitung „Die Rheinpfalz“ und zudem Vorsitzende der Landespressekongferenz. Warum sie sich als Landeskorrespondentin manchmal als „einsame Wölfin“ sieht, erzählt sie im Gespräch mit Monika Antoni und Regina Sersch.

Schulsozialarbeit. Die Diplom-Pädagogin Anke Theisen ist Schulsozialarbeiterin in Koblenz. Im Austausch mit Nicole Weiß-Urbach beschreibt sie ihre vielen Aufgabenfelder, berichtet über Erfolgserlebnisse in ihrem Berufsalltag und die Grenzen der Schulsozialarbeit.

Auch das gibt es in dieser Ausgabe zu entdecken:

Teilzeit. Renate Hemmersbach, die Gleichstellungsbeauftragte der ADD, hält die VV zum Umfang der dienstlichen Verpflichtung

von Teilzeitkräften für überholungsbedürftig.

Erasmus+ wird als Wegbereiter eines europäischen Bildungsraumes gesehen und ist deshalb gut mit EU-Fördermitteln ausgestattet. Bettina Münch-Rosenthal, Referentin für internationale und europäische Zusammenarbeit, berichtet über Möglichkeiten für Schulen, an dem Programm teilzunehmen.

Curriculare Standards. Das Bildungsministerium hat angekündigt, die Curricularen Standards der Studienfächer in den lehramtsbezogenen Studiengängen anzupassen. Drei Schwerpunktthemen sollen verstärkt Einzug in die erste Ausbildungsphase finden: Inklusion, Digitalisierung und Demokratiebildung.

Chatbots in der Schule? Spätestens seit ChatGPT zur Verfügung steht, ist die Diskussion um den Umgang mit und die Nutzung von künstlicher Intelligenz voll entbrannt. Wir fragen: Worum handelt es sich bei der Anwendung? Was kann sie? Warum gibt es eine so große Aufregung?

Verkehrssicherheit. Die VDR-Seniorenvertretung befasste sich mit den Plänen der EU-Kommission zur Modernisierung der Verkehrsvorschriften, darunter auch eine Anpassung der Führerscheinrichtlinie.

Betreuungsrecht reformiert. Die neuen Vorschriften sind am 1. Januar 2023 in Kraft getreten. Wilfried Rausch stellt u.a. auch die neu eingeführte Ehegattennotverordnung vor.

Glückwunschliste: Wolfgang Seebach hat die aktuelle Geburtstags- und Glückwunschliste zusammengestellt. Sie reicht diesmal bis Dezember.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu schreiben.

Ihr Wolfgang Wünschel

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in wenigen Tagen beenden wir das Schuljahr 2022/2023. Seit der letzten Ausgabe haben viele interessante Gespräche und Veranstaltungen stattgefunden, in denen wir wichtige Akzente setzen konnten.

Fachkongress Demokratiebildung – Motto traf ins Schwarze!

Im Dezember 2022 führte die Stiftung für Engagement und Ehrenamt eine Umfrage im Rahmen der Studie „Demokratische Integration 2.0“ durch. Bemerkenswert und alarmierend zugleich ist dabei die Tatsache, dass 25 Prozent bei dieser Abfrage nicht sehr zufrieden mit der Demokratie als Staatsform und acht Prozent sogar überhaupt nicht zufrieden sind.

Auch deshalb hat der VRB die „Demokratiebildung in der Schule“ in den Mittelpunkt des 11. Ingelheimer Fachkongresses gestellt. Der Kongress hat uns alle noch einmal darin bestärkt, dass sich Demokratiebildung nicht allein auf eine Ausweitung der Politischen Bildung beschränkt. Demokratiebildung versteht sich als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip. Bildungsministerium und Fort- und Weiterbildungsinstitute sind gefordert, die Schulen bei der unterrichtspraktischen Umsetzung wirksam zu unterstützen.

Herausforderungen angehen!

In einer Klausurtagung in Trier sind wir mit Referentinnen und Referenten der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in den Dialog getreten. Nur gemeinsam werden wir die vielfältigen Herausforderungen an den Schulen stemmen können. Es geht um die Stärkung der Realschule plus, um eine adäquate und zukunftsfeste Personalisierung der Schulen, um eine Strategie zur Bewältigung des Lehrkräftemangels und um Entlastungen der Kollegien und Schulleitungen.

Dialog mit den Universitäten!

Zum 1. Januar 2023 wurde die Universität Koblenz eigenständig. Das ist das Ergebnis eines langen Prozesses. Durch meine Mitgliedschaft im Hochschulrat war auch der Verband Bestandteil dieser Entwicklung. Viele Impulse, überwiegend zu den Lehramtsstudiengängen, fanden Berücksichtigung im Hochschulentwicklungsplan. Der langjährigen Forderung, dem Mangel an

Förderschullehrkräften abzuhelfen, soll nun entsprochen werden. Die Einrichtung eines entsprechenden Studiengangs steht an. Im Interview mit dem Präsidenten wird deutlich, dass die Universitäten ein wichtiger und unverzichtbarer Partner in der Lehrkräfteausbildung sind.

Die Delegierten sind ein wichtiges Bindeglied!

Ohne unsere Delegierten an den Schulen würde die Verbandsarbeit nicht funktionieren. Die Delegierten sind Impulsgeber und unverzichtbares Bindeglied zwischen den Mitgliedern und den Vorständen. Für das Engagement vor Ort in den Schulen möchte ich mich im Namen des Landesvorstandes herzlich bedanken.

Als exklusive Veranstaltung organisiert der Verband Delegiertentage auf Landes- und Bezirksebene, die zur Information und vor allem der Erweiterung bestehender Netzwerke dienen.

Zehn Jahre Fachhochschulreife an der FOS

Der Verband Reale Bildung war bei der Einführung der FOS ein konstruktiv-kritischer Befürworter und hat somit ein starkes Interesse daran, dass sich die Fachoberschulen in die richtige Richtung entwickeln. Dafür sind wir im ständigen Dialog mit den Landtagsparteien und dem Bildungsministerium.

In diesem Sommer wird an den Fachoberschulen, die 2013 eingerichtet wurden, zum zehnten Mal die Fachhochschulreife verliehen. Dies ist Anlass, sich bei allen zu bedanken, die sich für die Fachoberschule eingesetzt und zum Gelingen der neuen Schulform beigetragen haben. Es gab keine Blaupause für eine Fachoberschule, die an einer Schule der Sekundarstufe I angedockt ist. Umso erfreulicher ist es, feststellen zu können, dass die Fachoberschule fest im rheinland-pfälzischen Bildungssystem verortet ist.

Mehr Verantwortung im VDR!

Im Bundesvorstand des VDR sind auch die Vorsitzenden der sogenannten Querschnittsorganisationen vertreten und können so aktive Verbandsarbeit auf Bundesebene gestalten. Aus rheinland-pfälzischer Sicht können wir berichten, dass sowohl Nicole Weiß-Urbach (VDR-Frauenvertretung)



als auch Saskia Tittgen (VDR-Jugendvertretung) zu Vorsitzenden ihrer Organisationen gewählt wurden und somit im Bundesverband vertreten sind.

Bessere Personalversorgung!

Gerade zum Schuljahreswechsel legen wir den Fokus besonders auf die Personalisierung. Wir fordern eine Unterrichtsversorgung von über 100 Prozent ein, damit auf kurz- und mittelfristige Personalausfälle reagiert werden kann.

Eine überdurchschnittliche Personalversorgung ist auch vor dem Hintergrund des Schülerzuwachses nicht nur durch ukrainische Schülerinnen und Schüler zwingend erforderlich.

Ebenso wichtig ist, die schulpsychologische Unterstützung und Versorgung der Schulen in Rheinland-Pfalz auszubauen. Einschneidende Ereignisse wie Pandemien, Naturkatastrophen und Kriegssituationen bedeuten für Kinder und Jugendliche sowie Lehrkräfte eine enorme seelische Belastung.

Wir sind für Sie da!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen im Namen der Verbandsgremien für Ihr tägliches Engagement. Sie tragen einen wichtigen Teil dazu bei, dass sich die Schulen weiterentwickeln können. Der VRB setzt sich parallel für die notwendigen Rahmenbedingungen ein. Wir sind für Sie da!

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien einen erholsamen Sommer.

Ihr Timo Lichtenhäger

Timo Lichtenhäger

DOSSIER: 11. INGELHEIMER FACHKONGRESS

DEMOKRATIEBILDUNG IN DER SCHULE

INHALT

Thematische Einführung von Bernd Karst	7	Rede des Landesvorsitzenden: Demokratie ist die Kunst des guten Zusammenlebens	22
Keynote Dr. Florian Pfeil: Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt	8	Podiumsdiskussion: In der Bildungspolitik muss endlich eine Zeitenwende einsetzen!	23
Bilderstrecke: Wir begrüßen unsere Gäste	12	Im Gespräch mit Julian Paul, LSV: „Ich sehe, dass ich etwas bewirken kann.“	26
Vorstellung der Arbeitskreise	14	Radio-AG: Nachwuchsreporter berichten über den Fachkongress	28
Arbeitskreis 1: Werteordnung im Vergleich. Was ist in Deutschland anders?	15	Bilderstrecke: Der VRB bedankt sich	29
Arbeitskreis 2: Demokratie im Alltagsunterricht	16	Im Gespräch mit Dr. Florian Pfeil	30
Arbeitskreis 3: EUROPA DIREKT – Demokratie auf europäischer Ebene	17	Bilderstrecke: Impressionen	32
Arbeitskreis 4: Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus	19		
Arbeitskreis 5: Escape Room „Charta der Vielfalt“	20		



Ehrenvorsitzender Bernd Karst bei der Vorstellung des Kongressthemas: Demokratiebildung versteht sich als Querschnittsthema und fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip.

THEMATISCHE EINFÜHRUNG

Der 11. Ingelheimer Fachkongress fand auch in diesem Jahr hohen Zuspruch. Die Kongressreihe des VRB startete 2009 und findet seitdem in Kooperation mit der Fridtjof-Nansen-Akademie in Ingelheim statt. Sie hat sich zu einem erfolgreichen Bestandteil der verbandspolitischen Arbeitsinhalte entwickelt.

Viele sehnen sich nach einer heilen Welt

In seinem Einstieg knüpft Bernd Karst an den Roman der schwedischen Autorin Astrid Lindgren „Wir Kinder von Bullerbü“ an. Bullerbü sei die klassische heile Welt. In unserer wirklichen Welt könne es nie so sein wie in Bullerbü. Das fiktive Dorf vermittele ein so starkes Bild, weil sich viele Leute nach einer heilen Welt sehnen, sie aber nicht erleben.

Mit Blick auf aktuelle politische Entwicklungen gerieten die Ereignisse der Vergangenheit leicht in Vergessenheit. Doch auch in der jüngeren Geschichte habe es keine längere Epoche völlig frei von Bedrohungen, Überlebens- und Versorgungskämpfen, von Krisen und Kriegen gegeben. Nein, eine Idylle habe es nie gegeben.

Der Traum von der heilen Welt begegne vielen Menschen vor allem in Krisenzeiten. Sie versuchten, der realen Welt und dem eigenen unangenehmen Alltag zu entfliehen. Bedenklich werde es für jene, die sich dauerhaft der Wirklichkeit entziehen. Politikverdrossenheit münde nicht selten in einen solchen Eskapismus.

Demokratie erfahren, einüben, gestalten und weiterentwickeln können

Demokratie bedeute, dass jeder Einzelne vielfältige Möglichkeiten besitze, sich in politische Prozesse und Entscheidungen einzubringen: Institutionalisiert in Parteien, Vereinen oder Bürgerinitiativen, durch soziales Engagement und Wahlen. Demokratie sei keine Selbstverständlichkeit und habe auch keine Ewigkeitsgarantie. Demokratie sei eine ständige Herausforderung für den Staat, die Gesellschaft und den Einzelnen.

Eine lebendige Demokratie setze voraus, dass junge Menschen sie von Kindheit an als Lebensform erfahren, sie einüben, gestalten und weiterentwickeln können. Die Schule trage hierbei eine besondere Verantwortung. Schule habe den Auftrag, in ihrem Alltag demokratisches Leben und Handeln zu ermöglichen, nicht nur im Unterricht, sondern in allen Bereichen des Schullebens. „Die Stärkung junger Menschen in ihrem Engagement für den demokratischen Rechtsstaat und ihrem entschiedenen Eintreten gegen antidemokratische und menschenfeindliche Haltungen und Entwicklungen ist Aufgabe von Schul- und Unterrichtsentwicklung und Aufgabe aller Fächer sowie von außerschulischen Angeboten,“ so die KMK 2009. Und weiter die KMK: „Werden in der Schule kontroverse Thematiken behandelt, haben Lehrkräfte die anspruchsvolle Aufgabe, den Unterrichtsgegenstand multiperspektivisch zu beleuchten, zu moderieren, bei Bedarf gegenzusteuern, sowie Grenzen aufzuzeigen, wenn diese überschritten werden.“

Demokratiebildung in Rheinland-Pfalz

Karst verweist in diesem Zusammenhang auf die Regierungserklärung von Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig vom 30. Januar 2019 und der darin formulierten Absicht, das Demokratielernen in der Schule grundsätzlich zu stärken. Auch wenn als „Herzstück“ dieser Regierungserklärung der curriculare Ausbau des Sozialkundeunterrichts um zwei Unterrichtswochenstunden verstanden werden kann, so beinhalte das Gesamtkonzept des Bildungsministeriums darüber hinaus zahlreiche Einzelmaßnahmen, darunter die Stärkung der Partizipationsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern oder die Durchführung eines Demokratietags ab Klassenstufe 9.

Demokratiebildung als Kongressthema

Mit dem Begriff „Demokratiebildung“ wolle der Verband deutlich machen, dass sich die Entwicklung demokratiebezogener Kompetenzen nicht auf eine Ausweitung der Politischen Bildung beschränkt, die in der Vorstellung häufig vorrangig affinen Kernfächern wie Sozialkunde oder der Gesellschaftslehre zugeschrieben wird. Demokratiebildung verstehe sich als „Querschnittsthema“ und fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip. Da Unterrichtsprinzipien oft dem Vorwurf ausgesetzt seien, dass ihnen die pragmatische Relevanz fehle, bildeten Beispiele unterrichtspraktischer Umsetzung einen Schwerpunkt dieses Fachkongresses.

Der 11. Ingelheimer Fachkongress solle auch wieder ein Forum bieten für den Austausch von Praxiserfahrungen und neuen Ideen, für das Knüpfen von schulübergreifenden Kontakten und Netzwerken. Darüber hinaus sei es ein Anliegen, Anstöße für die eigene fachspezifische und fächerübergreifende Unterrichtsarbeit zu geben.

Leitgedanke des Fachkongresses sei es, die Demokratiebildung in der Schule zu unterstützen und zu fördern. Kinder und Jugendliche sollen den Wert von Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit erkennen und dabei erfahren, wie Demokratie funktioniert, wie ein demokratisches Miteinander, respektvoller Umgang und gegenseitige Achtung funktionieren – und wie unverzichtbar sie sind.

DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

Diversität als Chance und Herausforderung für Schule und Gesellschaft

Dr. Florian Pfeil



Demokratie setzt ein Mindestmaß an gesellschaftlichem Zusammenhalt voraus.

Demokratie muss gelernt werden

Was versteht man unter dem Begriff Demokratie und was ist das Besondere an der Demokratie? Es gibt viele unterschiedliche Antworten zu diesen Fragen, doch eine der besten gibt der Sozialphilosoph Oskar Negt in seinem Buch „Der politische Mensch“ aus dem Jahr 2010:

„Kein Mensch wird als politisches Lebewesen geboren; deshalb ist politische Bildung eine Existenzvoraussetzung jeder friedensfähigen Gesellschaft. Das Schicksal einer lebendigen demokratischen Gesellschaftsordnung hängt davon ab, in welchem Maße die Menschen dafür Sorge tragen, dass das Gemeinwesen nicht beschädigt wird, in welchem Maße sie bereit sind, politische Verantwortung für das Wohlergehen des Ganzen zu übernehmen. Und vor allem: Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung,

die gelernt werden muss – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein.“

Demokratie ist anspruchsvoll

Zunächst bedeutet dies, dass wir uns als demokratisch verfasste Gesellschaft darauf einigen müssen, unsere Demokratie nicht beschädigen zu wollen (passives Element). Darin stimmen leider nicht alle überein, doch glücklicherweise noch eine Mehrzahl unserer Gesellschaft. Doch die Demokratie ist auch davon abhängig, inwieweit Menschen bereit sind, sich für sie zu engagieren, das bedeutet politische Verantwortung zu übernehmen (aktives Element). Die Demokratie ist deshalb eine besonders voraussetzungsreiche, besonders anspruchsvolle Gesellschaftsordnung, denn wir alle – nicht nur Schülerinnen und Schüler - müssen sie immer wieder lernen. Hinzu kommt, dass Demokratie auch Toleranz braucht, und zwar in dem Sinne, etwas ertragen zu können, auch wenn man es nicht gut findet. Die Demokratie setzt also ein Mindestmaß an gesellschaftlichem Zusammenhalt voraus.

Ernst-Wolfgang Böckenförde, Richter am Bundesverfassungsgericht, hat dies 1964 im sogenannten „Böckenförde-Diktum“ zusammengefasst: „Der freiheitliche säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“

Demokratie braucht „Gemeinsinn“

Demokratie setzt also eine gewisse Moral voraus, doch der freiheitliche, demokratische Staat kann kein Gesetz verabschieden, das diese Moral vorschreibt. Und genau dies ist das Grundproblem der Demokratie. Böckenförde ergänzte 2010: „Vom Staat her gedacht braucht die freiheitliche Ordnung ein verbindendes Ethos, eine Art „Gemeinsinn“ bei denen, die in diesem Staat leben.“ Er glaubte wie viele andere auch, dass wir als Mitglieder einer demokratischen



Gemeinschaft etwas wesensmäßig miteinander gemeinsam haben müssen, eine sogenannte Input-Identität, als wäre eine Gemeinsamkeit a priori schon da.

Diversität und der „Kitt“ der Gesellschaft

Was heißt das für die zunehmende Diversität in unserer Gesellschaft, wo ist hier der „Kitt“ für unsere Gesellschaft. Böckenförde dachte an die traditionellen Bindungskräfte wie Kirche und Nation, sah sie selbst jedoch bereits 1964 skeptisch.

Schwindende Bindungskräfte

Denn diese Bindungskräfte schwinden, unsere jüdisch-christlichen Wurzeln sind längst säkularisiert. Und es ist ausgesprochen schwierig herauszufinden, wie viele Menschen in Deutschland überhaupt noch einer Religion angehören, abgesehen von den Menschen, die Kirchensteuer zahlen. Eine Erhebung des Statistischen Bundesamts von 2021 zeigt, dass 42 Prozent unserer Mitbürger keiner Religion angehören. Und der Bertelsmann Religionsmonitor 2023 eruierte, dass die Anzahl der Menschen, die religiös erzogen wurden, extrem sinkt, und sich lediglich 16 Prozent als religiöse oder sehr religiöse Mensch einschätzen. Parallel dazu ist die Einschätzung gar nicht religiös zu sein innerhalb von zehn Jahren auf 33 Prozent gestiegen. Inwieweit Religion damit der Kitt in unserer Gesellschaft sein kann, ist fraglich.

Also kam der Begriff der Nation auf, um religiöse Konflikte, die teilweise bis zum 30-jährigen Krieg zurückreichen, zu überdecken und unterstellte den Menschen in einem Land eine nationale Homogenität. Es gibt fast nirgends in den Sozialwissenschaften so viele stark voneinander abweichende Definitionen eines Begriffes wie für den Begriff der Nation. Die völkische Definition verbietet sich dabei von selbst.

Zunehmende Diversität

Was bedeutet Nation, wenn die Diversität zunimmt? Nationale Homogenität war schon immer Fiktion oder vielleicht sogar ein machtpolitisch motiviertes Konstrukt, das man auf verschiedenen Wegen konstruierte. Der völkische Begriff bemüht die gemeinsame Abstammung für unsere Gemeinschaft, doch wenn wir wissenschaftlich fundiert auf diese Ebene zurückgehen, sind alle Menschen gleicher Abstammung. Hier willkürlich ein Datum ins 17., 18. oder 19. Jahrhundert für eine Abstammungsgemeinschaft zu setzen, scheint weit hergeholt. Auch wenn es der Traum völkisch-nationaler Denker und Rassisten ist. Ein anderer Traum ist, dass wir eine Kulturnation sind, das „Land der Dichter und Denker“ mit Goethe und Schiller und Beethoven, eine Hochkultur besitzen, die andere so nicht haben. Doch man bemerkt rasch, auch andere Gesellschaften haben ihre besondere Kultur.

Unsere Gesellschaft wird diverser, und wir reden dabei nicht nur über einen sogenannten Migrationshintergrund. Es gibt verschiedene Definitionen von Diversität, das nebenstehende Diagramm veranschaulicht die wesentlichen Diversitätsdimensionen m. E. sehr gut und in jeder dieser Kategorien haben wir nochmals riesige Zahlen an Unterschiedlichkeit.

Die Diversität hat zugenommen, aber wir müssen unterscheiden zwischen der „echten“ Zunahme von Diversität und der Zunahme wahrgenommener Diversität.



Demokratie ist es wert, dass wir für sie kämpfen und streiten.

Die Vielfalt in unserer Gesellschaft hat tatsächlich quantitativ zugenommen beim Geburtsort (Inland oder Ausland), bei der Muttersprache bzw. den Muttersprachen, bei Staatsbürgerschaft(en), bei der Bandbreite der kulturellen Sozialisation und bei der Religion durch Zuwanderung aber auch durch Lifestyle.

Daneben gibt es die Zunahme wahrgenommener Diversität. Es gab schon immer Menschen mit Beeinträchtigung. Doch sie waren nicht sichtbar in unserer Gesellschaft, sie wurden versteckt, sogar ermordet und sie durften sich definitiv nicht an der Macht beteiligen. Erst vor wenigen Jahren hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die massenhafte Aberkennung des Wahlrechts für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung auf Grund einer medizinischen Diagnose verfassungswidrig ist. Die Diversität hat quantitativ nicht zugenommen, wir nehmen nur mehr Diversität wahr. Das gilt auch für die Frage der geschlechtlichen Identität. Es gab von der Antike über das Mittelalter bis heute schon immer transidente Menschen und von der Heteronormativität abweichende sexuelle Orientierung. Diese Menschen waren schon immer mitten unter uns. Was wir jetzt als zunehmende Diversität bemerken, bedeutet, dass diese Menschen endlich sichtbar werden.





Wie war Ihre Erwartungshaltung?

Groß. Ich schätze die Struktur, die hier immer vorgegeben wird, sehr. Ebenso die Gemeinschaft und den hohen Anspruch. Ich selbst orientiere mich gern an einem hohen Anspruch, weil ich dann etwas lernen kann. Ich freue mich sehr, in der Gemeinschaft so aufgenommen zu sein, obwohl ich ja aus einer etwas anderen Richtung als Lehrerin komme.

Welchen Workshop haben Sie besucht?

„Escaperoom“ hat mich fasziniert, weil es einen Reiz gesetzt hat, wie ich Unterricht in Zukunft verändern könnte, um ihn spannender zu gestalten und Haltungen bei Schülerinnen und Schülern auf einem spielerischen Weg verändern zu können.

Mechthild Emmesberger, RS plus mit FOS Lauterecken/Wolfstein

Diversität und gesellschaftliche Konflikte

Die zunehmende Diversität ist gut, denn sie bereichert, und dieser Gedanke ist hoffentlich mittlerweile bei vielen in unserer Gesellschaft verankert. „Diversität ist als Quelle des Austauschs, der Erneuerung und der Kreativität (...) für die Menschheit ebenso wichtig wie die biologische Vielfalt für die Natur.“ UNESCO-Erklärung zur kulturellen Vielfalt (2001)

Wenn wir mit mehr Diversität konfrontiert werden, steigern wir unsere Kreativität, erweitern wir unsere Handlungskompetenzen und lernen voneinander. Das ist allerdings kein Grund für eine vereinfachende „Multikulti-Romantik“. Denn je diverser eine Gesellschaft wird, desto mehr Konflikte entstehen. Je unterschiedlicher wir sind, desto unterschiedlicher sind unsere Interessen, die wir innerhalb unserer Demokratie vertreten. Die Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen, die bislang nicht wählen durften, konnten wir lange einfach ignorieren. Doch jetzt haben diese Menschen die Möglichkeit, sich mit ihren Interessen, ihren Ideen und ihren Wünschen in unsere Demokratie, in politische Prozesse einzubringen, und natürlich nehmen dadurch die Konflikte zu. Je mehr wir Minderheiten „empowern“, sie ermutigen, ihre Rechte und Interessen einzufordern und wahrzunehmen, desto gerechter und demokratischer wird unsere Gesellschaft, aber auch umso konfliktreicher. Und das gilt selbstverständlich auch für jede andere Diversitätsdimension. Das ist normal und das ist gut so.

Was heißt das für uns, für Lehrkräfte, für Schülerinnen und Schüler, für politisch engagierte Menschen?

Demokratiekompetenz als Kernkompetenz

„Demokratie wagen“ formulierte Willy Brandt in seiner Regierungserklärung, und auch Ernst-Wolfgang Böckenförde ergänzte seine Ausführungen 1964 mit „Demokratie ist ein Wagnis“.

Eine freiheitliche Gesellschaftsordnung, in der man jeden so sein lassen möchte, wie er ist, ist ein Wagnis. Das bedeutet, dass Demokratie als der friedliche und hoffentlich konstruktive Konfliktaustrag zwischen verschiedenen Interessen immer wichtiger wird. Und dass Demokratiekompetenz zur Kernkompetenz in einer diversen freiheitlichen Gesellschaft wird.

Zusammenhalt

Die Bindewirkung der Input-Faktoren schwindet, Religion und Nation nehmen als bindende Kräfte in unserer Gesellschaft ab. Vielleicht können wir als Demokratinnen und Demokraten versuchen, an deren Stelle sogenannte Output-Faktoren in den Blick zu nehmen. Dies bedeutet, die Demokratie als voluntaristische Vernunftentscheidung für ein System zu begreifen, das uns so sein lässt wie wir sind – also Freiheit ermöglicht, das Solidarität lebt – also relative Gleichheit ermöglicht, das Partizipation ermöglicht – und damit Selbstwirksamkeit stärkt.

Nur erfolgreich gelebte freiheitliche Demokratie erzeugt überzeugte Demokratinnen und Demokraten. Schülerinnen und Schüler müssen begreifen, dass sie einen Unterschied machen, dass sie etwas verändern können, dass sie unsere Gesellschaft mit Aussicht auf Erfolg mitgestalten können. Eine Autokratie lässt das nicht zu.

Diversität

Es gibt keine Freiheit ohne Diversität und es gibt keine Diversität ohne Freiheit. Wir leben in einer guten Zeit. Wir achten heute mehr als in der sogenannten „guten alten Zeit“ darauf, Menschen in unsere Gesellschaft einzubinden, Menschen in unsere Demokratie, in unsere gesellschaftlichen Abläufe zu integrieren und wir versuchen, Menschen nicht mehr zu diskriminieren. Doch es liegt noch ein weiter Weg vor uns.

Diversität bringt Probleme mit sich. Empirische sozialpsychologische Studien belegen: Je mehr wir Diversität als bereichernd wahrnehmen, desto bereichernder ist sie tatsächlich. Der Umkehrschluss gilt natürlich auch. Wenn wir die Problemorientierung statt der Chancenorientierung in den Mittelpunkt stellen, wird sie zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung.

Konflikte

Die meisten Menschen haben Angst vor Konflikten. Doch Konflikte sind konstitutiv für eine Demokratie. Und in einer diversen Gesellschaft nehmen sie zu. Doch der Konflikt ist nicht das Problem, solange wir vor anderen Meinungen, anderen Interessen, anderen Auffassungen, anderen Einstellungen Respekt haben, ihnen Wertschätzung entgegenbringen und uns vor allen Dingen als Gesellschaft absolut einig sind, dass Gewalt keine Rolle spielen darf.

Das bedeutet für die politische Bildung, dass wir eine konstruktive Streitkultur vorleben müssen. Konstruktive Konfliktkultur in einer Demokratie setzt aber Augenhöhe, setzt Chancengleichheit voraus und deswegen müssen wir als Gesellschaft überlegen, wie wir marginalisierte Gruppen am Rande der Gesellschaft stärken, damit sie



Zur Person

Dr. Florian Pfeil ist seit 2009 Direktor/Geschäftsführer des Weiterbildungszentrums Ingelheim (WBZ), einer gemeinnützigen Kultur- und Bildungseinrichtung in Trägerschaft der Stadt Ingelheim am Rhein. Innerhalb des WBZ leitet er die Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung (FNA), die für den Bereich der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zuständig und in Rheinland-Pfalz und Hessen als Einrichtung der Lehrerfortbildung anerkannt ist.

Nach seinem Studium der Politikwissenschaft und des Öffentlichen Rechts war Pfeil Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Politikwissenschaft an der Universität Trier, wo er in den Fachteilen Vergleichende Regierungslehre, Internationale Beziehungen und Politische Theorie und Ideengeschichte unterrichtete. Von 2006-2009 war Pfeil Wissenschaftlicher Referent der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) in Bonn.

In seiner Arbeit für die Fridtjof-Nansen-Akademie konzipiert und leitet er Seminare für Erwachsene und Jugendliche sowie Studienreisen, vornehmlich nach Afrika und Amerika. Themenschwerpunkte in seiner eigenen Arbeit sind u. a. Entwicklungspolitik, Fluchtursachen, Völkerrechtspolitik und Rohstoffpolitik sowie politische Geschichte. Die Projekte der FNA im Bereich der Bildung zu Fluchtursachen wurden 2017 mit dem Präventionspreis und 2018 mit dem Weiterbildungspreis des Landes Rheinland-Pfalz ausgezeichnet.

Florian Pfeil ist Vorsitzender des Entwicklungspolitischen Landesnetzwerks Rheinland-Pfalz e.V. (ELAN) sowie Mitglied im Entwicklungspolitischen Beirat der Landesregierung Rheinland-Pfalz. Seit 2014 ist er Lehrbeauftragter für Weiterbildungsmanagement und Evaluation am Zentrum für Wissenschaftliche Weiterbildung der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

auf Augenhöhe mitreden können. Und hier ist sowohl Schule als auch die außerschulische politische Bildung gefordert. Menschen, die nicht zur Bildungselite gehören, dürfen nicht vergessen werden.

Gefahren

Es gibt Gegnerinnen und Gegner innerhalb der Demokratie, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, und sie dabei klar benennen. Die Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen müssen entschieden zurückgewiesen werden. Und es gilt, keine Angst vor rechtspopulistischen Einschüchterungsversuchen zu zeigen. Wir müssen die politische Bildung schulisch wie außerschulisch stärken, denn die Gegner der Demokratie nutzen Informationsdefizite, um Desinformation und Propaganda zu verbreiten. Sie fördern ebenfalls eine grundsätzliche Wissenschaftsfeindlichkeit. Deshalb reicht es nicht, nur das Fach Sozialkunde zu stärken, sondern Demokratiebildung ist zu begreifen als eine Querschnittsaufgabe in der gesamten Gesellschaft und damit auch in der gesamten Schule und in allen Fächern.

Wir erleben, dass die Gegner der Demokratie im Inland wie im Ausland fit darin sind, die modernen Medien für ihre populistischen Zwecke zu nutzen. Um dagegen bestehen zu können, brauchen wir Medienkompetenz. Deshalb müssen wir bei den Schülerinnen und Schülern die Medienkompetenz stärken und zwar im Sinne von Quellen beurteilen zu können, Informationen einordnen und hinterfragen zu können.

„Demokratie wagen“ – „Demokratie ist ein Wagnis“

Demokratie ist es wert, dass wir für sie kämpfen und streiten, Unterschiede in der Sache hart und argumentativ miteinander austragen. Es gilt, dabei immer das Gegenüber, den Menschen wahrzunehmen und stets konstruktiv und lösungsorientiert miteinander zu streiten. Lassen Sie uns gemeinsam mehr Demokratie wagen.

Regina Sersch
regina.sersch@vrb-rlp.de



Mit welcher Erwartung sind Sie heute hierhergekommen?

Ich wollte sehen, wie ich Demokratieerziehung in meinen Fächern umsetzen kann.

Christoph Braun, IGS Hermeskeil



Traditionell besuchen sich die rheinland-pfälzischen Lehrkräfteverbände unter dem Dach des dbb und tarifunion gegenseitig auf größeren Veranstaltungen. Harry Wunschel (2.v. re) als Vorsitzender des VLBS, Robert Tophofen (2. v. li – stv. Vorsitzender des PhV und des dbb rlp) ...



... und Barbara Mich (VBE) als stv. Landesvorsitzende und stv. Bezirkspersonalratsvorsitzende.



Gäste aus anderen Bundesländern. Ihre Teilnahme ist mehr als nur ein Zeichen der Wertschätzung: (von links) Torsten Neumann und Karlheinz Kaden (VNL Niedersachsen), Karen Classen (VRB Saarland) sowie Tina Horneff und Jörg Leinberger (VDL Hessen)



Die VRB-Justiziarin Antonia Dufeu im Austausch mit Wolfgang Wünschel (Redaktion Reale Bildung)



Der VRB pflegt eine gute Zusammenarbeit mit den beiden Verbänden im Bereich der berufsbildenden Schulen. Hier tauschen sich Harry Wunschel (VLBS) und Michael Lutz (VLW) aus.



Premiere: Jennifer Weber und Dennis Jung aus dem Bildungsministerium besuchen zum ersten Mal den Ingelheimer Fachkongress.



Manfred Schabowski (re.), Sprecher der Schulleitervereinigung, nimmt regelmäßig am Ingelheimer Kongress teil und sucht den informellen Austausch.

UNSERE GÄSTE



Der Kongress ist als Fort- und Weiterbildungsveranstaltung vom Pädagogischen Landesinstitut (PL) anerkannt. Als Teilnehmende vom PL begleiten Eveline Horst und Klaus Langer die Veranstaltung.



Gern gesehene Gäste sind ehemalige Landesvorsitzende: Jutta Grabowsky (VRB RLP), Max Laveuve (PhV RLP) und Gudrun Deck (stv. Landesvorsitzende VRB RLP), die ein starkes Interesse an den schulischen Entwicklungen wie auch an der Verbandsarbeit zeigen.



Georg Stenner war mehr als 20 Jahre Realschulreferent und stv. Abteilungsleiter im Bildungsministerium. Sicherlich Anlass genug, um mit Bernd Weirauch, stv. Leiter der Abteilung 4B im Bildungsministerium, ins Gespräch zu kommen.



ARBEITSKREIS 1

Anliegen Martin Konraths ist, dass Kinder und Jugendliche sich aktiv in die Gestaltung unserer demokratischen Gesellschaftsordnung einbringen. Er wird im Arbeitskreis „Werteordnungen im Vergleich. Was ist in Deutschland anders?“ von Ahmad Saboor und Anas Dababo unterstützt. Beide werden Erfahrungen und Eindrücken ihrer Flucht aus ihrer ursprünglichen Heimat und dem Ankommen und Leben in ihrer neuen Heimat Deutschland schildern.



ARBEITSKREIS 2

„Demokratische Bildung findet nicht nur im Sozialkundeunterricht statt“. Jana Brachtendorf und Nicolas Cordes möchten in ihrem Workshop „Demokratie im Alltagsunterricht“ für Möglichkeiten/Ansätze im schulischen Alltag sensibilisieren, wodurch Demokratiebildung ganz selbstverständlich in allen Bereichen des schulischen Lebens angeboten und erfahrbar werden kann.



ARBEITSKREIS 3

„Wie funktioniert europäische Demokratie in der Praxis?“ Maren Weiß kündigt Andreas Christ von „Europe direct“ an, der vorstellen will, wie Europa im Unterricht vermittelt werden kann.



Saskia Tittgen stellt in einer Talkrunde die Verantwortlichen der Arbeitskreise vor und bittet sie, ihre Konzepte zu präsentieren. Die Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmer haben anschließend Gelegenheit, jeweils zwei der angebotenen fünf Arbeitskreise zu besuchen.

DIE ARBEITSKREISE



ARBEITSKREIS 5

Thomas Landini möchte im „Escape Room“ zusammen mit den Teilnehmenden den Quantencomputer „Orakulum“ retten. In einem Spiel geht es darum, als Team in einem gesetzten Zeitrahmen unterschiedliche Transfer-Aufgaben zu lösen. Dass es dabei um mehr als die Rettung von „Orakulum“ geht, das dürfte den Teamspielerinnen und -spielern so richtig erst nach der „Rettung“ des Quantencomputers bewusst werden.



ARBEITSKREIS 4

Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus – „Wie kann ich konkret in meinem Alltag auf populistische und extremistische Äußerungen konstruktiv reagieren?“ Ramona Kemper möchte zusammen mit Volker Rieth vom Pädagogischen Landesinstitut und Luis Caballero von der Fridtjof-Nansen-Akademie hierzu Angebote machen.

WERTEORDNUNG IM VERGLEICH. WAS IST IN DEUTSCHLAND ANDERS?

Martin Konrath, Ahmad Saboor und Anas Dababo führten zusammen den Workshop „Werteordnung und Werteorientierung im Vergleich – was ist in Deutschland anders?“ durch.

Die Schwerpunkte der Arbeit Martin Konraths, er ist Referent für politische Bildung an der Fridtjof-Nansen-Akademie, sind Demokratiepädagogik für Kinder und Jugendliche, Prävention gegen Rechtsextremismus sowie die Themen Flucht, Asyl und Integration. Er möchte mit seiner Arbeit junge Leute dazu animieren, sich aktiv in die Gestaltung unserer demokratischen Gesellschaft einzubringen.

Seine Mitreferenten Ahmad Saboor und Anas Dababo kamen beide vor etwa acht Jahren als Geflüchtete nach Deutschland. Sie leben und arbeiten heute in Ingelheim und unterstützen Martin Konrath regelmäßig beim Studientag „Flucht“, der von der Fridtjof-Nansen-Akademie für Jugendliche angeboten wird. Schwerpunkt des Workshops war das Interview mit Ahmad Saboor und Anas Dababo. Dabei ergaben sich Fragen zu ihrem Leben und ihren Erlebnissen vor, während und nach der Flucht.

Ahmad Saboor, der aus Afghanistan stammt, erlebte von Kindesbeinen an Krieg und Flucht in seinem Land. Da er die englische Sprache beherrschte, konnte er bei der NATO für die USA arbeiten. Sowohl er als auch seine Familie waren immer wieder der Gewalt durch die Taliban ausgesetzt. Als die Taliban von ihm Informationen über die USA verlangten, die er nicht geben wollte, wurde er verhaftet und zum Tode verurteilt, konnte jedoch von afghanischen Soldaten befreit werden. Von nun an durfte er aber nicht mehr sein Zuhause verlassen, sodass er beschloss, mit einem falschen Pass das Land zu verlassen und nach Österreich zu flüchten. „Flucht ist, gezwungen zu werden, die Heimat zu verlassen“, so Ahmed Sabor. Mit Hilfe von Schleppern, die viel Geld von ihm verlangten, führte sein Fluchtweg über Dubai, die Türkei zunächst bis nach Serbien. Über Ungarn wurde er auf seiner letzten Fluchtetappe nachts in einem Lieferwagen bis nach Passau gebracht, so dass er in Deutschland statt Österreich landete. Während seiner Flucht machte er viele schlechte Erfahrungen, auch oft von Polizeikräften. Auf die Frage, was die positiven Erlebnisse in Deutschland seien, antwortete er: „Ich habe mit der Polizei in Deutschland – anders als in meinem Heimatland und den Ländern, die ich während der Flucht durchquert habe – nie etwas Schlechtes erlebt. Die Polizei und auch andere in Deutschland behandelten mich von Anfang an als ‚Mensch‘.“ Auf seine Heimat angesprochen, schließt Ahmad mit den Worten: „Ich liebe mein Heimatland, aber Deutschland hat mir Leben gegeben.“

Der zweite Co-Referent Anas Dababo erzählte zunächst, wie gut es ihm vor dem Krieg in seiner Heimat Syrien ging. Seine Familie hatte



Bildungsreferent Martin Konrath (re) führte zusammen mit Ahmad Saboor (Mitte) und Anas Dababo durch den Workshop.



ein gutes Leben, sein Vater war Geschäftsmann. Anas war Leistungssportler, nahm an Wettbewerben im Triathlon und Schwimmen teil. Als der Krieg kam, vermittelte ihm sein Vater an einen Freund in Ägypten, der eine Nähfabrik betrieb. Dort erlebte Anas ein ganz anderes Leben: Er musste 16 bis 18 Stunden täglich in der Fabrik für wenig Geld arbeiten, nachts schlief er in einer Ecke der Fabrik. Nach einiger Zeit konnte er sich mit Freunden eine kleine Wohnung leisten, aber er beneidete die Jugendlichen, die er sah, wenn sie zur Schule gingen. Für sich sah er in Ägypten keine Perspektive. Deshalb beschloss er nach zweieinhalb Jahren, dass er das Land Richtung Europa verlässt, denn er wollte eine gute Zukunft mit einer guten Bildung. Diese – so hatte er gelesen – gab es in den Staaten der Europäischen Union. Ein Fluchtangebot klang verlockend: Gegen einen höheren Dollarbetrag sollte er in zwei bis drei Tagen von Ägypten bis nach Italien gelangen. Er ging auf das Angebot ein und sagt heute: „Hätte ich gewusst, was mir bevorsteht, hätte ich diese Reise nie angetreten und wäre in Ägypten geblieben.“ Er erzählt von den vielen Torturen während der Flucht, den unzuverlässigen Schleusern, die die Geflüchteten schlecht behandelten, ihnen kaum Essen und Trinken gaben, sie auf unmenschliche Art von einem Schleuser zum nächsten brachten – und dafür viel Geld verlangten. Die Bilder, die ihm immer wieder durch den Kopf gehen, sind brutal. Aus geplanten drei Tagen wurden 23 Tage ohne Dusche und mit der andauernden Angst zu sterben oder zurückgelassen zu werden. Ebenso ist der Kontakt zur Familie unterbrochen. Das Angebot eines syrischen Schleusers, ihn nach Italien zu bringen, nimmt er an. Nicht ahnend, dass es auf einem kleinen Boot mit mehr als dreihundert Menschen über das Mittelmeer geht. Letztendlich wurden er und die anderen Flüchtlinge von einem Öltanker gerettet und nach Italien gebracht. Nun sah er zu, dass er so schnell wie möglich nach Deutschland oder Schweden kam, denn dort gab es – den Erzählungen anderer nach – die besten Chancen auf ein gutes Leben.



Die Anwesenden hörten gebannt den Erzählungen der beiden Co-Referenten zu, die u.a. über zunächst verunsichernde Unterschiede zu ihren Heimatländern berichteten. Sie ließen sich auch mit Humor annehmen. Was bedeutet z.B. „Trauben lesen“ oder „Fastnacht“?



Die erste Erkenntnis für ihn in Deutschland war, dass die Sprache der Schlüssel für alles ist. Er konnte nicht nur kein Deutsch, sondern auch kein Englisch und nahm sich vor, so schnell wie möglich die deutsche Sprache zu erlernen. Gleichzeitig musste er feststellen, dass das Kennenlernen der deutschen Kultur ebenso wichtig ist. Ihm fielen so viele Unterschiede zwischen seinem Heimatland und Deutschland auf, die ihn zunächst verunsicherten, die er aber auch mit Humor nehmen konnte: Warum heißt es „Trauben lesen“? Was ist Fastnacht? Wie kann in einem Fahrplan stehen, dass ein Zug genau um 16:37 Uhr abfährt? Warum muss in Deutschland für alles ein Formular ausgefüllt werden?

Während des Interviews der beiden jungen Männer war es im Workshop-Raum mucksmäuschenstill. Alle Teilnehmenden hörten gebannt den sehr anschaulichen und berührenden Erzählungen

zu. Genau die gleichen Erfahrungen machen die Workshop-Leiter auch bei Workshops für Jugendliche, sagte der Bildungsreferent. Die Möglichkeit, nicht nur über Flucht und ihre Hintergründe zu lesen, sondern sie von Geflüchteten selbst erzählt zu bekommen, öffnet die zuhörenden Jugendlichen auf empathische Weise. Sie erleben das Erlebte mit.

Fazit: Ein Workshop, der unter die Haut ging, der Hintergründe und Gefahren von Flucht einmal mehr deutlich macht.

Jutta Okfen
jutta.okfen@vrb-rlp.de
Martina Friderichs
martina.friderichs@vrb-rlp.de



ARBEITSKREIS 2

DEMOKRATIE IM ALLTAGSUNTERRICHT

„Demokratiebildung ist etwas für Sozialkundelehrkräfte und die Klassenleitung!“ In ihrem Arbeitskreis Demokratiebildung im Schulalltag widmeten sich Nicolas Cordes (Albert-Schweitzer-Realschule plus Mayen) und Jana Brachtendorf (Realschule plus Niederzissen) der Aufgabe, mit diesem Vorurteil zur schulischen Demokratieerziehung aufzuräumen.

Die mögliche Vielfalt von Demokratiebildung im Schulalltag stellten zunächst Britta Schorn und Larysa Pickel-Oleshchuk von der Realschule plus Mainz-Lerchenberg vor, die Modellschule für Partizipation und Demokratie ist. Die Modellschulen haben das Ziel, vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten für die Schulgemeinschaft zu schaffen. Demokratie könne, hob Britta Schorn hervor, auf unterschiedliche Art vermittelt und erlebbar gemacht werden. „Ob Klassenrat, Schülerfirmen, Schülerpatenschaften, Streitschlichtung oder die Mitgestaltung im Ganztagsangebot: Partizipation ist über-



Die Moderatoren Nicolas Cordes und Jana Brachtendorf wollen den Blick weiten für die schulische Demokratiebildung.

all möglich.“ In Kleingruppen kamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops anschließend in den Dialog. Sie tauschten



Britta Schorn (links) und Larysa Pickel-Oleshchuk unterrichten an der Realschule plus Mainz-Lerchenberg, einer Modellschule für Partizipation und Demokratie. Sie belegen: Partizipation ist überall möglich.



Ermutigt für den Schulalltag: Sich trauen, einfach mal loslegen, ausprobieren, mit kleinen Projekten starten und sukzessive einen Pool an Angeboten aufbauen!

ihre Erfahrungen aus und fanden dabei neue Impulse für das Weiterarbeiten an ihren Schulen.

In einem zweiten Block des Arbeitskreises richtete sich der Blick auf die Planung und Durchführung eines „Demokratietages“. Cornelia Theobald-Braun aus Schweich, sie ist Mitglied der Fachdidaktischen Kommission Sozialkunde, umriss die Zielsetzung: „Der Demokratietag soll den Kolleginnen und Kollegen Raum und Zeit bieten, um beispielsweise Rollenspiele und/oder Planspiele, die im Schulalltag sonst kaum Anwendung finden, durchführen zu können. Das partizipatorische Handeln innerhalb eines Rollen- bzw. Planspiels verstärkt – durch das praktische und problemorientierte Handeln – Kompetenzen, die Demokratiebildung fördern und fordern.“ Die Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer erhielten darüber hinaus Informationen und Anregungen für die Gestaltung eines Demokratietages, u. a. in Form von Literatur- und Homepagehinweisen.

Der kollegiale Austausch über bereits gesammelte Erfahrungen konnte die zum Teil bestehenden Fragen und Bedenken der Anwesenden minimieren. Als Quintessenz des Arbeitskreises lässt sich zusammenfassen: Sich trauen, einfach mal loslegen und ausprobieren! Mit kleinen Projekten starten und sukzessive einen Pool an Angeboten aufbauen, die durchaus auch seitens externer Partner (mit)durchgeführt und -gestaltet werden können.



Jana Brachtendorf
jana.brachtendorf@vrb-rlp.de



Nicolas Cordes
nicolas.cordes@vrb-rlp.de



Cornelia Theobald-Braun aus Schweich ist Mitglied der Fachdidaktischen Kommission Sozialkunde. Sie vermittelt Anregungen zur Gestaltung eines schulischen Demokratietages.



EUROPA DIREKT – DEMOKRATIE AUF EUROPÄISCHER EBENE

In einer kurzen Begrüßung stellte Maren Weiß, Referentin für politische Jugendbildung am WBZ Ingelheim, EUROPE DIRECT vor. Die Institution hat das Ziel, Menschen Europa näherzubringen und den europäischen Gedanken zu verbreiten. Neben Koblenz ist seit Mai 2021 in Rheinland-Pfalz auch ein EUROPE-DIRECT-Zentrum in Ingelheim verortet, Maren Weiß selbst ist dessen Sprecherin.

Mit dem Hauptreferenten Andreas Christ konnte der VRB einen Fachmann auf seinem Gebiet gewinnen. Der selbstständige Bildner und Speaker ist Geschäftsführer von Europa- Punkt, einer Agentur für politische Bildung, und Teammitglied im Informationsnetzwerk EUROPE DIRECT.

Christ gab den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in seinem Fachvortrag einen umfassenden Einblick in die europäische Demokratie und deren Zusammenhänge. So wurden auch Lehrkräfte thematisch intensiv eingebunden, die nicht vom Fach sind. Christ



Linkes Bild: Maren Weiß stellte das Ingelheimer Informationszentrum EUROPE DIRECT vor.

Rechtes Bild: Andreas Christ von „Europa-Punkt“: Bei der nächsten Europa-Wahl 2024 sind Jugendliche ab 16 Jahren wahlberechtigt.

referierte über die Ursachen für die Gründung der europäischen Union, stellte die Phasen des Beitrittsprozesses dar und erläuterte das europäische Machtdreieck, bestehend aus EU-Kommission, EU-Parlament und Europäischem Rat. Mit Anekdoten und kleinen heiteren Geschichten aus dem EU-Universum schaffte es der Referent, die Fakten und komplexen Zusammenhänge kurzweilig und erfrischend zu vermitteln.

Im Rahmen seines Fachvortrags wies der Referent explizit darauf hin, dass bei der nächsten Europawahl 2024 erstmals auch Jugendliche ab 16 Jahren ihre Stimme abgeben dürfen. Schulen, Unterricht und Lehrkräfte stelle dies vor neue Herausforderungen, die zum Schutze der europäischen Demokratie unbedingt berücksichtigt und beachtet werden müssten. Dabei müsse man auch Schü-

EUROPE DIRECT Ingelheim

Das EUROPE DIRECT Ingelheim ist eins von 50 Informationszentren in Deutschland und hat die Aufgabe, den europäischen Gedanken vor Ort zu verbreiten und Menschen in der Region mit Veranstaltungen, Aktionen etc. für aktuelle EU-Themen zu sensibilisieren. Das EUROPE DIRECT Ingelheim ist direkt im Weiterbildungszentrum Ingelheim verortet und eines von zwei Zentren in Rheinland-Pfalz.

Als „verlängerter Arm“ der EU-Kommission bieten wir ebenso unsere umfangreichen EU-Publikationen, welche als Informations- und Lehrmaterialien für Lehrkräfte dienen können, an. Die Lehrmaterialien sind angemessen auf unterschiedliche Zielgruppen und Altersklassen aufbereitet und können auch für den Unterricht verwendet werden. Falls Sie größere Mengen benötigen, können die Publikationen unter folgendem Link kostenlos bestellt und als PDF heruntergeladen werden:


http://bit.ly/Schulmaterialien_EU.

Schauen Sie gerne auch auf unserer Website vorbei: EUROPE DIRECT Ingelheim/WBZ Ingelheim (wbz-ingelheim.de). Wir beantworten gerne Ihre Fragen rund um die EU!

Maren Weiß, Leiterin EUROPE DIRECT Ingelheim/Bildungsreferentin

lerinnen und Schüler aus nicht EU-Ländern mit im Blick haben, für die das Wahlrecht nicht gilt, und diesen Umstand thematisch aufgreifen sowie dafür sensibilisieren.

Abschließend verwies Christ auf verschiedene Publikationen zur Nutzung in der unterrichtlichen Praxis, die das Thema schüler- und altersgerecht aufgreifen. Neben dem WBZ Ingelheim und EUROPE DIRECT nannte er auch verschiedene Veranstalter und Organisationen, wie die Young European Professionals (YEPs), die mit ihrem Workshop- und Veranstaltungsangebot junge Menschen für das Thema Europa sensibilisieren und darüber diskutieren wollen. Auch das Europahaus in Bad Marienberg bietet ein breit gefächertes Fortbildungs- und Seminarangebot.



Welche Impulse nehmen Sie mit?

Den „Escaperoom“-Workshop fand ich besonders anregend. Ich nehme mit, dass man auf diesem Weg handlungsorientiert mit Schülern arbeiten kann. Ich werde darüber nachdenken, wie ich dieses Format in meinem Unterricht einbringen und umsetzen kann. Ich habe auch Anregungen für die Gruppenarbeit mitgenommen.

Bianda Bajraktari, RS plus Neuwied

Lisa Deck
lisa.deck@vrb-rlp.de



Katharina Bitz
katharina.bitz@vrb-rlp.de



UMGANG MIT RECHTSPOPULISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS

Das Referententeam Volker Rieth vom Pädagogischen Landesinstitut und Luis Caballero von der Fridtjof-Nansen-Akademie hatte sich in seinem Arbeitskreis das Ziel gesetzt, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Hinweise und Anregungen zu geben, wie man im alltäglichen Miteinander auf rechtspopulistische und rechtsextremistische Äußerungen reagieren kann und auch sollte.

Volker Rieth führte den Anwesenden gleich zu Beginn vor Augen, dass das Schlechteste das „Nichtstun“ sei, und das wiederum stünde nicht zur Option. „Auch wenn es viel Kraft kostet, agieren Sie und schreiten Sie ein.“

Dieses Mantra erprobten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einer arbeitsteiligen Aufgabe, die darauf abzielte, die Technik des Nachfragens zu erproben und eine Begründung einzufordern, wenn man sich rechtspopulistischen und rechtsextremen Äußerungen in den Weg stellt. „Wählen Sie in Ihrer Fragetechnik immer die persönliche Ebene und gehen Sie weg von vermeintlichen Verallgemeinerungen“, motivierte Luis Caballero die Lehrkräfte. Wichtig sei jedoch, das Gespräch nicht ins Lächerliche zu ziehen, auch wenn Humor erlaubt sei. „Gehen Sie auf Menschenrechte, Kinderrechte, Gleichheit und Freiheit in den Auseinandersetzungen ein. Hier fühlt sich jede bzw. jeder abgeholt“, sagte Luis Caballero.

„Es ist unangenehm und unnatürlich, wenn zwei Männer sich küssen.“, „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!“, „Frauen sind selbst schuld, wenn sie (sexuell) belästigt werden.“, „Ich stelle keine Muslime mehr ein, weil sie mich als Chefin nicht respektieren.“ Diese vier Parolen galt es zu entlarven, die verbale Auseinandersetzung auf der Sachebene zu führen, dabei die Gesprächspartnerin bzw. den Gesprächspartner nicht bloßzustellen und dennoch eine klare Position zu beziehen. „Fordern Sie konkrete Beispiele des Meinungsäußernden ein, um an diesen seine Aussage einordnen zu können. Fragen Sie nach, ob es wirklich ihre bzw. seine Meinung sei und zeigen Sie auf, dass sie eigene Erfahrungen wertschätzen“, so Luis Caballero.

Volker Rieth ergänzte abschließend, dass man in einer Auseinandersetzung eine Abgrenzung möglich machen müsse (Fachterminus „Othering“), denn die oftmals konstruierten „Opfergruppen“ dürfe man nicht zulassen. Ansonsten würden in Diskursen häufig gesellschaftliche Gruppen und Ethnien zu Eigen- und Fremdentitäten erklärt, was jedoch nicht der Realität entspreche.

Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de



Maren Sassenroth
maren.sassenroth@vrb-rlp.de



Bild oben mitte: Ramona Kemper und Luis Caballero (re.) von der Fridtjof-Nansen-Akademie sowie Volker Rieth vom Pädagogischen Landesinstitut moderierten den Arbeitskreis. Sie gaben u.a. Hinweise und Anregungen, wie man im alltäglichen Miteinander auf populistische und extremistische Äußerungen reagieren kann.



In arbeitsteiliger Aufgabenstellung ging es u.a. darum, Parolen zu entlarven, die Technik des Nachfragens zu erproben und Begründungen einzufordern.

ESCAPE ROOM „CHARTA DER VIELFALT“

„Ein Escape Room braucht eine Geschichte.“ Und so nahm uns unser Referent Thomas Landini mit auf die Reise in den Escape Room „Charta der Vielfalt“, den er und sein Team vom WBZ Ingelheim entwickelt haben. „Das Orakulum“, ein Quantencomputer, der die Antworten auf alle Fragen dieser Welt geben kann, stellt sich zunächst in einem Film vor und taucht mit uns in eine virtuelle Welt. Wir erfahren auch, dass das Orakulum in Gefahr ist und wir es im Team durch das Lösen von Aufgaben retten können.

Der Escape Room „Charta der Vielfalt“ befasst sich an sieben Stationen mit folgenden Kerndimensionen des Themas Vielfalt:

- Soziale Herkunft
- Alter
- Ethnische Herkunft und Nationalität
- Sexuelle Orientierung
- Religion und Weltanschauung
- Körperliche und geistige Fähigkeiten
- Geschlecht und geschlechtliche Identität

Uns war im Spiel nicht bewusst, dass wir uns eigentlich mit diesen Inhalten beschäftigen. Als Spielende retteten wir gemeinsam einen gigantischen Computer! Dabei haben wir im Spiel Vorurteile gegenüber stereotypen Menschenbildern, z.B. weibliche Führungs-

kraft, oder Frustrationen erfahren können, die Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen erleben.

Und genau wie uns sensibilisiert das Abenteuer „Escape Room“ auch Kinder und Jugendliche für Themen, lehrt die Auseinandersetzung damit, fördert das Verständnis und verfolgt einen selbst-reflektierenden Ansatz. Dabei wird bewusst ein knappes zeitliche Limit an den einzelnen Stationen gesetzt, um Stress auszulösen. Dadurch müssen die Teilnehmenden intuitiv handeln und machen dabei Fehler. Beides ist enorm wichtig für die spätere Auseinandersetzung mit den Spielerfahrungen, denn das „In-die-Falle-tappen“ im eigenen Erleben und Handeln fördert das Verständnis für vermeintliche Fehler anderer und führt zum Umdenken.

Referent Thomas Landini lud zum „Erlebnistag Escape-Room“ ein. Er findet am 2. November 2023 im WBZ Ingelheim statt.

So funktioniert ein „Escape Room“

Jeder Escape Room ist ähnlich aufgebaut: Die Spielerinnen und Spieler werden in einen situativen Rahmen „gebeamt“, wo sie Schritt für Schritt erfahren, worum es in den zu bespielenden Stationen geht und was von ihnen jeweils konkret zu tun ist. Ein Escape Room geht weit über das Spielen hinaus: er fördert die Kommunikation, das Teamplaying und das Transferdenken. Dabei werden unterschiedliche Medien und Materialien vielseitig eingesetzt, um das gemeinsame Knobeln und den Ehrgeiz anzuregen. Ein Escape Room ist eine innovative Lernerfahrung. Das sogenannte Game-Based-Learning ist hoch motivierend. Diese Form des New Learning hat die Selbst- und Potenzialentfaltung des Individuums zum Ziel. Die Lernprozesse werden als sinnhaft erlebt. Das Durchlaufen eines Escape Rooms ist geprägt von Selbstbestimmung, Autonomie, Wirksamkeit und dem Erleben, dass jeder einzelne eine hohe Verantwortung trägt und ein wichtiger Teil des Teams ist.

Ein Escape Room „schult“ auf drei Ebenen: Inhalt, Haltung und Fähigkeiten. Auf der inhaltlichen Basis wird das Thema sachlich abgebildet. Beim Durchlaufen der einzelnen Stationen entwickeln die Teilnehmenden eine persönliche Haltung zur Thematik. Denn die Auseinandersetzung mit den Inhalten erfordert ein gemeinsames Analysieren, Reflektieren und Diskutieren und setzt so eigendynamische Prozesse in Gang. Zudem werden Fähigkeiten wie Selbstwahrnehmung, Teamfähigkeit, Kommunikation, Analyse und Kombination trainiert, wodurch jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer erfährt, dass sie bzw. er ein wertvoller Teil des Ganzen ist.

Weiterführende Informationen: „Escape Room als innovative Lernerfahrung“ in: Reale Bildung in RLP 1-2/2023, S. 60-61



Welche Einrückte nehmen Sie mit?

Ich habe für mich Impulse aus dem Workshop „Escape Room“ mitgenommen. Wir wurden z.B. im Bereich Autismus dafür sensibilisiert, wie Kinder das Umfeld wahrnehmen und wie man darauf besser eingehen und Rücksicht nehmen kann, damit auch andere Kinder davon profitieren können für unsere Gemeinschaft.

Nicole Schleder, RS plus Manderscheid



In Arbeitsgruppen befassten sich die Teilnehmenden mit den Kerndimensionen des Themas Vielfalt. Die Gruppenphase sensibilisierte für Probleme und Zusammenhänge. Dabei ging es beispielsweise um die Dimensionen „Geschlecht und geschlechtliche Identität“ und „Körperliche und geistige Fähigkeiten“.

Feedback der Teilnehmenden

„Toll, wie sensible Themen so handlungsorientiert behandelt werden können. Ein Escape Room erfordert sicherlich viel Planung, aber dann kann man sich als Lehrkraft gut zurücknehmen und gute Lernerfolge erzielen. Alle machen mit und die Kommunikation steht im Zentrum.“ – „Ich hätte mir noch mehr Handeln in einigen Bereichen gewünscht. Vielleicht lag das an den zeitlich bedingt reduzierten Stationen.“ – „Extrem hohe Motivation! Und das eigene Erleben hat eine sehr große Wirkung. Man setzt sich wirklich praktisch mit einem Thema auseinander.“



Joanna Boehlke
joanna.boehle@vrb-rlp.de



Gerhard Hein
gerhard.hein@vrb-rlp.de



Eure Erwartungshaltung?
Wir waren gespannt, wie die Lehrer sich überlegen, wie man Demokratiebildung an die Schulen bringen kann. Zudem wollten wir sehen, ob Lehrer genauso teamfähig sind wie wir oder noch besser. Außerdem waren wir gespannt noch mehr über Demokratie zu erfahren, auch wenn wir bereits einiges dazu an der Schule gelernt haben.

Nochmal Kongress?
Ob da jetzt Lehrer dabei sind oder nicht, das ist völlig egal. Lehrer sind ja auch nur Menschen. Wir haben kein Problem damit, mit Lehrern gemeinsam zuzuhören. Wir fanden es cool und würden es nochmal machen.

Philipp Kaster (re) und Yones Lentner,
Radio-AG Rochus-Realschule plus Bingen



Thomas Landini ist diplomierter Kommunikationsdesigner und betreut im WBZ innovative Weiterbildungsformate. Dazu gehört auch die Entwicklung von Escape Rooms als Weiterbildungsmodule. Er stellte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern seines Arbeitskreises das Format „Charta der Vielfalt“ vor, eine Eigenproduktion des WBZ.



DEMOKRATIE IST DIE KUNST DES GUTEN ZUSAMMEN- LEBENS

Rede des Landesvorsitzenden
Timo Lichtenthäler

Timo Lichtenthäler nennt als schulische Aufgabe, Schülerinnen und Schüler in die Lage zu versetzen, politische Fragen aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten und zu beurteilen sowie konsensorientiert an der Lösung von Problemen mitzuwirken.

Timo Lichtenthäler erläuterte die Themenauswahl des Kongresses. Der VRB lege jeweils Wert darauf, gesellschafts- und bildungspolitisch aktuelle Themen in den Mittelpunkt seiner Fachkongresse zu stellen, um den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Impulse für die schulische Arbeit geben zu können. Er hob hervor, dass die Expertise der Fridtjof-Nansen-Akademie bei der Vorbereitung und Gestaltung des Kongresses erfolgreich eingebunden werden konnte.

Zu Beginn seiner Rede stellte er heraus, was Demokratie ist und was sie für unser Land bedeutet. Dass Demokratie vom Diskurs lebe, unterstrich er durch ein Zitat des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt: „Eine Demokratie in der nicht gestritten wird, ist keine.“ Diskurs sollte auch in der Verbandsarbeit, aber vor allem in der Schule eine Selbstverständlichkeit sein, so Lichtenthäler weiter.

Demokratie muss stets aufs Neue gelernt werden

„Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – nicht ein

für alle Mal – so als könnte man sich einen gesicherten Regelbestand anlegen, der fürs ganze Leben ausreicht, sondern stets aufs Neue, in täglicher Anstrengung und bis ins hohe Alter hinein.“ Mit diesem Zitat von Oskar Negt verdeutlichte der Landesvorsitzende, welche Bedeutung der Demokratieerziehung in Schule und Elternhaus zukommt. Ziel müsse es sein, junge Menschen zur Teilnahme und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu motivieren, sie in die Lage zu versetzen, politische Fragen aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten und zu beurteilen und konsensorientiert an der Lösung von Problemen mitzuwirken.

Demokratiebildung ist mehr als Demokratieerziehung

Schule trage zur Demokratiebildung bei, sie sei die primäre politische Sozialisationsinstanz, so Lichtenthäler weiter. Im Unterricht wie auch in den schulischen Gremien gelten die Prinzipien Meinungsfreiheit, Respekt und Toleranz. Demokratiebildung sei mehr als eine reine Demokratieerziehung, sie beruhe auf dem Vorleben von Werten und Prinzipien einer demokratischen Gesellschaft inklusive der

Teilhabe an den politischen Prozessen. Es sei von enormer Bedeutung, eine demokratische Schulkultur vorzuleben. Denn nur wenn Schülerinnen und Schüler lernten, verschiedene Perspektiven zu verstehen und zu respektieren, lernten sie auch, ihre eigene Meinung auf der Grundlage von Fakten und Argumenten zu bilden. Demokratie helfe, Diskriminierung und Ausgrenzung zu verhindern, sie fördere die Beteiligung aller an politischen Prozessen. Demokratiebildung sei eine Aufgabe, die fachliche, didaktisch-methodische sowie pädagogische Herausforderungen an Lehrkräfte stelle, so Lichtenthäler. Eine gute Schule brauche gut qualifizierte und motivierte Lehrerinnen und Lehrer.

Schulische Rahmenbedingungen verbessern

Timo Lichtenthäler griff abschließend auch die verbandspolitischen Forderungen auf, dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken. Scharf kritisierte er die Vorschläge der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz zur Linderung des Fachkräftemangels. Er bezeichnete sie als Schlag ins Gesicht aller Lehrkräfte. Die Attraktivität des Lehramtes sei eng verknüpft mit einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen, unter anderem durch die Wahrung der Entscheidungsfreiheit über das eigene Unterrichtsdeputat. Der VRB beobachte genau, wie RLP mit den SWK-Vorschlägen umzugehen gedenke. Leidtragende seien letztendlich die Kinder und Jugendlichen, wenn am falschen Ende gespart werde. Schülerinnen und Schüler hätten Anspruch auf guten Unterricht und eine gute und

umfassende Bildung. Der Verbandschef betonte, dass der VRB eine starke Interessenvertretung sei. Die Lehrerinnen und Lehrer könnten sich auf seine Durchsetzungskraft und Beharrlichkeit verlassen.

Im verbandspolitischen Teil seiner Rede warnte der Landesvorsitzende die Landesregierung mit Blick auf die in der KMK derzeit diskutierten Vorschläge zur Linderung des Lehrkräftemangels davor, am falschen Ende zu sparen.



Podiumsdiskussion

IN DER BILDUNGSPOLITIK MUSS ENDLICH EINE ZEITENWENDE EINSETZEN!

In der abschließenden Podiumsdiskussion beleuchtete Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler gemeinsam mit seinen Gästen unterschiedliche Perspektiven der Demokratiebildung in der Schule. Er begrüßte auf dem Podium: Dr. Florian Pfeil, den Leiter der Fridtjof-Nansen-Akademie, Julian Paul, Vorstandsmitglied der LandeschülerInnenvertretung, und Michael Eich, Vorsitzender des Hauptpersonales Realschulen plus, Schulleiter der RS plus FOS Edenkoben und Sozialkundelehrer.

Demokratie – eine gesellschaftliche und politische Herausforderung

„Wir sind noch lange keine perfekte demokratische Gesellschaft. Wir müssen die bestehende Demokratie weiterentwickeln“, betonte Dr. Pfeil zu Beginn der Diskussion. Die außerschulische politische Bildung und die gesamte Gesellschaft hätten zu lange auf

Bildungseliten geschaut und ganze Gruppen von Menschen aus dem Blick verloren. Ihnen müsse eine Stimme in unserer Demokratie gegeben werden. Demokratie sei noch nie so gefährdet gewesen wie im Augenblick, auch weil Diskurse in unserer Gesellschaft verschoben würden.

„Wir wurden in den letzten Jahren zunehmend von antidemokratischer Seite bei der Erfüllung unseres Auftrages angegriffen“, berichtete Eich diesbezüglich aus dem Schulalltag. Es müsse mehr Unterstützung von der Landesregierung kommen - eine kompromisslose Rückendeckung für Lehrkräfte, die ihren erzieherischen Auftrag erfüllten. Das gelte auch für die Abwehr von Hassreden in den sozialen Medien!

Demokratiebildung in der Schule – je früher desto besser

Dass man mit politischer Bildung nicht früh genug beginnen könne, darüber waren sich alle Podiumsgäste einig. Dr. Pfeil berichtete von den guten Erfahrungen der Akademie mit Modellprojekten zur Demokratiebildung in Ingelheimer Grundschulen. Demokra-

Am Podiumsgespräch nahmen teil (von links): Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler als Moderator, HPR-Vorsitzender Michael Eich, Julian Paul von der LandesschülerInnenvertretung und Dr. Florian Pfeil (Fridtjof-Nansen-Akademie). Letzterer betonte, Demokratiebildung müsse auch außerhalb der Schule stattfinden. Wichtig sei, jungen Menschen erfahrbar zu machen, dass sie Teil der Gesellschaft seien und mitgestalten könnten.



tiebildung müsse jedoch auch außerhalb der Schulen stattfinden, damit jungen Menschen das Verständnis und die Erfahrung vermittelt werden könne, dass sie Teil der Gesellschaft sind und mitreden können.

Auch Julian Paul war sicher, dass man nicht früh genug anfangen könne, Schülerinnen und Schüler für Demokratie zu begeistern. Die Selbstwirksamkeit sei dabei ein wichtiger Aspekt; wenn man erkenne, dass man auch als Schülerin oder Schüler schon etwas bewegen könne. Menschen, die sich für Demokratie bereits als Jugendliche aktiv einsetzten, entwickelten eine viel stärkere Bindung zur Demokratie.

Demokratiebildung – nicht nur im Fach Sozialkunde

Dr. Pfeil riet den Lehrkräften, sich nicht alleine für Demokratiebildung verantwortlich zu sehen. „Sie haben eine enorm wichtige Rolle beim Thema Demokratiebildung, aber gesellschaftliche Aufgaben sind politisch zu regeln.“

Julian Paul erklärte, dass die SV vor Ort enorm wichtig sei, um Demokratie an den Schulen zu stärken. Doch häufig fehle es an aktiven jungen Menschen. Die LandesschülerInnenvertretung brauche daher die Unterstützung durch die Lehrkräfte. Diese könnten beispielsweise in ihrem Unterricht die Aufgaben der SV darstellen und über konkrete Einflussmöglichkeiten aufklären, das Schulgeschehen mitzugestalten. Paul sieht Demokratiebildung als fächerübergreifende Aufgabe. Im Deutschunterricht könnten beispielsweise Formate wie „Jugend debattiert“ umgesetzt werden, um argumentieren zu lernen. In naturwissenschaftlichen Fächern könnten komplexe gesellschaftliche Probleme wie der Klimawandel verständlich und greifbar gemacht werden.

Als Leiter einer Realschule plus berichtete Michael Eich vom schulischen Anspruch, den Schülerinnen und Schülern eine demokratische Bildung zu vermitteln. Es sei wichtig, Demokratie im Alltag zu spüren und zu leben. Sie dürfe sich nicht an einem einzelnen Demokratietag zeigen. Es gehe auch darum, eine Streitkultur zu vermitteln und jungen Menschen eine Reibungsfläche zu bieten. Sie müssten sehen, dass es andere Positionen gibt.

Die Rahmenbedingungen müssen (noch) geschaffen werden

Die LSV wünschte sich von der Landesregierung, an den Schulen geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, damit schon früher als bisher Demokratiebildung implementiert werden könne. In den 8. Klassen anzufangen, reiche nicht. Schülerinnen und Schüler müssten früher sensibilisiert werden.

Michael Eich sah den Verband Reale Bildung in der gleichen Position wie die Schülerversammlung. Sie sei letztlich auch die des Bildungsministeriums und der Landesregierung: Demokratie müsse in den Schulen gestärkt werden.

Er kritisierte allerdings, dass man die Schulentwicklung in nicht mehr zeitgemäßen Rahmenbedingungen voranbringen wolle. Es fehle ausreichend Zeit und Raum, um Unterricht weiterzuentwickeln und fächerübergreifende Ansätze anbieten zu können. Lehrkräfte stießen im Alltag an ihre Grenzen, wenn sie beispielsweise merken, dass für die Planung eines Demokratietages schlicht die Zeit fehle. Es sei eine Aufgabe des Verbandes und auch des Hauptpersonalrates, im Interesse der Schulen angemessene Rahmenbedingungen einzufordern. Auch in der Bildungspolitik müsse endlich eine Zeitenwende einsetzen!



In zahlreichen Diskussionsbeiträgen wurden Statements der Podiumsteilnehmer kommentiert, Fragen der Demokratiebildung aufgegriffen und die Verbesserung der schulischen Rahmenbedingungen eingefordert.



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



„ICH SEHE, DASS ICH ETWAS BEWIRKEN KANN.“

Im Gespräch mit Julian Paul von der LandesschülerInnenvertretung (LSV)

Julian Paul ist seit 2021 Vorstandsmitglied der LSV. Kurz zuvor war er an seiner Schule in die SV und im Rhein-Hunsrück-Kreis in die Kreisschülervertretung gewählt worden. Beim VRB-Fachkongress im März vertrat er den LSV in einer Podiumsdiskussion zum Thema Demokratiebildung in der Schule. Bei dieser Gelegenheit verabredete sich Nicole Weiß-Urbach zu einem Interview mit ihm. Das fand eine Woche nach dem Kongress statt. Dabei zeigte sich, dass Julian Pauls dortiger Auftritt bereits Früchte getragen hatte.

RBiRP: Was motiviert Sie zu dieser ehrenamtlichen Aufgabe in der LandesschülerInnenvertretung (LSV)?

Julian Paul: Ich möchte mich für junge Menschen einbringen, die sonst nicht die Möglichkeiten haben, gehört zu werden. Ich wollte und konnte in Ingelheim beispielsweise auf die Diskussion über das Wahlalter hinweisen. Es ist immer auch eine Frage, wie wir uns einbringen können, um den SchülerInnen aus RLP eine Stimme zu geben.

Wie kann man sich das Amt, das Sie in der LSV bekleiden, vorstellen?

Wir repräsentieren in der LSV 410.000 Schülerinnen und Schüler und sind auf drei Ebenen organisiert: direkt an den Schulen, auf Kreis- und auf Landesebene. Im Landesvorstand gibt es verschiede-

ne Referate. Ich habe Aufgaben des Außenreferats übernommen. Ich nehme Termine in Rheinland-Pfalz wahr, z. B. beim Bildungsministerium, bei anderen Institutionen oder bei Veranstaltungen wie Ihrem Fachkongress. Dies sind durchschnittlich so zwei Termine pro Woche, manchmal auch mehr. Dazu kommt meine Vorbereitungszeit, so dass ich im Schnitt täglich so eineinhalb Stunden beschäftigt bin, die Fahrtzeit zu den einzelnen Terminen nicht mitgerechnet. Als Gremium der LSV treffen wir uns einmal im Monat.

Was macht Spaß bei Ihrer Arbeit?

Ich sehe, dass ich etwas bewirken kann, dass wir als LSV ernst genommen werden. Die Leute setzen sich mit uns auseinander. Ich persönlich bin durch diese Aufgabe sehr gewachsen. Am Anfang war ich aufgeregt, vor einem großen Publikum zu sprechen. Heute gehe ich mit solchen Situationen souveräner um. Auch diesen Fachkongress bewerte ich als sehr positiv. Wir versuchen ja als LSV, von diesen öffentlichen Veranstaltungen zu profitieren, um besonders junge Leute auf unsere Arbeit aufmerksam zu machen. Nach dem Ingelheimer Fachkongress wurde ich überrascht, als sich eine interessierte Schülerin bei mir gemeldet hat, der von dieser Veranstaltung berichtet wurde. Sie hat gesagt, dass ihr Interesse für die Arbeit der LSV geweckt worden sei.

Haben Sie auch Zeit für Hobbys?

Ja, ich habe Zeit für meine Freunde und auch für mein Hobby, dem Tischtennis. Ich versuche so oft wie möglich zu spielen. Manchmal, in stressigen Zeiten, ist es schwieriger, aber ich versuche, dranzubleiben. Unterstützend ist unser Arbeitsklima in der LSV. Wir achten auf unsere mentale Gesundheit, auf eine ausgewogene Balance zwischen unserer Arbeit und unserer Freizeit.

Das Gespräch führte Nicole Weiß-Urbach

Warum kommen Sie nach Ingelheim?

Mit einer Ausnahme habe ich an allen bisherigen Fachkongressen teilgenommen. Das Thema „Demokratiebildung in der Schule“ interessiert mich sehr, da unsere Schule Demokratie-Modellschule ist und ich gerne die hier vorgetragenen Inhalte an meine Kolleginnen und Kollegen weitergeben möchte.

Sabrina Flesch / RS plus Auf Halmern Kirn





Im Gespräch mit Timo Lichtenthäler „Macht Ihnen Ihre Arbeit Spaß?“...

LEHRKRÄFTEN ÜBER DIE SCHULTER SCHAUEN

Nachwuchsreporter berichten über den Fachkongress

Seit Beginn des Schuljahres gibt es an der Rochus-Realschule plus in Bingen eine Radio-AG. Vier Mitglieder der AG – Yones (12), Phillip (15), Jonas (12) und Tamino (14) – nahmen mit ihrem betreuenden Lehrer Christian Zschel am Ingelheimer Fachkongress teil. Ihr Projekt: Sie wollten knapp zwei Wochen nach der Veranstaltung bei Antenne Bad Kreuznach in der Sendung „Unerhört – jetzt reden wir“ über den Fachkongress berichten und durch Mitschnitte spannende Einblicke liefern.

Was interessiert die Hörerinnen und Hörer?

Die Nachwuchsreporter sprachen – ausgestattet mit Mikrofon und iPad – gezielt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachkongresses an. Im Vorfeld hatten sich alle Schülerinnen und Schüler der AG gemeinsam Interviewfragen überlegt, die interessant für ihre Hörerinnen und Hörer sein könnten. Beispiele: „Warum besuchen Sie den Fachkongress?“ oder „Welche Erwartungen haben Sie an den heutigen Themenschwerpunkt ‚Demokratiebildung?‘“

Als Pressevertreter auftreten

Auf die Frage, warum die Radio-Newcomer in Ingelheim dabei sein wollten, gab es bemerkenswerte Antworten. Phillip (15) wollte dabei sein, um die einmalige Chance wahrzunehmen, Lehrkräften mal in dieser Form über die Schulter zu schauen. Für Jonas (12) war es wichtig, als Presse(vertreter) aufzutreten. Für Tamino (14)



... und als aufmerksame Zuhörer beim Workshop „Escape Room“

Gruppenbild der Radio-AG mit ihrer Schulleiterin Heidi Becker (li.), dem VRB-Landesvorsitzenden Timo Lichtenthäler und VRB-Schriftführerin Saskia Tittgen: Phillip Kaster (2.v.li.), Tamino Tarrach (3.v.li.), Yones Lentner (3.v.re.), Jonas Scheid (re.) und Lehrer Christian Zaschel (4.v.re.)



war das Interesse am Demokratiethema der Grund, dabei sein zu wollen. Und Yones (12) interessierte insgeheim, ob Lehrerinnen und Lehrer in Gruppenarbeiten besser sind als Schülerinnen und Schüler.

Aufbereitung der Tondokumente für die Sendung

Während der Tag des Ingelheimer Fachkongresses von neuen, spannenden Eindrücken geprägt war, wartete im Anschluss noch eine Menge Arbeit auf die gesamte AG. Die Tondokumente mussten angehört, sortiert und geschnitten werden, denn die Sendezeit im Radio am 22. März 2023 sollte 60 Minuten betragen. In dieser Zeit werden auch Nachrichten, Lieder und Werbung ausgestrahlt,

sodass das fertige Material stark zu komprimieren war.

Team-Fazit

In der Rückschau war sich das Radio-AG-Team einig, dass Lehrkräfte dankbare Interviewpartnerinnen und -partner sind, schließlich „können die immer gut reden“. Ihr Fazit: „Es war super. Wir möchten gerne nächstes Jahr wieder dabei sein.“

Saskia Tittgen
saskia.tittgen@vrb-rlp.de



Ihre Erwartungen?

Ich freue mich auf den kollegialen Austausch und darauf, „alte Weggefährten“ zu treffen. Gerne möchte ich die angebotenen Themenbereiche schulisch umsetzen. Insbesondere der Workshop „Escape Room“ stellt für mich eine Anregung für die unterrichtliche Weiterentwicklung dar. Im Übrigen schätze ich die Organisation der Fachkongresse, die Wahl der Fachvorträge und das gemeinschaftliche Auftreten des VRB.

Carsten Ritter, Robert-Koch RS plus mit FOS Linz



Ihr Fazit?

Am VRB-Fachkongress gefiel mir wieder einmal, dass kompetente und interessante Persönlichkeiten für die Leitung der Arbeitskreise gewonnen werden konnten. Besonders beeindruckt haben mich die Lebensgeschichten zweier Geflüchteter. Diese Geschichten müssen mehr in den Unterricht transportiert werden. Ich nehme vom heutigen Tag mit, wie wichtig es ist, die Demokratiebildung fächerübergreifend ab der 5. Klasse zu stärken.

Claudia Selt, Rochus-Realschule plus mit FOS in Bingen

DER VRB BEDANKT SICH

Der Fachkongress lebt vom Engagement und Einsatz vieler Helferinnen und Helfer

Für die inhaltlichen Impulse danken wir den Referentinnen und Referenten, insbesondere Dr. Pfeil für seine Gesellschaftsanalyse und den Aufruf, für die Demokratie zu kämpfen und lösungsorientiert zu streiten. Den Anstoß für die Thematik des Fachkongresses gab Bernd Karst.

Heidi Becker hat die Organisation des Kongresses koordiniert. Sie sorgte auch am Kongresstag zusammen mit Caroline Macher und Saskia Tittgen für einen reibungslosen Ablauf. Sie konnten auf die Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fridtjof-Nansen-Akademie bauen.

Saskia Tittgen führte als Moderatorin durch die Veranstaltung. Monika Antoni sorgte für die Dokumentation und betreute sie re-

daktionell. Ihrem Team gehörten an: Katharina Becker, Katharina Bitz, Joanna Boehlke, Jana Brachtendorf, Nico Cordes, Lisa Deck, Martina Friderichs, Wolfgang Häring, Gerhard Hein, Christoph Krier, Jutta Okfen, Maren Sassenroth, Regina Sersch, Saskia Tittgen, Nicole Weiß-Urbach und Wolfgang Wünschel.

Das Weiterbildungszentrum (WBZ) Ingelheim bot wiederum ein schönes Ambiente für die Veranstaltung. Durch die enge Zusammenarbeit mit der Fridtjof-Nansen-Akademie, sie hat ihren Schwerpunkt in der politischen Bildung, fand der VRB für seinen 11. Fachkongress „Demokratiebildung in der Schule“ einen kompetenten Partner.



Heidi Becker, Caroline Macher und Saskia Tittgen (v.l.) sorgten auch diesmal wieder für einen reibungslosen Ablauf am Kongresstag.



Madlen Glass und Florian Süß garantierten das einwandfreie Funktionieren der Technik.



Saskia Tittgen führte als Moderatorin durch den Tag.



Bernd Karst hat den Kongress initiiert und konzeptionell mit der Akademie abgestimmt.



Karin Berneburg hielt mit ihren Bildern kleine und große Momente des Kongresses fest.



Monika Antoni erstellte zusammen mit einem engagierten Kongress-Team die Dokumentation.

IM GESPRÄCH MIT DR. FLORIAN PFEIL

Fachkongress 2023 – Bilanz und Ausblick



Die Fridtjof-Nansen Akademie (FNA) war in diesem Jahr zum elften Mal Veranstaltungspartner unseres Ingelheimer Fachkongresses. Im Gespräch mit Bernd Karst bilanziert der Leiter der Fridtjof-Nansen Akademie, Dr. Florian Pfeil, die inhaltliche und personelle Kooperation zwischen VRB und FNA sowie die Ergebnisse des Fachkongresses: „Ich glaube, dass wir gemeinsam, VRB und FNA, Ideen für eine Intensivierung der Demokratiebildung vorangebracht haben.“

„Der VRB ist uns schon seit Jahren ein wertvoller Partner.“

RBiRP: Das Thema „Demokratiebildung“ ist ein Markenzeichen Ihrer Akademie und auch ein persönlicher Schwerpunkt Ihrer Arbeit. Wie beurteilen Sie Verlauf und Ergebnisse des Kongresses?

Dr. Florian Pfeil: VRB und FNA arbeiten seit 2009 zusammen, das ist eine gute und vertrauensvolle Kooperation. Aber noch nie haben wir inhaltlich so eng von der Planung bis zur Durchführung zusammengearbeitet. Das lag am Thema des diesjährigen Kongresses, denn Demokratiebildung ist ein ganz zentrales Themenfeld unserer Akademie, so dass wir von Anfang an das Gefühl hatten, dem VRB einen Mehrwert bieten zu können. Zugleich verfolgen wir in der FNA das Ziel, die einseitige Ausrichtung der politischen Bildung in Deutschland auf Gymnasien zu durchbrechen und intensiv auch andere Schulformen in den Blick zu nehmen. Der VRB ist uns dabei schon seit Jahren ein wertvoller Partner!

„Gerade wächst eine Generation heran, die keine ‚normale‘ Kindheit und Jugend gehabt hat.“

Inwieweit trägt die aktuelle weltpolitische Situation zu einer Sensibilisierung der Jugendlichen für Politik bei?

Die heutigen Jugendlichen leben in einer Zeit verschärfter krisenhafter Entwicklungen. Der Klimawandel mit seinen zu erwartenden Folgen wird von vielen Jugendlichen als unmittelbare Bedrohung ihrer Zukunft wahrgenommen – zu Recht! Krieg ist in unserer un-

mittelbaren Nachbarschaft angekommen. Und bei all dem dürfen wir nicht vergessen, dass gerade eine Generation heranwächst, die infolge der Corona-Pandemie eben keine „normale“ Kindheit und Jugend gehabt hat. Insofern wundert es mich gar nicht so sehr, dass die Jugendlichen, die ich erlebe, sehr politisch sind und sich auch mit ihren Wünschen und Ideen einbringen wollen. Aber unsere Gesellschaft wird diesen Jugendlichen noch einige Türen öffnen müssen. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, den jungen Menschen zu zeigen, dass wir uns auch für sie interessieren und dass wir ihre Anliegen ernst nehmen.

Demokratiebildung ist eine Querschnittsaufgabe, also ein über die Politische Bildung hinausgehendes Anliegen. In Ihrer Keynote haben Sie zahlreiche Themen aufgegriffen, die sich fächerübergreifend in der Schule umsetzen lassen.

„Vielfalt erfahren Jugendliche jeden Tag in ihrem Umfeld.“

Die aus der Vielfalt erwachsenden Chancen, aber auch die ihr innewohnenden Herausforderungen im Zusammenleben sind Themen, die in vielen Fächern aufgegriffen werden können. Vielfalt ist zudem etwas, was die Heranwachsenden jeden Tag in ihrem eigenen Umfeld erfahren können. Wir können die Jugendlichen also in ihrer Lebenswelt abholen und mit ihnen gemeinsam überlegen, wie ein vielfältiges Zusammenleben in einer Gesellschaft friedlich und konstruktiv möglich ist. Da geht es um Werte wie Menschenrechte, Respekt und Toleranz – und um Gewaltfreiheit als Grundkonsens einer demokratischen Gesellschaft. Diese Themen gehören nicht nur in den Sozialkunde- oder Geschichtsunterricht. Das sind auch Themen in der Weltliteratur, sie gehören



damit auch in den Deutsch-, Englisch- oder Französischunterricht. Ein konkretes Beispiel vielleicht: Man kann im Englischunterricht eine Rede von Martin Luther King lesen und in den zeithistorischen Kontext setzen, im Geschichtsunterricht etwas über die Anfänge der Frauenbewegung in Deutschland lernen – und parallel dazu im Sozialkundeunterricht fragen, wie es eigentlich im heutigen Deutschland mit Rassismus und Sexismus aussieht.

Bei den künftigen Angeboten zur Politischen Bildung wollen Sie den Fokus verstärkt auf die Zielgruppe der Schülerschaft der Sekundarstufe I richten. Eine Folgerung, die Sie aus den Fachkongresserfahrungen ziehen?

Die Träger politischer Jugendbildung konzentrieren sich nach meiner Wahrnehmung schon immer viel zu sehr auf Gymnasien und innerhalb der Gymnasien vor allem auf die Oberstufe. Das kritisiere ich schon lange. Ich sage nicht, dass wir diese Zielgruppe aus dem Blick verlieren sollen. Aber wir müssen andere Zielgruppen und damit auch andere Schulformen viel mehr als in der Vergangenheit für die politische Bildung gewinnen. Die FNA arbeitet inzwischen sehr erfolgreich auch mit Grundschulen, Förderschulen und Berufsbildenden Schulen. Ich hoffe sehr, dass unser gemeinsamer Fachkongress auch weitere Brücken zu den Realschulen schaffen konnte.

„Der Ingelheimer Fachkongress wird eine spannende Veranstaltungsreihe bleiben.“

Mit den Kongressthemen orientiert sich der VRB an aktuellen Fragen in Verbindung mit Schule und Bildung. Zuletzt standen Soziale Medien, Fake News und jüngst Demokratiebildung im Mittelpunkt. Neue Themen kündigen sich an. Zum Beispiel: „Wie bestimmt Künstliche Intelligenz unseren Schulalltag?“

Wir als Akademie für politische Bildung sind gerne auch in Zukunft Partner des VRB bei der Gestaltung der Fachkongresse. Es zeichnet den VRB aus meiner Sicht aus, dass er nicht nur eine engagierte Interessenvertretung seiner Mitglieder sein möchte, sondern sich in gesellschaftlicher Verantwortung sieht. Gerne unterstützen wir da, wo es passt auch mit unserer inhaltlichen Expertise. Auch ein Thema wie Künstliche Intelligenz ist ja nicht nur ein technisches Thema. Es hat auch gesellschaftspolitische Konsequenzen im Positiven wie im Bedenklichen. Der Ingelheimer Fachkongress wird folglich weiterhin eine spannende Veranstaltungsreihe bleiben.

Das Gespräch führte Bernd Karst



Erwartungen erfüllt?

Ja. An unserer Schule, wir sind „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, haben Demokratie und Toleranz einen hohen Stellenwert. Heute nehme ich vor allem aus dem Arbeitskreis 1 mit, dass den Kindern Demokratie mit gelebten Schicksalen nähergebracht werden kann und sollte.

Michelle Lindner, Rochus-Realschule plus mit FOS in Bingen



Ihr Fazit?

Ich bin Sozialkundelehrer, aber nicht nur deshalb ist das Kongressthema für mich interessant und wichtig. Ich habe neue Impulse für den Unterricht erhalten, insbesondere wie ich die Schülerinnen und Schüler mehr für politische Bildung motivieren und im Umgang mit Rechtsextremismus sensibilisieren kann. Wie immer gelungen ist die allgemeine Organisation und die der Workshops. Wichtig fand ich auch die Zeitfenster für den kollegialen Austausch.

Thomas Holfelder, RS plus mit FOS Schifferstadt



Was war Ihre Erwartung an den Tag in Ingelheim?

Ich habe erwartet, wieder liebe Menschen zu treffen, die ich beim VRB kenne. Ich habe mich auf das Wiedersehen gefreut, weil die Zeit ja sonst ein bisschen knapp ist.

Was hat Sie beeindruckt?

Der Bericht der beiden Flüchtlinge im Workshop „Werteorientierung – Was ist in Deutschland anders?“ Ich hatte Gänsehaut, als die beiden ihre Flucht beschrieben. Ich fand ihre Beschreibung bemerkenswert, wie sie sich hier integrieren, ihren Weg gehen und das wirklich als Chance begreifen. Der Satz „Das Land gibt mir Leben!“ war für mich tief beeindruckend.

Jutta Okfen, IGS Salmtal

Impressionen

Ingelheimer
Fachkongress 2023





Fotografen: Karin Berneburg und Wolfgang Wünschel

„An der Schule fummeln zu viele Leute rum.“

Ex-Bundesinnenminister Thomas de Maizière
im ZDF-Talk „Markus Lanz“ vom 9.3.23

Flop mit Ansage: Bundesbildungsministerin
ruft zum „Bildungsgipfel“ – und kaum ein Kultus-
minister kommt

news4teachers.de, 12.3.2023

Die Schule ist am Ende

Leitartikel von Tobias Peter in der
RHEINPFALZ vom 14.3.23

BILDUNGSEKSTASER IN DEUTSCHLAND

wivo.de, 14.3.2023

Das Bildungsekstaser:
Wie sichern wir unsere Zukunft?

ARD Presseclub 12.3.23

Radikalreform für Schulen angemahnt

Winfried Folz in DIE RHEINPFALZ vom 9.3.23

„Bildungsnotstand –
Jetzt wird es wirklich Zeit!“

Deutsche Telekom Stiftung, 8.3.23

Ein radikaler Ansatz gegen die Schulmisere

Heike Schmall in FAZ vom 8.3.23

„Der Bildungsgipfel droht
zu scheitern, bevor er überhaupt angefangen hat.“

Heinz-Peter Meidinger, Präsident des DL,
stuttgarter-nachrichten.de am 13.3.23

„Das deutsche Bildungssystem
steckt in einer tiefen Krise“

Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger
in BILD AM SONNTAG 12.3.23

„Wir müssen dringend
zurück zur früheren Benotung
und zum vorherigen Leistungsanspruch.“

Ludger Wößmann, ifo Zentrum für Bildungsökonomik in BILD AM SONNTAG, 12.3.23

Bildungsgipfel: Erst Kammerspiel, dann Trauerspiel

Spiegel.de, 14.3.23

BILDUNGSMISERE

Seltene Einigkeit: Es muss etwas geschehen

Die kürzlich veröffentlichten Ergebnisse der IGLU-Studie von 2021 versetzten die ehemalige „Bildungsnation Deutschland“ erneut in Aufregung: Grundschüler in Deutschland lesen viel schlechter als vor zwanzig Jahren. Ein Viertel aller Kinder erreicht inzwischen nicht mehr das erforderliche Kompetenzniveau im Lesen, um den Übergang in die weiterführende Schule erfolgreich zu meistern. Mit 25,4 Prozent liegt ihr Anteil über den Werten von 2001 (17 Prozent) und 2016 (19 Prozent). Die KMK-Präsidentin Katharina Günther-Wünsch (CDU) nannte die Ergebnisse der Iglu-Studie „ernüchternd“ und Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) sprach von „alarmierenden“ Erkenntnissen. Die baden-württembergische Regierungskoalition erwägt inzwischen eine „Kindergartenpflicht“ für Fünfjährige mit Sprachproblemen. Die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Hubig verordnet den Grundschulen u.a. eine Stunde mehr Deutsch pro Woche und den Verzicht auf Englischunterricht in Klasse 1 und 2. In den Kitas wird es verpflichtende Fördermaßnahmen nach Sprachstandserhebungen 18 Monate vor der Einschulung geben.

Lesekompetenz seit zwanzig Jahren kontinuierlich rückläufig

Für Schulpraktiker sind die Befunde allerdings wenig überraschend. Sowohl der steigende Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund als auch die „Buchferne“ vieler deutscher Elternhäuser verbunden mit der exzessiven Nutzung von Videospielen und sozialen Netzwerken mit Smileys statt Wörtern lassen das genussvolle Lesen in den Hintergrund treten. Die durchschnittliche Lesezeit im Unterricht ist bei den Viertklässlern in Deutschland mit 141 Minuten pro Woche vergleichsweise gering. In den OECD-Staaten insgesamt liegt der Mittelwert bei 205 Minuten.

Die IGLU-Studie reiht sich nur ein in die zahlreichen wissenschaftlichen Untersuchungen und Vergleichsstudien, die auch in anderen Schulstufen und Fachbereichen zu erschreckenden Ergebnissen geführt haben (s. Bericht in Heft 5-6/2022, S. 10). Seitdem wird in Wissenschaft, Parteien, Verbänden und Medien heftigste Kritik am deutschen Schulwesen geübt. Einig ist man sich schnell darüber, dass „etwas“ geschehen müsse.

Aus verschiedenen Richtungen wird versucht, dem Abwärtstrend gegenzusteuern. Die Handlungsvorschläge kommen leider vorwiegend von Theoretikern:

Sicherstellung eines qualitativ hochwertigen Unterrichtsangebots

Die **Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK)** der Kultusministerkonferenz hat Anregungen zur Reduzierung des Lehrkräftemangels vorgelegt, die auf heftige Kritik – vor allem aus den Lehrerverbänden – gestoßen ist. (s. Heft 1-2/2023, S. 7)

Mehr Verantwortung, mehr Leistungstransparenz und Reform der Lehrkräftearbeitszeit

Die **Deutsche Telekom Stiftung** präsentierte am 8. März 2023 drei radikale Verbesserungsvorschläge im Bildungssystem. Das von Ex-Bundesinnenminister Thomas de Maizière und Ekkehard Winter verfasste Papier sieht folgende Maßnahmen vor:

- **Mehr Verantwortung für die Schulen:** Die Dienstherreneigenschaft für das gesamte an Schule tätige Personal gehört in eine Hand. Vorgesetzte für alle Mitarbeiten-

den an der Schule muss die Schulleitung sein, die das Personal dann auch grundsätzlich selbst auswählt. Nach Bedarf vor Ort muss es dabei auch möglich sein, nicht nur ausgebildete Lehrkräfte, sondern auch Menschen mit anderen Qualifikationen einzustellen, also Quer- und Seiteneinsteiger, sog. Educational Technologists, Verwaltungsmitarbeiter, Schulpsychologen, Sozialarbeiter etc. Eine solche Multiprofessionalität ist für eine moderne Schule unabdingbar und setzt Ressourcen frei.

- **Mehr Leistungstransparenz und Entwicklung nationaler Bildungsstandards:** Sowohl Aufsicht und Kontrolle als auch Unterstützung durch die Bildungsverwaltung ist erforderlich. Bei Problemen muss es Interventionsmöglichkeiten für die Schulaufsicht/-inspektion geben. Transparenz über das Erreichen der Standards muss gewährleistet werden.
- **Reform der Lehrkräftearbeitszeitmodelle:** Dass die Lehrkräftearbeitszeit ausschließlich am Lehrdeputat gemessen wird, ist anachronistisch. Gute Schule ist mehr als nur guter Unterricht! Es soll eine wöchentliche Arbeitszeit mit Anwesenheitsregeln in der Schule festgelegt wer-

Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger und KMK-Präsidentin Astrid-Sabine Busse auf der Pressekonferenz zum Abschluss des Bildungsgipfels im März 2023.



Bildungsgipfel – Ankündigung des BMBF

Die Ergebnisse der jüngsten Untersuchungen zum Kompetenzstand von Kindern und Jugendlichen sind alarmierend. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist nach wie vor zu hoch. Das können wir als Verantwortliche für das Bildungssystem nicht hinnehmen, sondern müssen das Aufstiegsversprechen in der Bildung erneuern. Hierfür müssen wir uns auch trauen, neue Wege zu beschreiten, alte Pfade zu verlassen und eine neue Kultur der Zusammenarbeit zu etablieren. Denn nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung werden wir zu einer echten Wissensgesellschaft, die uns auch zukünftig befähigt, in Freiheit, Demokratie und Wohlstand zu leben.

Hierfür werden Vertreterinnen und Vertreter des Bundes, der Länder und Kommunen, der Wissenschaft und Zivilgesellschaft

am 14. und 15. März 2023 auf dem Bildungsgipfel 2023, wie im Koalitionsvertrag beabsichtigt, über die aktuellen Herausforderungen des deutschen Bildungssystems diskutieren. Der Bildungsgipfel 2023 kann hierbei als Auftakt für die Erneuerung des Aufstiegsversprechens und einer neuen Kultur der Zusammenarbeit gesehen werden. Insbesondere mit den Erkenntnissen der Bildungsforschung, die auf der parallel stattfindenden Bildungsforschungstagung 2023 diskutiert werden, können die Voraussetzungen und Möglichkeiten von chancengerechten Bildungsprozessen im institutionellen und gesellschaftlichen Kontext gemeinsam und substantiell verbessert werden.

den. Vollzeitarbeit muss die Regel sein. Der Arbeitsplatz der Lehrkräfte muss das Schulgebäude sein. So funktionieren dann gemeinsame Unterrichtsentwicklung, Team-Teaching, interne Fortbildung und Mentoring.

In der Talkshow Markus Lanz vom 9. März 2023 fasste de Maizière zusammen: „So wie das Bildungssystem jetzt strukturiert ist, kann es nicht richtig gut werden.“

Das Papier zeigt allerdings einen sehr betriebswirtschaftlichen Blick auf die Schule. Diese ist jedoch kein Produktionsbetrieb und Schülerleistungen lassen sich nicht wie Stückzahlen erfassen und auf Mängel untersuchen. Die Häufung fast aller Entscheidungskompetenzen auf die Schulleitung widerspricht dem Partizipationsrecht von Lehrer- und Schülerschaft und lässt demokratische Strukturen vermissen.

Mehr Investitionen für Schulgebäude und mehr Wertschätzung für Lehrerberuf

Zu dem bereits im Koalitionsvertrag angekündigten **Bildungsgipfel 2023** hat Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) Mitte März Vertreterinnen und Vertreter des Bundes, der Länder und Kommunen, der Wissenschaft und Zivilgesellschaft eingeladen. Allerdings wurde schon im Vorfeld von einem „Flop mit Ansage“ gesprochen. Der Gipfel sei schlecht vorbereitet worden und die Länder seien im Vorfeld nicht beteiligt gewesen. Von den

16 Kultusministerinnen bzw. -ministern haben nur zwei teilgenommen und auch der Kanzler fehlte – ganz anders als 2008 Angela Merkel die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausgerufen hatte.

So blieb es bei Absichtserklärungen der Bundesministerin: Die Digitalisierung brauche mehr Tempo, um die jungen Menschen auf die digitale Zukunft vorzubereiten. Der Investitionsstau bei den maroden Schulgebäuden müsse angegangen werden. Lehrerinnen und Lehrer müssten mehr Wertschätzung erfahren, auch finanziell. Aus Teilnehmerkreisen wurde der Gipfel als „blanker Hohn“ oder als „reine PR-Veranstaltung“ bezeichnet. Sprechen könne man „allenfalls von einem unverbindlichen Treffen an der Talstation, um gemütlich über den Aufgabenberg zu reden“.

Wieder einmal wurde deutlich, dass die Länder ihre Kulturhoheit behalten wollen. Sie erwarten zwar vom Bund zusätzliche Mittel, fürchten aber auch Einflussnahmen, die sich negativ auswirken. Die Konkurrenz unter den Ländern bietet nämlich auch Anreiz für mehr Anstrengungen und Verbesserungen. Insbesondere Länder wie Bayern und Sachsen fürchten bei Vereinheitlichungen ein Absinken des Leistungsniveaus an ihren Schulen.

Zeitenwende im Schulsystem: Sondervermögen für Bildung

Der Begriff „Zeitenwende“ hat Konjunktur. Doch nicht nur Deutschlands Armee wurde

über Jahre vernachlässigt und unterfinanziert. „Es bedarf einer Zeitenwende auch im Schulsystem“, forderte die WELT am 12. März 2023. Deutschland investiert im internationalen Vergleich eher wenig in Kitas und Grundschulen. Entsprechend regte Saskia Esken (SPD) ein Sondervermögen für Bildung in Höhe von 100 Milliarden Euro an. Angesichts der Größe und Bedeutung des Themas wäre das ein „angemessenes Volumen“. Da ein „Sondervermögen“ aber eigentlich „Sonderschulden“ heißen muss, ist die Finanzierungsfrage vordringlich zu klären.

Angleichung struktureller Rahmenbedingungen und Maßnahmen gegen Lehrkräftemangel

Wenige Tage nach dem „Gipfel“ dominierte das Thema Bildungsmisere auch die Tagung der **Kultusministerkonferenz (KMK)**. Man musste feststellen, dass die ständig besser werdenden Abiturnoten auf der einen Seite sinkenden Leistungen auf der anderen Seite gegenüberstehen. Um eine bessere Vergleichbarkeit des Abiturs in den Ländern anzustreben hat die KMK eine Angleichung struktureller Rahmenbedingungen für die gymnasiale Oberstufe beschlossen:

- nur noch maximal drei Leistungskurse
- in vier Halbjahren sind 40 Kurse verpflichtend
- einheitliche Anzahl und Gewichtung von Klausuren

- drei Stunden pro Woche für Naturwissenschaften als Grundkurs
- Gesellschaftswissenschaften in mindestens sechs Halbjahren
- ausreichende Kapazitäten für Lehrerbildung an Hochschulen und Seminaren
- Weiterentwicklung bedarfsbezogener Lehramtsstudiengänge

Die Bestimmungen treten allerdings erst verbindlich für Schüler in Kraft, die 2027 in die sogenannte Einführungsphase eintreten und dann 2030 ihr Abitur machen.

Während der Philologenverband die Vereinbarungen weitgehend als Erfolg wertet, kritisiert die GEW die Beschlüsse „als falsche Weichenstellung“. Statt auf mehr Flexibilität auf dem Weg zum Abitur zu setzen, würden die fast erwachsenen Schülerinnen und Schüler mehr gegängelt.

Als Reaktion auf den Lehrkräftemangel vereinbarte die KMK u. a. folgende Maßnahmen:

- Erhöhung der Attraktivität und Wertschätzung des Lehrberufs

- Weiterentwicklung der Qualitätsoffensive Lehrerbildung durch den Bund
- Verbesserung der Prognostik zur Ermittlung des Lehrkräftebedarfs
- Sondermaßnahmen für Quereinsteiger und Studiengangwechsler
- Entlastung der Lehrkräfte von Organisations- und Verwaltungsaufgaben

Die KMK hat damit den Ländern „Hausaufgaben“ mitgegeben. Die Umsetzung bleibt in der Verantwortung der einzelnen Bildungsministerien.

Entscheidungsträger gefordert

Es ist zu erwarten, dass die lautstarke Debatte um das Thema Schule in den Medien, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und

in der breiten Öffentlichkeit tatsächlich den Handlungsdruck auf die Entscheidungsträger verstärkt. Seit vielen Jahren mahnt unser Verband Verbesserungen an, sei es in der Lehrkräfteversorgung, im Referendariat, bei der Ausstattung der Schulen oder bezüglich der Unterstützung durch multi-professionelle Teams. Wir hoffen, dass es in den neu angekündigten Arbeitsgruppen eine breite Zusammenarbeit, auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Bildungspraxis, geben wird und dass rasch Fortschritte erzielt werden.

Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de



► KOALITIONSVERTRAG BERLIN

Was Berlin an seinen Schulen plant

Auf die bisherige bildungspolitische Sprecherin der CDU und neue Berliner Schulsenatorin Katharina Günther-Wünsch wartet eine gewaltige Aufgabe. Die gelernte Lehrerin für Chemie, Geschichte und Politik muss die im schwarz-roten Koalitionsvertrag „Das Beste für Berlin“ formulierten Ziele realisieren.

Hier Auszüge aus dem die Schule betreffenden Kapitel des Koalitionsvertrages (S. 40 f.):

„Wir stehen zum mehrgliedrigem Schulsystem mit seinen unterschiedlichen Schulformen. Die Vielfalt der Schulformen wollen wir erhalten, damit alle Kinder gemäß ihren Bedürfnissen und Begabungen individuell bestmöglich gefördert werden können. Wir bekennen uns zu starken Gymnasien und entwickeln grundständige Gymnasien qualitativ weiter. Das Probejahr am Gymnasium soll zugunsten einer neuen Eignungsfeststellung, die gewährleistet, dass die Schülerinnen und Schüler den Herausforderungen

am Gymnasium gewachsen sind, entfallen. Eine freiwillige Wechselmöglichkeit soll sichergestellt werden. Die obligatorischen Prüfungen des Mittleren Schulabschlusses am Gymnasium am Ende der Klasse 10 werden wir abschaffen. Die Koalition stärkt die Gemeinschaftsschule als eigenständige Schulart.

[...]

Wir verstetigen den Quereinstieg und schaffen eine rechtssichere Grundlage für die Ausbildung. Wir prüfen den Quereinstieg von Ein-Fach-Lehrkräften in Mangelfä-

chern. Wir prüfen die Entbürokratisierung und Beschleunigung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse, um internationale Fachkräfte leichter zu gewinnen. Wir werden die Abordnung von grundständig ausgebildeten Lehrkräften in die Schulinspektion, die Seminarleitungen und die Senatsverwaltung kritisch prüfen.

[...]

Wir wollen die Berufsorientierung in allen Schulformen durch eine curriculare Verankerung ab Klasse 5 konzeptionell stärken. Hierzu gehört neben der Evaluation der bisherigen Maßnahmen auch die Unterstützung der bestehenden Strukturen durch Ausbildungsbotschafter und Alumni. Wir werden verpflichtende Berufspraktika in Klasse 9 und 10 in allen Schulformen einführen. Zudem wollen wir das Unterrichtsfach „Wirtschaft-Arbeit-Technik“ (WAT) stärken, indem wir es auch an Gymnasien mit den vorhandenen Ressourcen in der Klassenstufe 9 verpflichtend einführen. An Integrierten Sekundarschulen sowie an Gemeinschaftsschulen wird der WAT-Unterricht in den Klassen 9 und 10 Pflichtfach.“

Hr

INFOS AUS DER



KULTUSMINISTER KONFERENZ

G7-Bildungsministerinnen und -minister verabschieden Erklärung zur Stärkung der Bildungssysteme nach der COVID-19-Pandemie

Auf Einladung der japanischen Bildungsministerin Keiko Nagaoka trafen sich die Bildungsministerinnen und -minister sowie hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der G7-Staaten vom 12.–15.05.2023 in Toyama und Kanazawa (Japan).

In ihrer Abschlusserklärung heben die Bildungsministerinnen und -minister unter anderem die

Bedeutung eines resilienten Bildungssystems zum Aufholen von Lernrückständen, der Förderung der Chancengerechtigkeit und des Wohlbefindens eines Jeden hervor. Die Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung werden ebenfalls thematisiert, insbesondere mit Blick auf den Einsatz digitaler Technologien als Unterstützung im Präsenzunterricht.

Ra/<https://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/g7-bildungsministerinnen-und-minister-verabschieden-erklaerung-zur-staerkung-der-bildungssysteme-nach.html>

Berliner Senatorin Katharina Günther-Wünsch ist neue KMK-Präsidentin



Die Berliner Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Katharina Günther-Wünsch, wurde zur neuen Präsidentin der Kultusministerkonferenz gewählt. Sie folgt im Amt auf Astrid-Sabine Busse aufgrund des Regierungswechsels im Land Berlin. KMK-Präsidentin

Katharina Günther-Wünsch: „Als Präsidentin möchte ich eine innovative und ideenreiche KMK, die in schweren Zeiten Verantwortung zeigt. Zudem werde ich das Schwerpunktthema meiner Amtsvorgängerin, die Qualität der Ganztagschulen weiterzuentwickeln, fortführen. Ein gutes Ganztagsangebot ist wichtig.“ (Foto: Hans-Christian Plambeck)

Ra/ <https://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/berliner-senatorin-katharina-guenther-wuensch-ist-neue-kmk-praesidentin.html>

Wichtige Verstetigung im Kampf gegen Antisemitismus im Umfeld Schule

Die von der Kultusministerkonferenz, dem Zentralrat der Juden in Deutschland und der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten (BLK) eingesetzte Arbeitsgruppe „Antisemitismus“ hat am 26.04.2023 zum ersten Mal getagt und ihre Arbeit aufgenommen. Alle Teilnehmer betonten, wie wichtig diese Verstetigung im Kampf gegen Antisemitismus im Umfeld Schule ist.

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hatte sich bei ihrer 378. Sitzung am 23./24. Juni 2022 unmittelbar nach der gemeinsamen Fachtagung zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule dafür ausgesprochen, mit den beiden Partnern, dem Zentralrat der Juden in Deutschland und der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten (BLK), in einer auf Dauer eingerichteten Arbeitsgruppe weiter zu dem Thema zusammenzuarbeiten.

Ra/ <https://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/arbeitsgruppe-antisemitismus-tag-zum-ersten-mal-wichtige-verstetigung-im-kampf-gegen-antisemiti.html>

Länder einigen sich bei Finanzierung von Schulen in sozial benachteiligter Lage

Die Kultusministerkonferenz begrüßt das Vorhaben der Bundesregierung, ein neues Programm „Startchancen“ aufzulegen. Dazu haben die Länder gemeinsam in der Kultusministerkonferenz einen Vorschlag erarbeitet und abgestimmt, wie Bund und Länder künftig Schulen in sozial benachteiligter Lage im Rahmen des geplanten „Startchancenprogramms“ besonders fördern können. Der Bund hat bereits zugesagt, wenigstens eine Milliarde Euro im Jahr dafür zur Verfügung zu stellen.

Mit diesem Geld sollen 4.000 Schulen in Deutschland besonders gefördert werden. Geplant sind beispielsweise erhebliche Zuschüsse für zusätzliche pädagogische Fördermaßnahmen in der Verantwortung der einzelnen Schule, darüber hinaus sollen bis zu 4.000 Stellen für die Schulsozialarbeit und eine bessere bauliche und räumliche Ausstattung der Schulen und der Unterrichtsräume ermöglicht werden. Bund und Länder wollen jetzt zügig die weiteren Details klären, so dass das Programm spätestens im nächsten Jahr starten kann.

Ra/ <https://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/laender-einigen-sich-bei-finanzierung-von-schulen-in-sozial-benachteiligter-lage.html>

Stark-Watzinger/Busse: Der Digitalpakt erreicht immer mehr Schulen – 80 Prozent der Gelder sind bereits gebunden

Die Länder haben dem Bund neue Zahlen zur Mittelverwendung im Digitalpakt gemeldet. Demnach wurden seit Beginn der Laufzeit 2019 Bundesmittel von fast zwei Milliarden Euro für den Ausbau der digitalen Infrastruktur an Schulen abgerechnet und Pro-

jekte im Umfang von 4,1 Milliarden Euro bewilligt. Rund 26.000 Schulen profitieren deutschlandweit davon.

Ra/ <https://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/stark-watzingerbusse-der-digitalpakt-erreicht-immer-mehr-schulen-80-prozent-der-gelder-sind-ber.html>

Tarifverhandlungen

Abschluss für den öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen

Während die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder noch bevorstehen, kam es im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen bereits zur Einigung. Im Spätherbst wird spannend sein, ob der Abschluss für Bund und Kommunen auch für die Tarifverhandlungen der Länder übernommen werden kann. Im geltenden Koalitionsvertrag steht immerhin, dass die Landesregierung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten anstrebt, „die Tarifabschlüsse der Tarifgemeinschaft der Länder für die Beschäftigten des Landes auch für die Beamt:innen sowie die Versorgungsempfänger:innen zu übernehmen.“

Mittelbar könnte der Tarifabschluss von Bund und Kommunen (TVöD) auch Einfluss auf die für den Tarifvertrag der Länder (TV-L) anstehenden Verhandlungen haben. Deshalb lohnt es sich, einen Blick auf die Ergebnisse zu werfen.

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sind insgesamt über 2,5 Millionen Beschäftigte des Bundes und der Kommunen betroffen. Der dbb war mit der Forderung „10,5 %, mindestens 500 Euro“ in die Verhandlungen der ersten Tarifrunde eingestiegen. „Ein starker öffentlicher Dienst ist der beste Krisenmanager“, titelte unser Dachverband im Oktober 2022. „Krisen, Krieg und Corona stellen eine enorme

Belastung für unser Land dar“, so dbb Chef Ulrich Silberbach damals gegenüber der Presse. „Wir alle sind seit nunmehr knapp drei Jahren im Belastungsmodus. Und das gilt für den öffentlichen Dienst in ganz besonderer Weise.“

Nach den „härtesten Verhandlungen mit Bund und Kommunen seit über 30 Jahren“, so dbb Jugend-Chef Matthäus Fandrejewski, stand am 28.04.2023 das Tarifergebnis fest. Die wesentlichen Punkte der Einigung beinhalten:

- **ein Inflationsausgleichsgeld**
Steuer- und sozialabgabenfreies Inflationsausgleichsgeld in Höhe von insge-

samt 3.000 € bzw. 1.500 € für Auszubildende in stufenweiser Auszahlung

- **einen Sockelbetrag mit anschließender prozentualer Steigerung**

Ab 1. März 2024 Erhöhung der Tabellenentgelte um 200 Euro und anschließend um 5,5 Prozent; Ausbildungs- und Praktikantentgelte werden zum gleichen Zeitpunkt um 150 Euro erhöht

- **eine Vertragslaufzeit von 24 Monaten**

Wie bei jeder Tarifverhandlung handelt es sich um einen Kompromiss, bei dem nach Ansicht der Gewerkschaften mit Blick auf den Fachkräftemangel noch Luft nach oben bestanden hätte. Das gilt insbesondere für das Thema Laufzeit und den Inflationsausgleich für Teilzeitbeschäftigte sowie für die Fortschreibung der bisherigen Altersteilzeitregelung.

Gespannt blicken wir Richtung Herbst und auf die anstehenden Verhandlungen für den TV-L.

KBec / Quelle: www.dbb-rlp.de

Kostendämpfungspauschale abschaffen!

Im Jahr 2003 wurde unter anderem mit dem Hinweis darauf, dass gesetzlich Versicherte eine Praxisgebühr zahlen mussten, die Kostendämpfungspauschale eingeführt. Während für die gesetzlich Versicherten bereits vor längerer Zeit die Praxisgebühr zurückgenommen wurde, bestehen die Kürzungen der Einkünfte bei Beamten weiterhin. Der dbb Rheinland-Pfalz befürwortete daher u. a. eine Gesetzesinitiative der CDU-Fraktion im Landtag RLP, die beihilferechtliche Kostendämpfungspauschale aus dem Landesbeamtengesetz zu streichen. Der zwingende Selbstbehalt bei den Aufwendungen im Krankheitsfall sei vielen Beamten seit Jahren ein Dorn im Auge und gehöre aussortiert. „Durch die Streichung der Pauschale könnte das Land ein bürokratisches Monster hinter sich lassen, aber vor allem ein gutes Zeichen für Nachwuchs- und Fachkräftesicherung setzen“, so dbb Landeschefin Lilli Lenz.

KBec / Quelle: [www.dbb-rlp.de/service/magazin-durchblick/Ausgabe März 2023](http://www.dbb-rlp.de/service/magazin-durchblick/Ausgabe_März_2023)

Tarifverhandlungen im Herbst – dbb und VRB mit klaren Forderungen

Wir fordern von den öffentlichen Arbeitgebern, der Landesregierung und dem Haushalts- bzw. Besoldungsgesetzgeber angemessene Tarif-, Besoldungs- und Versorgungsanpassungen. Wir erwarten, dass das Ländertarifergebnis sehr zügig zeitgleich und systemgerecht auf die Besoldung der Landes- sowie Kommunalbeamtinnen/-beamten übertragen wird. Das gilt auch für die Versorgungsleistungen der Pensionärinnen, Pensionäre und Hinterbliebenen.

ABec

VRB-Frühjahrsklausurtagung

Realschule plus – Gleichstellung – Programm Erasmus +



Zur Frühjahrs-Klausurtagung trafen sich Mitglieder des Landesvorstandes und der Bezirksvorstände in Mertesdorf.

Mitte Mai trafen sich Mitglieder des Landesvorstandes und der Bezirksvorstände in Mertesdorf. Als Gesprächspartner hatte Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler den ADD-Präsidenten Thomas Linnertz, den Leiter von Referat 35 der ADD Trier Rudolf Funken, die Gleichstellungsbeauftragte der ADD Renate Hemmersbach und Bettina Münch-Rosenthal, Referentin für internationale und europäische Zusammenarbeit, eingeladen. In Vertretung für den ADD-Präsidenten, der kurzfristig verhindert war, übernahm Rudolf Funken die gewünschten Gesprächsthemen.

Realschule plus:

Gespräch mit Rudolf Funken,
Referatsleiter Ref. 35 bei der ADD Trier

Schulentwicklung der Realschulen plus mit Ausblick

Rudolf Funken erläuterte, dass in der täglichen Arbeit der ADD der Schulentwicklungsplan geringe Bedeutung habe. Lediglich bei Änderungen der schulischen Organisationsform von kooperativ zu integrativ oder umgekehrt sei die Dienststelle involviert. Eine diesbezügliche Willensbildung werde in enger Abstimmung mit der betroffenen Schule und dem Schulträger vollzogen. Er empfahl, bei Überlegungen einer Schule zur Änderung der Schulorganisationsform vor Ort frühzeitig mit dem Schulträger zu kommunizieren,

da zum einen das flächendeckende Angebot, aber auch beispielsweise die Schülerbeförderung Berücksichtigung finden müssten.

Bei den kleinen Schulen habe sich die Situation entspannt. Viele kleine Schulen hätten sich behaupten können. Eine Einzügigkeit sei nicht mehr gegeben oder in naher Zukunft zu erwarten. Erfreulich sei außerdem, dass sich die Fachrichtungen der Fachoberschulen etabliert hätten.

Teilnehmende wiesen darauf hin, dass die kommunalen Schulträger Verantwortung für eine mittel- und längerfristige Bildungsplanung im Bereich der Schulen tragen. Hierzu nutzten Schulträger Dienstleister, die in der Umsetzung ihres Planungsauftrags erhebliche Unterschiede zeigten. Michael Eich, stellvertretender VRB-Landesvorsitzender, warnte, dass Schulentwicklung nicht mit politischen Überzeugungen und Parteidanken vermischt werden dürfe.

Stärkung der Realschule plus

Bildungsministerin Stefanie Hubig habe sich kürzlich, so Rudolf Funken, bei einer landesweiten Schulleiterdienstbesprechung in Kaiserslautern deutlich zur Realschule plus bekannt. Sie habe angekündigt, dass eine Arbeitsgemeinschaft im Bildungsministerium zur Lehrkräftegewinnung an Realschulen plus eingerichtet worden sei. Für die Lehrkräftegewinnung an Realschulen plus dürfte sich positiv auswirken, dass Studierende für das Lehramt Gymnasium nun auch am Studienseminar für Realschulen plus als Lehramtsanwärterinnen bzw. -anwärter ausgebildet werden dürften. Weitere Chancen, für das Realschullehramt zu werben, böten die Tage der



Der Fachkräftemangel bestehe auch in den Schulen. Ministerium und ADD seien bemüht, nicht nur kurzfristig gegenzusteuern und die Schulen unbürokratisch zu unterstützen.



Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler führte durch die Veranstaltung. Die persönliche Begegnung bezeichnete er als Fundament engagierter und zielorientierter Gespräche und Verhandlungen.



Die Gleichstellungsbeauftragte der ADD, Renate Hemmersbach, referierte u.a. über das Thema Teilzeitbeschäftigung und die Fallstricke der Altersversorgung: „Ein Ehemann ist keine Lebensversicherung oder Kapitalanlage“

Berufsorientierung an Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen oder auch eine engere Bindung und stärkere Betreuung von PES-Kräften an ihren Schulen. Positive Ansätze sehe er auch beispielsweise in dem Projekt BEWARE des Leibniz-Instituts für Resilienzforschung (Anm. der Red.: Reale Bildung hat in ihren Ausgaben 3 und 4/2022 sowie 5 und 6/2022 das Projekt vorgestellt).

Personalentwicklung

Im Rahmen der Personalentwicklung sei der Fachkräftemangel deutlich erkennbar. Positiv bewertete Rudolf Funken, dass man landesweit allen Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern bei einer gewissen örtlichen Flexibilität eine Einstellungsversicherung geben konnte, so dass auch die fertig werdenden LAA im Studienseminar Trier übernommen werden könnten. Grundsätzlich seien ländliche Standorte schwierig zu besetzen, Planstellenangebote würden hier vereinzelt sogar abgelehnt. In Grenznähe zu anderen Bundesländern wie dem Saarland oder Nordrhein-Westfalen käme es immer wieder zu Abwanderungen. Dies sei jedoch ein legitimer Wettbewerb um Fachkräfte besonders bei den Mangelfächern Physik, Chemie, Bildender Kunst und Musik.

Mit Blick auf die Lehrkräftezuweisung an Integrierten Gesamtschulen hielt es der Referent für wichtig, dass nicht nur Gymnasiallehrkräfte, sondern auch RS plus-Lehrkräfte eingesetzt werden.

Belastungen der Lehrkräfte und Entlastungsmöglichkeiten

Seit 2015 mit der ersten Flüchtlingswelle, dann mit der COVID-Pandemie und nun mit dem Ukraine-Krieg befänden sich die Schulen in einer krisenhaften Dauerbelastung. In der Schulaufsicht werde die Belastungssituation der Schulen gesehen.

Unterstützung fänden Lehrerkollegien und Schulleitungen seitens der Dienststelle durch telefonische Beratung allgemein oder besonders bei juristischen Fragen. Vor Ort würde häufig gemeinsam nach Lösungswegen an „Runden Tischen“ gesucht und Strategien entwickelt. Auch die Personalisierung sei letztlich eine Strategie, die Schulen durch unbürokratische Einstellungen, beispielsweise von Sprachförderlehrkräften, zu unterstützen.

Teilzeitbeschäftigung:

Gespräch mit Renate Hemmersbach,
Gleichstellungsbeauftragte der ADD Trier

Verwaltungsvorschrift Teilzeit der heutigen Wirklichkeit anpassen

Die Gleichstellungsbeauftragte der ADD, Renate Hemmersbach, wies gleich zu Beginn darauf hin, dass das Thema Teilzeit an Schulen zu Spannungen führe. Die diesbezügliche Verwaltungsvorschrift (VV Umfang der dienstlichen Verpflichtung von Teilzeitlehrkräften) sei ihres Erachtens veraltet und müsse auf die heutige Wirklichkeit angepasst werden. Das sei eine Forderung, die bereits an das Bildungsministerium gestellt wurde. Teilzeitkräfte müssten immer mehr Aufgaben übernehmen, weil gewisse Zusatzaufgaben nicht alleine auf den Schultern der Vollzeitlehrkräfte ruhen könnten. Sie appellierte an eine hohe Kompromissbereitschaft aller Lehrkräfte eines Kollegiums. Rahmendienstvereinbarungen vor Ort an den Schulen könnten zu einer Zufriedenheit aller führen.

Michael Eich, stellvertretender Landesvorsitzender, hob mit Blick auf den schulischen Rahmen hervor, wie wichtig es sei, die Wünsche der Teilzeit-Lehrkräfte sorgfältig und kreativ zu prüfen. Eine Entlastungslösung bestünde beispielsweise darin, Klassenleitungsteams aus zwei Teilzeit-Lehrkräften zu bilden. Die Kommunikation vor Ort sei in jedem Fall das Wichtigste. Katharina Becker, stellvertretende Vorsitzende des Bezirksverbands Trier, betonte, dass Teilzeitmodelle auch für die Attraktivität des Lehrberufs sorgten. Der VRB-Rechtsschutzbeauftragte Erwin Schneider ergänzte, dass das Thema Teilzeit vor dem Hintergrund steigender Mehrarbeit Konfliktpotential in sich trage, wenn es an Sensibilität für die Problematik fehle.

Teilzeit – wichtig für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

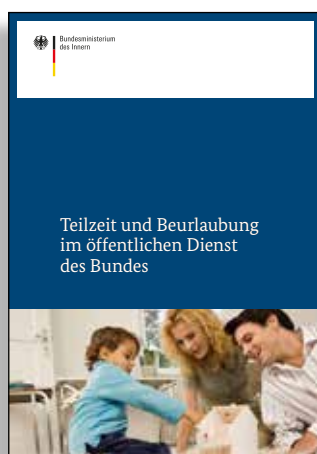
Wilfried Rausch, Landesgeschäftsführer des VRB, betonte, dass die Teilzeit-VV an die EU-Richtlinien zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben angepasst werden müsse. Diese fordere, flexible



Der Landesvorsitzende begrüßte Rudolf Funken, den Leiter von Referat 35 der ADD Trier, der in Vertretung für den kurzfristig verhinderten ADD-Präsidenten, die gewünschten Gesprächsthemen übernahm.

Arbeitszeitregelungen – insbesondere für Frauen – zu ermöglichen. Die Bundesregierung habe Ende des vergangenen Jahres wesentliche Bestandteile der EU-Richtlinie in das Pflegezeitgesetz und Familienpflegezeitgesetz übertragen. Hier sei unter anderem gesetzlich vorgegeben, dass im Akutfall ein Anspruch auf eine zehntätige Auszeit mit Lohnersatzleistung bestehe. Weiter dürfe laut EU-Richtlinie niemand wegen einer Teilzeit diskriminiert werden. Die Bundesregierung habe im neuen Vereinbarkeitsgesetz festgelegt, dass Eltern mit kleinen Kindern und Personen, die ihre Familienangehörigen pflegen, sich an die Diskriminierungsstelle des Bundes wenden können, wenn sie im Beruf deswegen benachteiligt werden.

Renate Hemmersbach gab zu bedenken, dass der sogenannte „Akutfall“ noch definiert werden müsse. Möglicher Diskriminierung bei Teilzeitanfragen müsse stärker nachgegangen werden. Sie bot an, dass Lehrkräfte sich in Einzelfällen direkt an sie wenden könnten.



Teilzeit – und die Fallstricke der Altersversorgung

Ein weiterer „Fallstrick“ für Teilzeitlehrkräfte sei das Thema Altersversorgung, da sehr vielen Teilzeitlehrkräften nicht klar sei, welche Auswirkungen eine Reduzierung der Arbeitszeit auf ihre Altersversorgung habe, erläuterte Renate Hemmersbach. Ein Problembewusstsein müsse geweckt werden. Sie empfehle Teilzeitlehrkräften eine private Altersvorsorge.

Die Broschüre „Teilzeit und Beurlaubung im öffentlichen Dienst des Bundes“, die man bei den Publikationen des Innenministeriums herunterladen könne, informiere Teilzeitlehrkräfte u. a. über deren Auswirkungen.

Teilzeit = Nachteile bei einer Beurteilung?

Ein nicht unerheblicher psychologischer Faktor bei der Beurteilung von Teilzeitlehrkräften für eine Beförderung entstünde dadurch, so Hemmersbach weiter, dass Teilzeitlehrkräfte seltener in der Schule präsent seien, und damit eine Beurteilung außerunterrichtlicher Tätigkeiten bei einer familiären Zusatzbelastung schwieriger sei.

Sie sehe hier auch den direkten Zusammenhang zu einer Benachteiligung von Frauen in Führungspositionen. Sie rate daher den Lehrkräften, sich die eigenen Leistungsgrenzen zu dem Zeitpunkt, an dem ein Beförderungsverfahren anlaufe, bewusst zu machen. Für diese Problematik gebe es zurzeit keine konkrete Lösung. Es gelte daher, die Beurteilenden für diese möglichen Benachteiligungen zu sensibilisieren.

Programm Erasmus +:

Gespräch mit Bettina Münch-Rosenthal, Referentin für internationale und europäische Zusammenarbeit

Vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten für Schulen

1987 wurde das universitäre Austauschprogramm durch einen Beschluss des Rates der Europäischen Union ins Leben gerufen. Ab 2014 wurde unter dem Titel Erasmus+ das Programm zur Förderung der Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen und der Mobilität von Einzelpersonen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie von Jugend und Sport weiterentwickelt.

Bettina Münch-Rosenthal berichtete über die Möglichkeiten von Erasmus+ für Sekundarschulen in Rheinland-Pfalz und die Voraussetzungen zur Akkreditierung einer Schule als Erasmus+-Schule. Im Grundsatz verfolge Erasmus+ zwei Ansätze, sogenannte Leitaktionen. Die erste zielt auf den Austausch von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, pädagogischem Personal oder auch Eltern, während sich Leitaktion 2 auf den Austausch von Bildungseinrichtungen wie Ministerien, Fortbildungseinrichtungen oder etwa Schulaufsichtsbehörden beziehe.



Bettina Münch-Rosenthal, Referentin für internationale und europäische Zusammenarbeit, berichtete über die Möglichkeiten von Erasmus+ für Sekundarschulen in Rheinland-Pfalz. Erasmus+ werde als Wegbereiter eines europäischen Bildungsraums gesehen und erhalte umfangreiche Fördermittel der EU.



Co-Moderator Michael Eich berichtete über schulische Erfahrungen mit dem Erasmus-Programm und zeigte sich von den Möglichkeiten für die ganze Schulgemeinschaft begeistert.

Erasmus+ als Wegbereiter eines europäischen Bildungsraums

Erasmus+ wird als Wegbereiter eines europäischen Bildungsraums gesehen und erhält umfangreiche Fördermittel der EU. So sind für die aktuelle Programmgeneration 2021 bis 2027 ca. 26 Milliarden Euro vorgesehen. Neben den 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nehmen sechs weitere Länder, darunter Norwegen und die Türkei, an dem Programm teil.

Seit dem „Brexit“ ist das Vereinigte Königreich nicht mehr Teil der Erasmus-Familie. Münch-Rosenthal wies in diesem Zusammenhang auf alternative Programme wie „German UK Connection“ hin, welche die Aufrechterhaltung von Austauschprogrammen mit britischen Einrichtungen und Schulen zum Ziel haben.

Teilnehmende Schulen haben verschiedene Möglichkeiten mit Partnereinrichtungen in den Teilnehmerstaaten in Austausch zu treten. Eine solche Partnereinrichtung, beispielsweise eine Schule, muss nicht für Erasmus+ akkreditiert sein. Hierbei sollte jedoch beachtet werden, dass Besuche der Partnereinrichtung in Deutschland nicht automatisch gefördert werden.

Hospitationen – Schüleraustausch – Auslandspraktika – Fortbildungsmöglichkeiten

Hinsichtlich der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals können Hospitationen oder ein Unterrichten im Ausland zwischen 2 und 60 Tagen gefördert werden. Je nach Zielland und Distanz werden Reisekosten bis zu 1.500 Euro und die sonstigen Kosten des Aufenthalts bis zu 144 Euro pro Tag gefördert.

Der Austausch von Schülerinnen und Schülern kann sich auf einzelne Lernende oder Gruppen erstrecken. Der Austausch ist nicht auf einen reinen Schulbesuch im Ausland beschränkt, denn es besteht auch die Möglichkeit, ein Schülerauslandspraktikum zu absolvieren. Die Dauer des Austausches kann zwischen 10 und 365 Tagen betragen. Auch vorbereitende Besuche von bis zu drei Lehrkräften sind förderungsfähig.

Teilnehmende Schulen haben die Möglichkeit Experten aus dem

Ausland an die eigene Schule, etwa zu Fortbildungszwecken, einzuladen oder auch Personal zu Fortbildungsveranstaltungen ins Ausland schicken.

Wie nehme ich an dem Programm teil?

Um am Erasmus+-Programm teilnehmen zu können, ist eine vorausgehende Akkreditierung notwendig. Dazu ist ein Antrag zu stellen, welcher, basierend auf einem Erasmus-Plan, mit maximal 100 Punkten bewertet werden kann. Grundsätzlich wird darauf Wert gelegt, dass eine langfristige Teilnahme angestrebt wird, die einen festen Rückhalt in der Schulgemeinschaft hat. Eine erfolgreiche Akkreditierung ist gültig für die aktuelle Programmlaufzeit bis ins Jahr 2027.

Praktische Umsetzung an der RS plus Edenkoben

Im Anschluss an den Vortrag von Bettina Münch-Rosenthal berichtete Michael Eich von der Teilnahme und den Erfahrungen der Paul-Gillet Realschule plus Edenkoben. Eich zeigte sich von den Möglichkeiten für die ganze Schulgemeinschaft begeistert. Nicht nur klassische Austauschprogramme, sondern langfristige Partnerschaften und Projekte für und mit Schülerinnen und Schülern, sowie internationale Fortbildungsmöglichkeiten für die Lehrkräfte seien möglich.

Katharina Becker
katharina.becker@vrb-rlp.de



Christoph Schneider
christoph.schneider@vrb-rlp.de



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Fotos: Wolfgang Wünschel

Glückwunsch zum Siebzigsten

Dank an Erwin Schneider und Wolfgang Seebach für herausragendes Engagement

Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler gratulierte den beiden Vorstandsmitgliedern im Rahmen der Klausurtagung. Sie bot die Möglichkeit, ihr Engagement und ihre Leistung im Verband und im Schuldienst zu würdigen und dafür zu danken.

Eine besondere Überraschung gelang Rudolf Funken, Referatsleiter Realschulen plus bei der ADD Trier, der seine Teilnahme an der Klausurtagung zur Würdigung der beiden Jubilare nutzte. Er übermittelte darüber hinaus die Glückwünsche des ADD-Präsidenten Thomas Linnertz. Einleitend stellte Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler heraus, dass das Ehrenamt keine verzichtbare Variable, sondern eine feste Größe sei, ohne die unser Zusammenleben nicht funktionieren würde. Und gerade in schwierigen Zeiten sei die Bedeutung noch größer. „Deshalb freue ich mich besonders, zwei Menschen aus unserem Kreis – und das verbunden mit der Gratulation zum 70. Geburtstag – zu danken, die sich in herausragendem Maße für unseren Verband engagieren.“

Tätigkeitsschwerpunkt Digitalisierung und Mitgliederbetreuung

Wolfgang Seebach nahm und nimmt in der Verbandsarbeit wichtige Aufgaben wahr. Dabei ist die Digitalisierung ein wichtiger Tätigkeitsschwerpunkt. Als Schatzmeister hat er das elektronische Kassenbuch eingeführt und die Mitgliederdatei neu mit aufgebaut, für deren Pflege und Weiterentwicklung er bis heute Verantwortung übernommen hat. Seine digitale Sachkompetenz wurde vor allem in der Pandemie benötigt. Mit großem Sachverstand, Ruhe und Ausdauer hat er dafür gesorgt, dass die Videokonferenzen erfolgreich durchgeführt werden konnten. Aktuell ist er Geschäftsführer im Landesvorstand und Mitglied des Redaktionsteams „Reale Bildung“.

Referatsleiter Rudolf Funken gratulierte Wolfgang Seebach und nahm Bezug auf seine Personalratstätigkeit im Haupt- und Bezirkspersonalrat. Er hob hervor, dass dieser in seiner Personalratstätigkeit für die ADD immer ein verlässlicher Partner gewesen sei. „Sie setzten sich stets für konkrete und praktisch umsetzbare Lösungen ein.“ Timo Lichtenthäler bekräftigte bei seinem persönlichen



Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler würdigte Erwin Schneiders (li.) und Wolfgang Seebachs (re.) Leistungen und Verdienste im Verband.

Glückwunsch, dass Wolfgang Seebach der Prototyp eines Ehrenamtlers sei, ein Mensch, wie ihn jeder Verein brauchte. „Er ist ein absoluter Gewinn“.

Unermüdliches Engagement zum Wohl der Lehrkräfte

Erwin Schneider hat durch seine vielfältigen Tätigkeiten im Verband und im Bezirkspersonalrat die Verbandsarbeit geprägt. Im Landesvorstand hat er verschiedene Ämter wahrgenommen, derzeit übt er die Tätigkeit des Schatzmeisters aus. Im Bezirk Trier nahm er längere Zeit die Funktion des Bezirksvorsitzenden wahr. 24 Jahre vertrat er den Verband in verantwortlichen Funktionen im Bezirkspersonalrat. In kurzen Rückblicken würdigten langjährige Wegbegleiter im Bezirk wie auch im Landesvorstand seine Verdienste. Für viele Lehrkräfte und Schulen hat Erwin Schneider auch in schwierigen Situationen tragfähige Problemlösungen mit der Dienststelle finden können.

Hierauf ging auch Rudolf Funken in seiner Würdigung ein, indem er herausstellte, dass Erwin Schneider nahezu unermüdlich zum Wohle der Lehrkräfte im Einsatz, an Sonn- und Feiertagen und an Abenden immer erreichbar gewesen sei und Kompromisse aushandeln konnte, in denen sich alle Partner finden konnten. Er stellte darüber hinaus die besonderen Herausforderungen während der Schulstrukturreform heraus: „Für die ADD waren Sie in dieser manchmal sehr turbulenten Arbeitsphase ein immer konstruktiver und verlässlicher Partner, der sich stets für konkrete und praktisch umsetzbare Lösungen einsetzte.“

In seinem persönlichen Glückwunsch bekräftigte Timo Lichtenthäler, wie wichtig er für den Verband sei. „Auf dich ist Verlass, man lernt von dir, man bekommt ein ehrliches Feedback, und man kann herzlich mit dir lachen.“



Erwin Schneider wurde von Christoph Krier (Mitte) und Benjamin Bajraktari (rechts) als Wegbereiter und Wegbegleiter gewürdigt. Krier folgte ihm als Vorsitzender im Bezirk Trier, Bajraktari als Vorsitzender des Bezirkspersonalrates.

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Nicole Weiß-Urbach neue Vorsitzende

Fachtagung und Vorstandswahl der VDR-Frauenvertretung



Nicole Weiß-Urbach (vorne, 2. von links) ist neue Vorsitzende der VDR-Frauenvertretung. Ihr zur Seite stehen ihre beiden Stellvertreterinnen Saskia Tittgen (3.Reihe links), Kerstin Mück aus Hessen (3.Reihe rechts) und Madeleine Helbig aus Sachsen (vorne links) als Schriftführerin.

Vom 5. bis 7. Mai 2023 trafen sich die Vertreterinnen der VDR-Frauen aus den verschiedenen VDR-Landesverbänden zu einer Fachtagung in Fulda. Ein Seminar über Selbstmarketing und Selbstreflexion bildete den ersten Schwerpunkt mit Impulsen für die Arbeit der Frauenvertretung. Ein weiterer Fokus wurde auf die thematische Ausrichtung des Gremiums gelegt. Darüber hinaus tauschten sich die Teilnehmerinnen über die Arbeitsbedingungen der weiblichen Lehrkräfte in den verschiedenen Bundesländern aus.

Seminar „Selbstmarketing und Selbstreflexion“

Corinna Kriesemer, Trainerin und Coachin leitete den Workshop zum Thema Selbstmarketing und Selbstreflexion. Den Ausgangspunkt des Workshops bildete die Frage, warum es besonders für Frauen eine Herausforderung sei, sich selbst zu vermarkten. Kriesemer identifizierte mehrere Ursachen für dieses Phänomen. Sie nannte z. B. das „Dornröschensyndrom“, ein negatives Wahrnehmen der männergeprägten Berufswelt und ihrer Regeln, sowie das „Hochstapler“-Syndrom, das Gefühl, dass man das, was man macht, nicht kann und es irgendwann bemerkt wird. Sie betonte gleichzeitig, dass es Lösungsansätze gebe, wie beispielsweise Klarheit über die eigene Rolle, die eigenen Ziele und passende Kommunikationsstrategien zu finden.

Bildungspolitik

Auch die Bildungspolitik stand auf der Tagesordnung der Fachtagung. Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des VDR, bezog Stellung

zum Schulsystem, zur Förderung digitaler Aufklärung und zur Arbeitsbelastung im Lehrerberuf. Der VDR befürworte die Stärkung abschlussbezogener Bildungsgänge und eine Differenzierung der Schularten. Ältere Lehrkräfte müssten entlastet werden und die pädagogische Freiheit und Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung müsse erhalten bleiben, sogar erhöht werden. Die Arbeitsbelastung im Lehrerberuf habe inzwischen ein kritisches Maß erreicht und müsse dringend gesenkt werden, unterstrich Böhm.

Neue Vorsitzende kommt aus Rheinland-Pfalz

Im Rahmen der Fachtagung wählten die Frauenvertreterinnen auch ihren neuen Vorstand. Mit einem Dank für ihr Engagement wurden Kerstin Mück als Vorsitzende und Anja Kurz als ihre Stellvertreterin verabschiedet. Neue Vorsitzende ist Nicole Weiß-Urbach (VRB RLP). Saskia Tittgen (VRB RLP) und Kerstin Mück (VDL Hessen) sind ihre Stellvertreterinnen. Zur Schriftführerin wurde Madeleine Helbig (SLV Sachsen) gewählt.

Weiß-Urbach dankte für das ihr entgegengebrachte Vertrauen und unterstrich, sie werde sich in ihrer Amtsperiode für eine stabile Vernetzung der Landesverbände einsetzen und klare Positionierungen der VDR Frauen zu den Themen Chancengleichheit für weibliche Lehrkräfte, insbesondere für Teilzeitlehrkräfte benennen.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



► VDR-JUGEND

Jugendpolitisches Seminar und Vorstandswahl:

Saskia Tittgen als Vorsitzende bestätigt



Der Vorstand (vlnr) bestehend aus dem stv. Vorsitzenden René Michel (Sachsen), dem Schriftführer Claus Eschenauer (Hessen), der Vorsitzenden Saskia Tittgen (Rheinland-Pfalz) und der stv. Vorsitzenden Tanja Heger (Bayern). Rechts im Bild: Bundesvorsitzender Jürgen Böhm.

Das jugendpolitische Seminar des VDR-Bundesverbandes fand im Mai in Karlsruhe statt. Die Veranstaltung bot den Teilnehmern Möglichkeiten zur Weiterbildung und Vernetzung. Es ging um den Austausch von Ideen, das Knüpfen neuer Kontakte und die Stärkung eigener Kompetenzen.

VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm nahm ebenfalls an der Veranstaltung teil. Er sprach über die aktuellen Entwicklungen in Deutschland, stand für Fragen zur Verfügung und unterstrich die Bedeutung der VDR-Jugend für den Bundesverband.

Rhetorische Kompetenzen erweitern – Schlagfertigkeitstraining

Ein Schwerpunkt der Veranstaltung lag auf dem Training der Lehrerinnen und Lehrer in ihrer rhetorischen Schlagfertigkeit. Angeleitet wurde die Gruppe von Michael Vetter, einem bekannten Kommunikationstrainer und Radiomoderator. Er fand einen humorvollen und kreativen Ansatz, der die Teilnehmenden begeisterte. Durch Rollenspiele und praxisnahe Übungen wurden die kommunikativen Fähigkeiten verbessert und die Schlagfertigkeit gestärkt. Während den Übungen kam es bei den Lehrkräften immer wieder zu AHA-Momenten, in denen klar wurde, wie sie in herausfordernden Situationen souverän reagieren können.

Bildungspolitische Kompetenzen vertiefen – der Blick über den Tellerrand

Das Seminar bot auch eine Plattform des verbandsinternen Austauschs. Dabei wurden die Arbeitsbedingungen der Realschullehrkräfte in den verschiedenen Bundesländern genauer betrachtet. Saskia Tittgen, die Vorsitzende der VDR-Jugend hielt fest: „Dieser Blick über den Tellerrand ist hilfreich für die Arbeit im eigenen Landesverband.“

Thema der Tagung war auch die Gewinnung neuer Mitglieder, um die Basis der Landesverbände im Allgemeinen, aber auch der VDR-Jugend im Besonderen auszubauen.

Auch das zurzeit allgegenwärtige Thema der Künstlichen Intelligenz und ihr Einsatz im Schulunterricht wurde angesprochen. Angesichts des technologischen Fortschritts ist es von großer Bedeutung, dass Lehrerinnen und Lehrer über die neuesten Entwicklungen informiert sind und wissen, ob und wie sie diese effektiv in ihren Unterricht integrieren können.

Neuwahlen: Vorstand der VDR-Jugend

Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt war die Neuwahl des Führungsteams der VDR-Jugend. Saskia Tittgen (Rheinland-Pfalz) wurde in ihrem Amt bestätigt. Sie hat bereits seit der Gründung dieser Querschnittsorganisation den Vorsitz inne. Die weiteren Vorstandpositionen wurden folgendermaßen besetzt. Stv. Vorsitzende sind René Michel (Sachsen) und Tanja Heger (Bayern). Zum Schriftführer wurde Claus Eschenauer (Hessen) bestellt. Im Mittelpunkt ihrer künftigen Arbeit in der VDR-Jugend werden weiterhin die Interessen der Studierenden, der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter und der Berufseinsteigerinnen und -einsteiger stehen.

Saskia Tittgen
saskia.tittgen@vrb-rlp.de



Das jugendpolitische Seminar der VDR-Jugend fand diesmal in Karlsruhe statt. Im Mittelpunkt standen ein Kommunikationstraining und Neuwahlen des Vorstands. Das Foto zeigt einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor der Schlosskulisse.

Reform des Betreuungsrechts



Die neuen Vorschriften des im Jahr 2021 verabschiedeten reformierten Betreuungsrechts sind am 1. Januar 2023 in Kraft getreten. Der Gesetzgeber gab eine ausreichende Vorlaufzeit, sich mit den Veränderungen im Betreuungsrecht vertraut zu machen. Dies war auch nötig, da annähernd zweihundert Paragraphen bei der Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrecht verändert wurden. Aus Sicht des Bundesministeriums der Justiz sind die neuen Vorschriften „insgesamt übersichtlicher und damit praxistauglicher gestaltet“.

Anstoß: UN-Behindertenkonventionsrecht und Qualitätsmängel

Der Anstoß zu einer Modernisierung des Betreuungsrechts erfolgte unter anderem durch Ergebnisse von Forschungsvorhaben zum Betreuungsrecht, die das Bundesministerium der Justiz in den Jahren 2015 bis 2017 im Auftrag gegeben hatte. Diese Forschungsarbeiten zeigten auf, dass der Artikel 12 der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) nicht hinreichend in der rechtlichen Betreuung von Menschen mit Behinderung umgesetzt wurde. Zudem wiesen die Forschungen auf Qualitätsmängel bei der praktischen Umsetzung hin.

Wünsche betreuter Menschen rücken in den Mittelpunkt

Die Reform stärkt die Selbstbestimmung der betreuten Personen. Aufgabe der rechtlichen Betreuungsführung ist es, die Wünsche beziehungsweise die mutmaßlichen Wünsche der betreuten Per-

sonen zu berücksichtigen. Auch die Betreuungsbehörden wie auch Betreuungsrichter sind durch die Wünsche in ihren Entscheidungen gebunden. Die Betreuung erfordert primär die Unterstützung und nicht mehr die Vertretung. Mit der Reform wird auch die Qualität der Betreuung durch vorgegebene Kontaktpflege, Rechenschaftsberichte und Fortbildungsangebote der Betreuungsvereine verbessert werden.

Neu eingeführt: Ehegattennotverordnung

Mit der Reform wird im Bürgerlichen Gesetzbuch das sogenannte „Ehegattennotvertretungsrecht“ für den Aufgabenbereich „Gesundheits-Sorge“ neu eingeführt. Dieses ermöglicht Ehegatten, die sich gegenseitig keine Vorsorgevollmacht erteilt haben, sechs Monate befristet alle ärztlichen Informationen zum Krankheitsbild ihrer Ehegattin bzw. ihres Ehegatten, die bzw. der aufgrund der Erkrankung oder Behinderungen ihren bzw. seinen Willen nicht artikulieren kann, zu erhalten und mit dem Arzt Entscheidungen über die weitere Behandlung zu treffen.

Tipp: Von der Website des Justizministeriums können ausführliche Informationen zum neuen Recht mit den notwendigen Formularen heruntergeladen werden.

https://www.bmj.de/DE/Themen/VorsorgeUndBetreuungsrecht/VorsorgeUndBetreuungsrecht_node.html



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Ehrung Bundesverdienstkreuz für Bernd Karst



Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig überreichte den Verdienstorden im Rahmen eines Empfangs im Bildungsministerium, an dem neben Gästen aus Bernd Karsts Familie und Freundeskreis auch Mitglieder des VRB-Landesvorstandes teilnahmen. Das Foto zeigt (von links) Staatssekretärin Bettina Brück, Timo Lichtenthäler (VRB-Landesvorsitzender), Petra Karst, Bernd Karst (VRB-Ehrenvorsitzender), Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig, Ulrich Mönch (Bürgermeister der Stadt Bingen) und Lilli Lenz (Landesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion landesbund rheinlad-pfalz).

Bildungsministerin Dr. Hubig zeigte sich beeindruckt von Bernd Karsts ehrenamtlichem Engagement auf Landes- wie auch auf Bundesebene seit mehr als 45 Jahren. „Auf vielen Ebenen und in vielen Funktionen hat er sich stets engagiert für die Belange der Verbandsmitglieder eingesetzt und wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der Realschule in Rheinland-Pfalz gegeben.“

Dr. Hubig hob auch Karsts Verdienste als Lehrer und Schulleiter hervor: „Bernd Karst war als Lehrer an verschiedenen Realschulen in Rheinland-Pfalz und zuletzt als Schulleiter der Rochus-Realschule plus mit Fachoberschule in Bingen tätig. Er initiierte Bildungs- und Schulpartnerschaften vor allem mit Frankreich und Polen, begleitete die Erweiterung der Realschule um die Fachoberschule und leitete zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen.“

Ihre Laudatio schloss die Ministerin mit einem Blick auf die Vorbildwirkung der öffentlichen Auszeichnung: „Ehrenamtliches Engagement wird häufig als selbstverständlich angesehen, sowohl von denen, die es ausüben, als auch von denen, die es beanspruchen. Aber vieles wird nur dadurch möglich, dass sich andere Menschen einsetzen, stark machen und viel Zeit investieren. Von daher ist es gut und wichtig, dass Menschen wie Bernd Karst für ihre Verdienste öffentlich geehrt werden und Anerkennung erfahren. So kann die Auszeichnung auch zu einem Ansporn für andere werden.“

In seiner Laudatio ging Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler auch auf das Engagement von Bernd Karst im Bundesverband ein: „Hervorzuheben ist, dass er mit seiner länderspezifischen Expertise die Bildungslandschaften der anderen Bundesländer mit all ihren Unterschiedlichkeiten im Blick hatte und maßgeblich dazu beigetragen hat, dass der Bundesverband die Interessen sehr facettenreich wahrnehmen konnte. Aufgrund seiner langjährigen Erfahrung war er demnach eine bedeutende Stütze für den gesamten Bundesverband“.

Abschließend würdigte Lichtenthäler seinen Führungsstil auf Verbandsebene. Er habe Freiheiten gelassen, um sich zu entwickeln. Er habe gebremst, wenn man Gefahr lief, falsch abzubiegen. Er habe gestützt und beraten und einem mit seinem Erfahrungsschatz wachsen lassen. Darüber hinaus seien private Freundschaften entstanden, die teilweise schon über Jahrzehnte andauern.

Bernd Karst machte in seinem abschließenden Redebeitrag deutlich, dass er die ihm zuteil gewordene Ehrung nicht allein als eine Anerkennung seines eigenen Wirkens empfinde: „Ich sehe mich stellvertretend für alle Menschen geehrt, die mich in den letzten Jahren und Jahrzehnten bei meinen ehrenamtlichen Tätigkeiten eng begleitet haben.“

Ra / Wü



dbb-Vorsitzende Lilli Lenz (Bildmitte) leitete die Beratungen des dbb-Landesvorstandes. Für den VRB nahm Landesvorsitzender Timo Lichtenhäler (8.v.li.) teil.

Foto: Malte Hestermann

Frühjahrstagung des dbb-Landesvorstandes Tarifergebnis zeitgleich und systemgerecht übertragen

Landesvorstand und Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz trafen sich Mitte April in Bingen. Schwerpunkt der Beratungen waren u.a. die aktuellen Entwicklungen rund um die Entgelttrunde des TVöD und des TV-L in diesem Jahr.

Auch die immer noch spürbaren Auswirkungen der Coronapandemie und der Flutkatastrophe im Ahrtal auf die Berufsfelder innerhalb der vielfältigen Fachgewerkschaften waren Thema.

Der Landesvorstand stellte in einer EntschlieÙung die Tarifverhandlungen in den Fokus.

Der dbb rlp fordert,

- hinreichende Finanzmittel für angemessene Tarif-, Besoldungs- und Versorgungsanpassungen bereitzustellen,

- das Tarifergebnis zeitgleich sowie systemgerecht auf die Besoldung der Landes- und Kommunalbeamten zu übertragen sowie dabei auch die Pensionäre und Hinterbliebenen entsprechend zu berücksichtigen.

Am Nachmittag stand der Besuch von Innenminister Michael Ebling im Vordergrund. Er referierte über die anstehende Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes, über das Dienstrechtänderungsgesetz und stellte den Entwurf einer Kampagne für das Ahrtal vor, mit der der Wiederaufbau vorangetrieben werden soll.

Timo Lichtenhäler
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de



„Wir haben ein großes Aufgabengebiet“

Im Gespräch mit der Koblenzer Schulsozialarbeiterin Anke Theisen

Anke Theisen ist seit 2010 Schulsozialarbeiterin an der Clemens-Brentano-/Overberg Realschule plus in Koblenz. Unterstützt wird sie seit 2013 von einer teilzeitbeschäftigten Kollegin. Nicole Weiß-Urbach führte ein Gespräch mit ihr über ihre herausfordernde Arbeit an der Schule, über ihre Erfolge und Grenzen bei der Schulsozialarbeit.

Schulsozialarbeit ist unverzichtbar. Was verbirgt sich dahinter?

Wir haben ein großes Aufgabengebiet an den Schulen. Es sind primär die benachteiligten Kinder, die Unterstützung durch Schulsozialarbeit bekommen. Es gilt Perspektiven auszuloten und die Entwicklungschancen und Möglichkeiten des Einzelnen im Blick zu haben, da die Kinder und Jugendlichen oft aus prekären Verhältnissen kommen, in denen die Eltern wenig Unterstützung geben können und häufig Sprachbarrieren vorliegen.

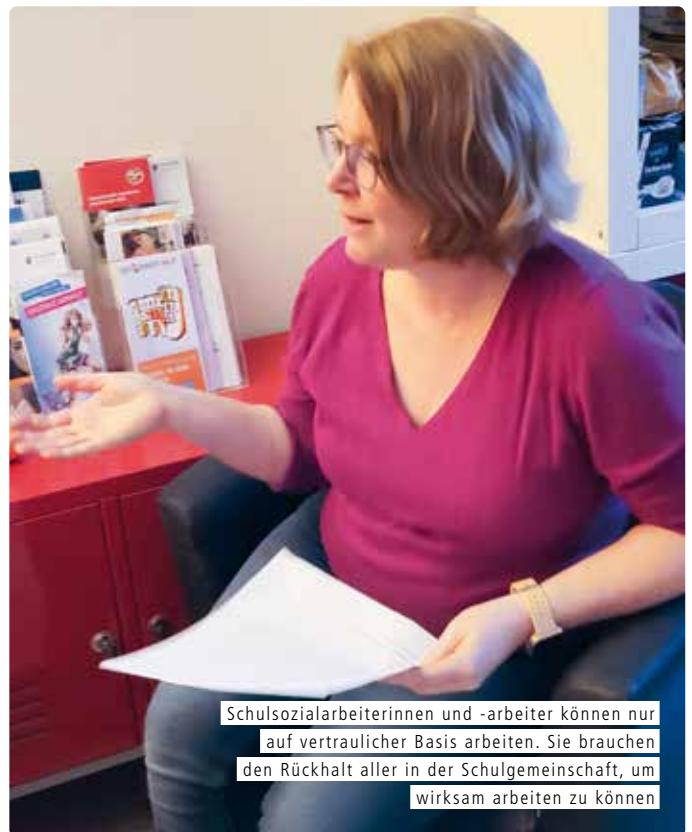
Freiwillige Gesprächsangebote für Schülerinnen und Schüler

Bei meiner Arbeit gibt es viele Schwerpunkte: Der größte davon stellt die Beratung von Schülerinnen und Schülern dar, die mit unterschiedlichen Anliegen oder aus unterschiedlichen Anlässen zu mir kommen. Dies ist ein freiwilliges Angebot. Schätzungsweise führe ich mit zwanzig Prozent der Schülerinnen und Schülern Einzel- bzw. Gruppenberatungsgespräche durch. Daneben gibt es die Krisenintervention bei massiven Konflikten in der Schule. Hier benötigt man viel Zeit für klärende Gespräche.

Prozessbegleitung heißt ständiger Kontakt und Überzeugungsarbeit

Ein anderes Kerngebiet ist die Elternarbeit, oder auch die Beratung von Eltern, z.B. beim Einrichten einer ambulanten Hilfe zur Erziehung, wie eines „Erziehungsbeistands“. Man kann sich das so vorstellen, dass ich nach einem Elterngespräch Kontakt zum Jugendamt aufnehme und die Situation darlege. Die Mitarbeiter des Jugendamtes können dann nach Antragstellung der Eltern die geeigneten Hilfen wie z.B. eine „Sozialpädagogische Familienhilfe“ oder „Tagesgruppe“ einsetzen. Ich vermittele zudem den Kontakt zu bestehenden außerschulischen Nachhilfegruppen direkt an die Eltern.

Bei einer offensichtlichen Vernachlässigung eines Kindes nehme ich umgehend Kontakt zum Jugendamt auf. Es ist dann wichtig, im ständigen Kontakt zu den Beteiligten zu stehen und die Prozesse



Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter können nur auf vertraulicher Basis arbeiten. Sie brauchen den Rückhalt aller in der Schulgemeinschaft, um wirksam arbeiten zu können

Fotos: Nicole Weiß-Urbach

zu begleiten, damit die Hilfen auch greifen. Ich muss oft Informations- und Überzeugungsarbeit leisten.

Gewalt in der Familie erkennen

Des Weiteren führen wir Risikoeinschätzungen von eventuell vorliegender Kindeswohlgefährdung durch. Vorliegende Verdachtsmomente werden dem Jugendamt direkt gemeldet. Ich stehe dann im direkten Austausch mit der Lehrkraft und wir überlegen gemeinsam die weiteren Schritte. Wenn beispielsweise ein Kind oder Jugendlicher zu Hause Gewalt erfährt und Angst hat nach Hause zu gehen, kann er auch gegen den Willen seiner Eltern in Obhut genommen werden. In diesen Situationen begleite ich den Jugendlichen zum Jugendamt. Es beruhigt die Jugendlichen, wenn sie auf ihren Wunsch hin in dieser Situation von jemandem begleitet werden, den sie kennen und der sie kennt. In weiteren Gesprächen mit den Eltern liegt dann der Fokus auf familienunterstützenden Maßnahmen.

Präventionsarbeit und Soziales Lernen

Ich leiste viel Präventionsarbeit, indem ich AGs und Projekte initiiere oder Termine auch mit außerschulischen Netzwerkpartnern koordiniere. Beispiele dafür sind die Suchtprävention, die Sexualprävention mit einer Schwangerenberaterin in den 8. Klassen, Projekte zur Demokratiebildung oder gruppenpädagogische Angebote für soziales Lernen in allen fünften Klassen.

Ein Steckpferd: Berufsorientierung

Gemeinsam mit dem Job-Scout, dem Mitarbeiter der Jugend-Berufsagentur und dem schuleigenen Berufsberater biete ich Unterstützung bei der Durchführung von Betriebsbesichtigungen, beim Schreiben von Bewerbungen oder berate bei Praktika im Rahmen vom Praxistag. Beim BO-Camp leite ich einen Workshop.

Was sind die Erfolgserlebnisse und wo sind die Grenzen der Schulsozialarbeit?

Ich empfinde es als Erfolgserlebnis, wenn ich Kinder in eine Tagesgruppe vermittele, die darauf eigentlich keine Lust haben, sich dann aber nach ein paar Wochen gut aufgehoben fühlen. Es macht mich generell glücklich, geeignete Angebote zu finden und zu beobachten, dass diese Hilfsangebote greifen und der Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen gut tun.

Ich erinnere mich an eine Schülerin, die durch Schulabsentismus auffiel und zugeführt wurde. Jetzt kommt sie regelmäßig. Hier hat die Zusammenarbeit mit den Eltern und die Rückkopplung mit dem Jugendamt funktioniert. Diese kleinen Erfolge, wenn es ein Kind oder Jugendlicher schafft, wieder regelmäßig zu kommen und Vertrauen zu fassen, machen mir viel Freude – und vor allem das Begleiten solcher Prozesse.

Ein anderes Erfolgserlebnis betrifft einen aus Eritrea geflüchteten Schüler. Ihn konnte ich überzeugen, an einem Projekt mit sozialpädagogisch betreutem Wohnen teilzunehmen, in dem er auch in seinem schulischen Praktikum bereits fachmännisch begleitet wurde. Nach seinem Praktikum in einer Elektriker-Firma, machte er dort seine Ausbildung – und hat sie geschafft. Er bedankte sich dafür bei mir, was ich selten erlebe und woran ich mich gerne erinnere.

Grenzen zu erreichen ist eine schwere Erkenntnis

An Grenzen kommt man, wenn alle Mittel und Hilfen der Schulsozialarbeit ausgeschöpft sind und auch die schulischen Ordnungsmaßnahmen wirkungslos bleiben. Und wenn Eltern zielführende Hilfsangebote oder notwendige psychologische Unterstützung ablehnen. Reale Beispiele, bei denen wir als Schulsozialarbeit oft an unsere Grenzen kommen, sind Kinder und Jugendliche, die massiv den Schulbesuch verweigern oder Kinder und Jugendliche mit stark ausgeprägten psychischen Erkrankungen. Für diese Kinder und Jugendlichen gibt es allerdings auch zu wenige psychologische Angebote oder Plätze in Tageskliniken.

Völlig andere – nämlich finanzielle Grenzen erfahre ich bei der Projektarbeit. Es fehlen teilweise kostenlose Präventionsangebote und Fachkräfte von außerschulischen Partnern.

Was ist wichtig für die konstruktive Zusammenarbeit mit der Schulgemeinschaft?

Eine gute und respektvolle Zusammenarbeit mit der gesamten Schulgemeinschaft ist unerlässlich. Man muss sich bei Terminabsprachen aufeinander verlassen können, und alle Beteiligten müs-

sen die gleiche Notwendigkeit und Ernsthaftigkeit für eine Beteiligung der Schulsozialarbeit sehen.

Organisatorisch betrachtet ist es wichtig, allen Schülerinnen und Schülern einen direkten räumlichen Zugang zu ermöglichen, denn meine Arbeit ist situativ. Schulsozialarbeit kollidiert deshalb manchmal mit dem Schulgeschehen, wenn Schülerinnen und Schüler nicht am Unterricht teilnehmen, weil sie bei mir zum Gespräch sind.

Kontinuität und Transparenz

Es braucht richtige Rahmenbedingungen und entsprechende Ausstattung, um gut arbeiten zu können. (Durch unserer Anbindung an den Sachbereich Kinder- und Jugendförderung haben wir gute Rahmenbedingungen wie z. B. die Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, die über die ADD oder freie Träger angestellt sind). Wichtig für eine konstruktive Zusammenarbeit ist ein dauerhafter, kontinuierlicher Ansprechpartner oder eine Ansprechpartnerin für eine Klasse, sprich die Klassenleitung. Kontinuität ist für mich an feste Personen gekoppelt.

Konsequenz beim Einhalten von Regeln – Nur gemeinsam mit den Lehrkräften

Die Klassenleitung kann viel über das Verhalten oder den regelmäßigen Schulbesuch einer betroffenen Schülerin oder eines betroffenen Schülers sagen. In Abstimmung mit den Klassenleitungen wird festgelegt, ab welchem Zeitpunkt beispielsweise eine Schülerin oder ein Schüler bei Schulabsentismus zugeführt wird. Hier klappt die Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt sehr gut, auch beim Einleiten eines damit verbundenen Bußgeldverfahrens.

Unerlässlich ist für mich das konsequente Einhalten von Regeln und das konsequente Verhalten im Umgang mit respektlosem und grenzverletzendem Verhalten in den Klassen.

Für den Erfolg meiner Arbeit ist die gute Vernetzung zu meinen Kolleginnen und Kollegen vom Jugendamt, der ambulanten Kinder- und Jugendhilfe und anderen außerschulischen Hilfsangeboten ebenfalls unerlässlich.

Mein persönliches Fazit

Man braucht starke Nerven in der Schulsozialarbeit. Ich handle in vielen Angelegenheiten realistisch und pragmatisch. Früher habe ich mich oft alleine verantwortlich gefühlt, aber das bin ich nicht. Ich weiß mittlerweile, dass das Gelingen meiner Arbeit von vielen Faktoren abhängt. Die Schule ist der Ort, an dem vorgelebt wird, Regeln einzuhalten. Diese Vorbildfunktion ist für mich ein zentraler Aspekt meiner Arbeit.



Präventionsprojekte sollten in den einzelnen Klassenstufen kontinuierlich jedes Jahr angeboten werden. Aber auch neue Projekte zu initiieren ist wichtig.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Auf ein WORT,



Foto: privat

Frau Dauscher!

„Es passiert jeden Tag nur so viel, wie in die Zeitung passt – nein, natürlich nicht!“ Aber was passieren muss, damit ein Ereignis in die Zeitung kommt, dazu hat uns Karin Dauscher, Landeskorrespondentin der „Rheinpfalz“ und Vorsitzende der Landespressekonferenz, Einblicke in ihren Berufsalltag, auf dessen Herausforderungen und auf die schönen Seiten gegeben.

Karin Dauscher ist seit 2001 Landeskorrespondentin der Tageszeitung „Die Rheinpfalz“ in Mainz. Sie ist primär verantwortlich für die journalistische Begleitung der Themen und Entwicklungen der Landespolitik in Rheinland-Pfalz. Zudem ist sie Vorsitzende der Landespressekonferenz.

Nach ihrem Studium der Fächer Germanistik, Politikwissenschaften und Komparatistik an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz mit Magisterabschluss absolvierte sie im Bereich Öffentlichkeitsarbeit ein Volontariat bei der BASF in Ludwigshafen und in Münster. Seit 1994 ist sie Redakteurin der „Rheinpfalz“- zunächst in Pirmasens und später in der Wirtschaftsredaktion.

Karin Dauscher ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder, die beide vor kurzem die Schule verlassen haben. Damit ist das Thema Schule für sie jedoch nicht beendet, sie möchte sich beruflich viel mehr damit beschäftigen, als zuletzt Zeit dafür war.

Thema Bildung in der Landespolitik

Es gibt keine großen Vorhaben im Bildungssektor, wie bspw. die Einführung der Realschule plus im Schuljahr 2009/2010. Auch die Opposition und weitere Betroffene im Kontext Schule forcieren keine Forderungen und Fragestellungen, die die Landesregierung im schulischen Bereich zu einem Diskurs herausfordert. Obwohl die

gesellschaftliche Relevanz der Bildung enorm hoch ist, greift dann das Gesetz der Aufmerksamkeitsökonomie. In meinem Arbeitsalltag ist das Thema Bildung zuletzt leider von der Flutkatastrophe einschließlich aller politischen Folgen verdrängt worden. Ich bin froh, dass sich meine Kolleginnen und Kollegen in Ludwigshafen derzeit mehr um Bildungsthemen kümmern.

Initiative „Schule der Zukunft“

Wo soll sich an „Schule der Zukunft“ eine politische Kontroverse entspannen können? Die Initiative ist schon durch ihre Begrifflichkeit ein kluger Schachzug seitens des Bildungsministeriums, denn wer möchte dem widersprechen? Diese Initiierung passt in den Kontext der aktuellen Regierungsarbeit, vieles bleibt vage und nur wenige Ziele werden konkret formuliert. Doch Politik, die nicht gestaltet, um nicht ins Kreuzfeuer der Kritik zu geraten, kann und wird dem Anspruch nicht gerecht werden, gute und gerechte Bildungsangebote für alle Kinder und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz im Blick zu haben.

Einzelkämpferin und/oder Teamwork?

Die Themen liegen auf der Straße, sie müssen nur aufgehoben werden. Welche „aufgehoben“, recherchiert und vertieft werden, entscheide ich meist eigenverantwortlich, natürlich in Absprache

mit der Zentralredaktion. In Konferenzen setzen wir zudem gemeinsam Impulse bei der Themenauswahl. Dabei gelten folgende Leitfragen: Was ist von besonderem Interesse für die Leserinnen und Leser? Wie bereite ich das Thema für die Lesenden auf? Welche Überschrift schafft Betroffenheit und damit Interesse am Beitrag? Als Korrespondentin bin ich oft eine „einsame Wölfin“. Für meine Recherchen sichte ich Quellen, stelle Anfragen an offizielle Stellen, spreche zum Beispiel mit Fachleuten und mit Betroffenen. Bei ausweichenden Antworten ist es wichtig, kritisch nachzuhaken. Niemand soll in den Texten und Kommentaren vorgeführt werden, aber insbesondere Personen des öffentlichen Lebens müssen Kritik aushalten können. Am Ende einer Recherche habe ich viel mehr Informationen und Hintergrundwissen als ich in meinem Text unterbringen kann. Genau diese Tiefe ermöglicht eine komprimierte Darstellung. Die Onlineversion der Texte ist in der Länge nicht begrenzt, die Printversion in der Regel schon. Am Ende wird jeder Text vom Team in Ludwigshafen gegengelesen und abschließend besprochen. Vor allem bei der digitalen Aufbereitung der Texte bin ich oft für Verbesserungsvorschläge dankbar. Den Redaktionsschluss finde ich etwas ausgesprochen Gutes, denn manchmal bin ich auch eine „Prokrastinatorin“.



Landespressekonferenz

Die Landespressekonferenz (LPK) ist eine unabhängige Arbeitsgemeinschaft von rund 70 hauptamtlichen Korrespondentinnen und Korrespondenten unterschiedlicher Medien, die über rheinland-pfälzische Landespolitik berichten. Als LPK achten wir auf gute Bedingungen für die journalistische Arbeit, zentral ist immer der möglichst freie Zugang zu Informationen. Zu Beginn der Corona-Pandemie gab es beispielsweise seitens der Staatskanzlei zunächst die Überlegung, Pressekonferenzen ausschließlich ins Virtuelle zu verlegen. Im bilateralen Austausch konnte dann ein Kompromiss ausgehandelt werden, der es ermöglichte, dass ein kleiner Querschnitt der Landeskorrespondentinnen und -korrespondenten live bei diesen Konferenzen anwesend war. Dies war auch ein wichti-

ges Signal, dass trotz der Einschränkung von Grundrechten durch das Pandemiegeschehen die Pressefreiheit gewahrt blieb.

Mein persönliches Highlight sind Hintergrundgespräche, zu denen wir Persönlichkeiten aus der Politik und der Gesellschaft einladen. Diese Gespräche sind „unter Drei“. Das heißt in unserem Jargon: Es wird nicht darüber berichtet. Deshalb ist die Atmosphäre offener, und wir können politische Entwicklungen und Intentionen danach besser einordnen.

Sprecherin der Landespressekonferenz

Mittlerweile wurde ich zum zweiten Mal zur Vorsitzenden der Landespressekonferenz gewählt, was sicher auch mit meiner langjährigen journalistischen Erfahrung zu tun hat. Und ein bisschen ist es bei dieser Arbeitsgemeinschaft so, wie bei der Wahl zur Klassenelternsprecherin: Es ist ein Ehrenamt. Und wer sich bewegt, der hat das Amt. Nichtsdestotrotz eröffnen sich damit natürlich auch neue Kontaktmöglichkeiten und Netzwerkverbindungen, die meiner journalistischen Arbeit zugutekommen.

Karin Dauscher (li.) berichtete unseren Redakteurinnen Monika Antoni und Regina Sersch (hinter der Kamera) aus der Arbeit der Landespressekonferenz und wie es beispielsweise in der Corona-Zeit – trotz der Einschränkung der Grundrechte durch das Pandemiegeschehen – gelang, die Pressefreiheit zu bewahren.

Stich WORTGEBERINNEN

Stichwortgeberinnen waren Monika Antoni und Regina Sersch, die Karin Dauscher im Frühjahr 2023 in Mainz trafen.



Inklusion: Bildungsministerium will inklusiven Unterricht ausbauen

Mit einer neuen Schulordnung für den inklusiven Unterricht und einer modernisierten Förderschulordnung will Bildungsministerin Hubig die Inklusion an rheinland-pfälzischen Schulen weiter ausbauen.

Konkret sehen die Neuerungen folgendes vor:

- Alle Kinder werden an der Grundschule ihres Wohnortes angemeldet. Diese formale Anmeldung lässt den Eltern aber auch weiterhin die Möglichkeit, sich sofort oder später für den Besuch einer Förder- oder Schwerpunktschule zu entscheiden.
- Die Schulen erstellen ein inklusives Konzept und eine verbindliche individuelle Förderplanung für Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen.
- Die Rolle und der Auftrag der Förder- und Beratungszentren (FBZ) werden in der Förderschulordnung verankert. Sie sollen die Schulen beim inklusiven Unterricht unterstützen.
- Schülerinnen und Schüler mit „sonderpädagogischem Förderbedarf Lernen“ werden möglichst nahe am Lehrplan der Regelschule unterrichtet.
- Alle Schülerinnen und Schüler, die möglicherweise den Förderbedarf Lernen aufweisen, nehmen in der 1. und 5. Klasse zunächst am Regelunterricht teil. Sie sind somit nicht mehr frühzeitig auf eine Förderschule festgelegt. Im Bedarfsfall wird der sonderpädagogische Förderbedarf dann am Beginn der 2. bzw. 6. Klasse beantragt und festgestellt. Die Schulen überprüfen regelmäßig, ob der Förderbedarf (Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung und Lernen) weiterhin besteht oder ob ein Übergang in den Regelunterricht möglich ist.
- Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung haben das Recht, nach der 9. Klasse grundsätzlich in das Berufsvorbereitungsjahr inklusiv (BVJ-I) an Berufsbildenden Schulen zu wechseln.

Das Land will in den kommenden Jahren in Rheinland-Pfalz mehr als 250 zusätzliche Planstellen im Bereich Inklusion einrichten und für die entsprechende finanzielle Ausstattung sorgen.

Hr / Quelle: PM des Bildungsministeriums vom 24.05.22

Reaktionen: Die Ankündigung der Landesregierung stieß sofort auf heftige Kritik

„Was wir hier sehen, ist Inklusionsideologie aus dem Labor und die rheinland-pfälzischen Kinder mit besonderem Förderbedarf werden in die Versuchsreihe der Landesregierung gezwungen. Mit der Brechstange soll künftig versucht werden, eine Gleichheit herzustellen, die sich am Ende gegen die Schülerinnen und Schüler richtet“, so die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Jenny Groß. „Damit soll das gute System der Förderschulen ausgehöhlt und geschwächt werden. Diesen Angriff auf die Förderschulen durch die Hintertür lehnen wir vehement ab.“

Aus Sicht des rheinland-pfälzischen Philologenverbandes ist diese Entwicklung einer unterfinanzierten Inklusion katastrophal und verschärft den Bildungsnotstand im Land dramatisch. „Die an Lehrkräfte gestellten Ansprüche sind trotz hohen Engagements oft kaum zu erfüllen; der Spagat zwischen Kindern in großen und heterogenen Lerngruppen ist nicht zu bewältigen.“

Lars Lamowsky (VBE) bezweifelt, dass genügend Lehrkräfte vorhanden wären, um die geplanten 250 Stellen zu besetzen. Neben den personellen müssten auch räumliche Voraussetzungen geschaffen werden.

Hr

Wahl der beruflichen Ausbildung

Die Wahl der beruflichen Ausbildung erfolgt häufig nach traditionellen Mustern und Rollenbildern. So zählten bei den Frauen insbesondere soziale, gesundheitsbezogene und kaufmännische Berufe wie die Ausbildungen zur Erzieherin, Pflegefachfrau und Kauffrau für Büromanagement zu den beliebtesten Bildungsgängen. Unter den jungen Männern wurden eher technische Berufe wie der Kraftfahrzeugmechatiker, Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik und Elektroniker für Energie- und Gebäudetechnik ausgewählt.

Hr / Quelle: StaLA, 26.04.23

Frauen und Männer 2022/23 nach den zehn am häufigsten belegten berufsqualifizierenden Bildungsabgängen



¹ Einschließlich Ausbildung an dreijähriger Berufsfachschule. - ² Ausbildung an Berufsbildenden Schulen und Schulen des Gesundheitswesens. - ³ Einschließlich Nachqualifizierung.

Anpassung der Curricularen Standards der Studienfächer in lehramtsbezogenen Bachelor- und Masterstudiengängen

Das Bildungsministerium hat angekündigt, die Curricularen Standards der Studienfächer in lehramtsbezogenen Bachelor- und Masterstudiengänge inhaltlich weiter auszugestalten und auf die „neuen Realitäten“ an den Schulen anzupassen.

Was wird sich ändern?

Im Studium der Bildungswissenschaften und der jeweiligen Fachdidaktik werden ergänzend zu den pädagogischen und didaktischen Basisqualifikationen drei Schwerpunktthemen verstärkt Einzug in die erste Ausbildungsphase des Lehramts für Realschule plus finden: Inklusion, Digitalisierung und Demokratiebildung.

Der Bereich Inklusion legt seinen Fokus auf die „Basisqualifikationen in Bezug auf die Erhebung und Einschätzung individueller Lernstände und Förderbedarfe in heterogenen und inklusiven Lerngruppen“. Das soll die angehenden Lehrkräfte befähigen, „einen differenzierenden und individuell fördernden Fachunterricht zu konzipieren.“

Im Bereich der Digitalisierung sollen „angehende Lehrkräfte im Fachstudium die Funktionsweisen und grundlegenden Prinzipien der digitalen Welt kennenlernen und verstehen, digitale Plattformen zur Kollaboration nutzen sowie algorithmische Strukturen in verwendeten digitalen Werkzeugen erkennen“ und hierbei auch stets den Datenschutz mit im Blick haben.

Der Kompetenzerwerb um die Demokratiebildung findet ihren inhaltlichen Schwerpunkt im Modul Sozialisation, Erziehung und Bildung. „Die Studierenden verstehen Interaktion in Lehrer-Schüler-

Rollen und ihre Bedeutung für die soziale Entwicklung und Bildung insbesondere auch im Kontext von Schule als zentralem Ort der Demokratiebildung.“ Differenzierter zielt der Kompetenzerwerb darauf ab, Formen von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie Antisemitismus, zu erkennen und Kompetenzen in Prävention und Intervention beim Umgang mit Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Schule zu entwickeln.

Mein Fazit

Eine Anpassung der Curricularen Standards ist sinnvoll, denn die Lehrkräfte von Morgen müssen auf die heutigen Gegebenheiten und vor allem auf das pädagogische Arbeiten mit den Schülerinnen und Schülern im Allgemeinen und das individuelle Eingehen auf die Bedürfnisse des einzelnen Kindes bestmöglich vorbereitet werden. Daher ist es richtig, ihnen einen gut gefüllten „Werkzeugkasten an Wissen und Methoden“ sowie die nötigen Kompetenzen, die für deren methodisch-didaktischen Einsatz unabdingbar sind, frühzeitig an die Hand zu geben. Wichtig ist hierbei, die Balance zu finden, die das studienfachspezifische Wissen in Einklang bringt mit pädagogischem Fachwissen, welches auf die gesellschaftlichen Entwicklungen abgestimmt ist und die Kinder auf das Hier und Jetzt sowie ihre Zukunft vorbereitet.

Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de



Quelle: VV „Curriculare Standards der Studienfächer ...“
In: Amtsblatt des Bildungsministeriums 3/2023



Darf eine Lehrkraft mit Such...



Wilfried Rausch im Interview mit Rechtsanwältin **Antonia Dufeu**

Einsatz digitaler Werkzeuge im Dienst und im Privatleben:

Datenschutz bei Verwendung von Suchmaschinen

In der Ausgabe 2023/1-2 haben wir den Datenschutz bei der Verwendung von Browsern behandelt. In dieser Ausgabe wollen wir die Verwendung von Suchmaschinen hinsichtlich des Datenschutzes genauer betrachten.

Suchmaschinen sind viel genutzte digitale Instrumente. Das häufig gebrauchte Verb „googeln“ für die Nutzung einer Suchmaschine steht im engeren Sinne für die Suche mithilfe von Google. Google und Bing dürften die am meisten genutzten Suchmaschinen sein. Viele sind sich nicht bewusst, dass mit der Nutzung „Daten erhoben werden“.

Auch bei der Nutzung von Suchmaschinen müssen Lehrkräfte den Datenschutz beachten. Wir haben daher unserer Justiziarin Antonia Dufeu einen Fragebogen zur Verwendung von Suchmaschinen vorgelegt. Ihre Antworten können zur Rechtssicherheit beitragen.

§ Welche personenbezogenen Daten werden häufig von Suchmaschinen gesammelt?

Gibt man einen Begriff in eine Suchmaschine ein, werden automatisch verschiedene Arten von personenbezogenen Daten gesammelt. Zunächst werden Suchbegriffe und Suchanfragen, die eingegeben werden, protokolliert. Darüber hinaus sammeln Suchmaschinen unter Umständen auch den Standort, den Gerätetyp, den Browser, die Art der angeklickten Anzeigen und mehr.

Allerdings gibt es auch Suchmaschinen, die den Schutz der Privatsphäre im Fokus haben und personenbezogene Daten von den Suchanfragen trennen. Solche Suchmaschinen erzeugen trotzdem passende Suchergebnisse, schützen aber die Identität der Benutzer dadurch, dass sie keine personenbezogenen Daten sammeln.

Werden biometrische Daten wie Fingerabdrücke, Iris-Scans oder Gesichtserkennung zur Entsperrung von Geräten verwendet, wer-

den bei einigen Suchmaschinen auch diese Daten gesammelt. Ich empfehle daher bei der Weitergabe personenbezogener Daten vorsichtig zu sein und die Suchmaschinen sorgsam auszuwählen, um sicherzustellen, dass diese über angemessene Sicherheitsmaßnahmen verfügen und personenbezogene Daten gar nicht erst erheben.

§ Zu welchem Zweck werden sie erhoben?

Suchmaschinen erheben personenbezogene Daten zu unterschiedlichen Zwecken. Grundsätzlich werden personenbezogene Daten erhoben, um personalisierte Suchergebnisse bereitzustellen und die Nutzererfahrung zu verbessern. Beispielsweise speichern Suchmaschinen die Suchanfragen und das Suchverhalten von Nutzern, um relevantere Ergebnisse zu liefern und Suchvorschläge zu generieren. Auch können personenbezogene Daten wie Standortinformationen genutzt werden, um lokale Suchergebnisse anzuzeigen.

Doch die Betreiber von Suchmaschinen müssen auch die Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) beachten. Hier ist besonders die Zweckbindung (Art. 5 DSGVO) zu beachten. Dabei muss ein gesetzlicher Erlaubnisgrund vorliegen und der Zweck vor der Erhebung der Daten festgelegt werden. Die Erhebung personenbezogener Daten darf nur für festgelegte, eindeutige und legitime Zwecke erfolgen und die Daten müssen angemessen und auf das für die Zwecke der Verarbeitung notwendige Maß beschränkt sein.

Daher geben Suchmaschinen Nutzern die Möglichkeit, ihre Zustimmung zur Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten zu verweigern oder einzuschränken, und die Nutzer haben das Recht, ihre personenbezogenen Daten löschen oder anonymisieren zu lassen.

§ Erfüllen Google und Bing die DSGVO?

Es lässt sich zumindest feststellen, dass beide Suchmaschinen Maßnahmen ergriffen haben, um den Vorgaben der DSGVO zu entsprechen. Besonders Google Analytics muss spezielle Anforderungen erfüllen, da die Besucherdaten auf eine sehr komplexe Art und Weise analysiert werden und diese Analyse von vielen Webseiten eingesetzt wird. Daher wird vor der Nutzung der Suchmaschine eine Einwilligungserklärung eingeholt, in der über die Datenerhebung informiert wird. Diese Informationen sind jedoch so umfangreich und ausführlich gestaltet, dass sie kaum noch gelesen werden.

Eine abschließende Bewertung über die Datenschutzkonformität lässt sich daher hier nicht treffen.

Auch Bing, die Suchmaschine von Microsoft, lässt die Möglichkeit einer Einwilligungserklärung zu. Die Datenschutzerklärung informiert ausführlich über die Datenerhebung und es werden dem Nutzer verschiedene Optionen ermöglicht, seine Daten zu schützen. Allerdings gibt es auch die Aufforderungen, sich bei Bing anzumelden. Im Gegenzug erhält der Nutzer dafür verschiedene Prämien. Dies ist aus Datenschutzgesichtspunkten nicht empfehlenswert, da man gleichzeitig die Einwilligung zu einer umfangreicheren Datenerhebung und -analyse gibt.

§ Gibt es Suchmaschinen, die personenbezogene Daten von den jeweiligen Suchanfragen loskoppeln?

Ja, es gibt Suchmaschinen, die personenbezogene Daten von den jeweiligen Suchanfragen loskoppeln und somit die Identität des Einzelnen schützen. Es werden keine IP-Adressen noch andere personenbezogene Informationen protokolliert. Diese Suchmaschinen arbeiten unabhängig vom Nutzer und generieren trotzdem passende Suchergebnisse und sind eine datenschutzkonforme Alternative zu Google und Bing.

§ Wie funktionieren diese Suchmaschinen?

Diese Suchmaschinen maskieren die Nutzer-Anfragen und liefern Ergebnisse, die auf den Anfragen basieren, nicht aber auf der Identität des Nutzers oder seinem Browserverlauf. So werden keine personenbezogenen Daten gesammelt und keine Nutzerprofile erstellt. Außerdem bieten sie teilweise Filter, die beispielsweise pornografische oder gewaltdarstellende Inhalte aus den Ergebnissen ausblenden.

§ Gibt es Alternativen zu Google und Bing, die angeben, den Datenschutz zu berücksichtigen?

Ja, folgende Suchmaschinen sind Alternativen zu Google und Bing:

- **Startpage** wurde mit dem europäischen Datenschutz-Gütesiegel, auch EuroPriSe genannt, ausgezeichnet.
- **DuckDuckGo** zeichnet sich ebenfalls durch einen hohen Datenschutz aus. Hier ist jedoch zu bedenken, dass die Suchmaschine für seine Dienste Amazon Webservices nutzt.
- **Metager** ist eine Open-Source-Suchmaschine, die keine persönlichen Daten der Nutzer speichert.
- **Qwant** ist eine europäische Suchmaschine, die desgleichen auf Datenschutz und Privatsphäre achtet und keine Daten speichert.
- **DeuSu, Wegtam und Unbubble** waren weitere deutsche Suchmaschinen, die einen hohen Datenschutz gewährleisten, jedoch in den letzten Jahren geschlossen wurden.

Insgesamt gibt es also einige datenschutzkonforme Alternativen zu den großen Suchmaschinen wie Google und Bing, so dass jeder Nutzer eine geeignete Suchmaschine nach seinen individuellen Bedürfnissen und Vorlieben auswählen kann.

§ Darf eine Lehrkraft im Unterricht Google und Bing nutzen?

Im schulischen Kontext müssen Lehrkräfte beim Einsatz von digitalen Medien immer die Vorgaben der DSGVO beachten.

Danach dürfen die personenbezogenen Daten der Schülerinnen und Schüler nur verarbeitet werden, wenn dies zur Erfüllung des Bildungsauftrages erforderlich ist. Die Verwendung von Google und Bing ist sicherlich nicht zwingend erforderlich. Es ist jedoch nachvollziehbar, dass diese Suchmaschinen auch in der Schule Anwendung finden sollen. Dies gilt besonders hinsichtlich der schulischen Pflicht, Schülerinnen und Schüler Medienkompetenz zu vermitteln. »»

Beim Einsatz von Suchmaschinen wie Google und Bing sollten Lehrkräfte deswegen darauf achten, dass bei der Nutzung keine Schülerdaten eingegeben werden. Ist eine Anmeldung erforderlich, so sollte dies mit einer Fantasie-E-Mail Adresse geschehen und nicht mit dem Klarnamen. Bevor die Schülerinnen und Schüler selbst zu Nutzern der Suchmaschinen werden, sollten sie über die Datensammlung und die Risiken informiert werden und es sollte jedem selbst überlassen werden, welche Suchmaschine sie oder er nutzen möchten. Hierbei ist zu beachten, dass personenbezogene Daten nur in dem Umfang verarbeitet werden dürfen, wie es für den jeweiligen Zweck notwendig ist.

§ Darf eine Lehrkraft Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Hausaufgaben ermuntern, mit Google zu arbeiten? Muss sie auf Alternativen hinweisen?

Unter den oben genannten Umständen und wenn dies pädagogisch sinnvoll ist, können Lehrkräfte Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Hausaufgaben ermuntern, auch mit Google zu arbeiten. Es ist jedoch immer darauf zu achten, dass sie auf Google nicht nur als einzige Informationsquelle hinweisen, sondern auch auf andere datenschutzkonformere Suchmaschinen, um den Schülerinnen und Schülern ein breiteres Verständnis des Themas zu ermöglichen. Wenn personenbezogene Daten von Schülerinnen und Schülern betroffen sind, sollte jedoch immer eine datenschutzkonforme Alternative angeboten werden.



Fazit zu Nutzung von Suchmaschinen

- Bei der Nutzung von Suchmaschinen müssen Lehrkräfte den Datenschutz beachten, da personenbezogene Daten gesammelt werden können. Welche Daten von Suchmaschinen gesammelt werden und zu welchem Zweck, hängt von der jeweiligen Suchmaschine ab.
- Google und Bing sind hinsichtlich des Datenschutzes nicht transparent, so dass von einer Datenschutzkonformität nicht ausgegangen werden kann. Es gibt jedoch Suchmaschinen, die darauf spezialisiert sind, personenbezogene Daten von Suchanfragen zu entfernen. Diese werden als "datenschutzfreundliche Suchmaschinen" bezeichnet.
- Startpage, DuckDuckGo, Metager und Qwant sind Suchmaschinen, die angeben, den Datenschutz zu berücksichtigen und somit mögliche Alternativen zu Google und Bing darstellen.

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Weiterführende Links:

- <https://www.globalsign.com/de-de/blog/welche-daten-online-ueber-sie-gesammelt-werden>
- <https://www.datenschutz.org/suchmaschine-datenschutz/>
- <https://www.saferinternet.at/news-detail/welche-daten-werden-im-internet-gesammelt/>
- <https://www.e-recht24.de/artikel/datenschutz/6843-google-analytics-datenschutz-rechtskonform-nutzen.html#>
- <https://www.datenschutz.org/suchmaschine-datenschutz/>
- <https://www.internet-abc.de/lehrkraefte/unterrichtsmaterialien-lernmodul-suchen-und-finden/>



Zur Person

Rechtsanwältin Antonia Dufeu ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz.

Sie ist Co-Autorin der Handreichung „Schule. Medien. Recht.“ wie auch Mitarbeiterin der Plattform „Schule.Medien.Recht“. Hier hat sie vor allem Rechtsfragen thematisiert und entsprechende Mustertexte und Checklisten für die schulische Anwendung veröffentlicht (<https://schulemedienrecht.bildung-rp.de/ueber-smr/>).

Beide Quellen bieten Informationen, Hilfen wie auch Unterstützung für alle Rechtsfragen rund um Schule und Medien.

Mitgewirkt hat sie ebenfalls an der Videoproduktion „Medien- und Urheberrecht in Schule und Studienseminar“ im Rahmen des Leuchtturmprojekts „Digitalisierung in der Lehrkräfteausbildung des Landes Rheinland-Pfalz“. Das Video sowie seine 35 Teilepisoden sind online auf dem Bildungsserver zu finden unter <http://studienseminar.rlp.de/rs/trier/downloadbereich/medien-und-urheberrecht.html>.

Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet Antonia Dufeu als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.



Jahrestagung der VDR-Seniorenvertretung:

SCHWERPUNKTTHEMEN „VERKEHRSSICHERHEIT UND PFLEGE“

Die VDR-Seniorenvertretung führte im Frühjahr erstmalig in Fulda ihre dreitägige Jahrestagung durch. Schwerpunkt der Tagung war die Seniorenpolitik in Europa, Bund, Ländern und Kommunen. Bei der Beschäftigung mit der Verkehrssicherheit für Senioren wurden auch die Pläne der EU-Kommission zur Modernisierung der Verkehrsvorschriften thematisiert.

Verkehrssicherheit: Lebensalter ist kein erhöhtes Unfallrisiko im Straßenverkehr: Unfälle sind seltener, aber schwerwiegender.

Für einen Vortrag zum Thema „Verkehrssicherheit für Seniorinnen und Senioren“ konnte Polizeihauptkommissar a. D. Gerhard Brink gewonnen werden. Besondere Aktualität hatte dieses Thema durch die Pläne der Europäischen Union, künftig die Fahrtauglichkeit der Seniorinnen und Senioren über siebenzig alle fünf Jahre überprüfen zu lassen. Gerhard Brink ging auf die Pläne der EU ein und konnte durch seine Informationen zur Beruhigung beitragen.

EU-Kommission will Verkehrsvorschriften modernisieren

Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, die Zahl der Straßenverkehrstoten bis 2030 zu halbieren. In diesem Zusammenhang hat die EU-Kommission einen Entwurf zur Änderung der Führerscheinrichtlinie vorgelegt und will die entsprechenden Vorschriften modernisieren.

Selbsteinschätzung oder ärztliche Untersuchung?

Die EU-Kommission schlägt in ihrem Entwurf vor, dass Autofahrerinnen und Autofahrer beim Erwerb des Führerscheins und bei der Erneuerung desselben eine Selbsteinschätzung ausfüllen und einreichen oder eine ärztliche Untersuchung durchführen lassen müssen. Und zwar gilt das bei jeder Erneuerung des Führerscheins und nicht nur für Fahrerinnen und Fahrer, die älter als 70 Jahre sind. Die Entscheidung, ob Selbsteinschätzung oder Check beim Arzt, liegt bei den Mitgliedstaaten.

Verlängerung des Führerscheins

Führerscheine, die ab dem 19. Januar 2013 ausgestellt wurden, sind nicht mehr unbegrenzt, sondern nur noch 15 Jahre lang gültig – danach müssen sie erneuert werden. Ab dem 70. Lebensjahr schlägt die EU-Kommission nun eine Erneuerung alle fünf Jahre vor, die an spezifische Maßnahmen zur Feststellung der Fahrtüchtigkeit gekoppelt sein soll. Die Art der Maßnahme liegt im Ermessen des Mitgliedsstaates, in dem der Fahrer seinen Wohnsitz hat. ¹⁾



Gerhard Brink ist Vize-Präsident der Verkehrswacht Hessen e.V.



Fotos: Werner Hillen

Nicole Weiß-Urbach: „Pflegeting bedingte Ausfallzeiten müssen in der Rente und Beamtenversorgung angemessen angerechnet werden!“

Internationale und deutsche Studien hätten unzweifelhaft belegt, dass das Lebensalter allein kein erhöhtes Unfallrisiko bedeutet. Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil verunglücken Menschen ab 65 Jahren seltener bei Verkehrsunfällen als jüngere. Sie sind jedoch überproportional häufig in schwere Verkehrsunfälle verwickelt. So lag ihr Anteil an allen Verunglückten im Jahr 2021 bei 13,9 Prozent. Bei den Verkehrstoten waren es jedoch 33,9 Prozent. Damit gehörte jeder dritte Verkehrstote zu dieser Altersgruppe. Sofern im Jahr 2021 über 74-Jährige als Autofahrende an einem Unfall beteiligt waren, trugen sie in drei Viertel (75,9 Prozent) der Fälle die Hauptschuld an dem Unfall, an dem sie beteiligt waren.

Typische Unfallursachen der Verkehrsteilnehmenden ab 65 Jahren waren

- » Fehler beim Überschreiten der Fahrbahn
- » Falsche Straßenbenutzung mit dem Rad und Pedelec
- » Fehler beim Abbiegen, Rückwärtsfahren, Ein- und Anfahren sowie Vorfahrtsfehler²⁾

Ein Grund dafür ist, dass krankheitsbedingte Einbußen der Leistungsfähigkeit nicht mehr durch eine entsprechende Anpassung des Verhaltens kompensiert werden können. Gerhard Brink empfahl, jährlich einen Medizincheck durchzuführen; denn mit dem Alter ließen Aufmerksamkeit, Konzentration, Beweglichkeit und viele andere Fähigkeiten nach.

Anzeichen mangelnder Fahreignung können beispielsweise sein

- » vermehrte Beinahe- und Bagatellunfälle
- » Missachten von Verkehrszeichen und Ampelsignalen
- » Fehler beim Abbiegen
- » Missachten der Vorfahrt
- » spätes oder Nicht-Wahrnehmen anderer Verkehrsteilnehmer
- » sehr langsames und unsicheres Fahren
- » aggressives oder ängstliches Fahren
- » häufiges Verfahren, auch auf bekannten Strecken³⁾

Seniorenpolitik in den Bundesländern: Projekt Gemeindegewest^{plus} in Rheinland-Pfalz

Beispielhaft wurden Gesetzesinitiativen und Projekte der Bundesländer Bayern und Rheinland-Pfalz dargestellt.

Christa Nicklas stellte das neue Senioren-Mitwirkungs-gesetz in Bayern vor. Kernstück ist die Einrichtung eines Landesseniorenrates, der bei Gesetzes-, Verordnungs- und sonstigen Vorhaben der Staatsregierung bei seniorenbezogenen Themen angehört werden muss.



GEMEINDEGEWEST^{plus}

Wilfried Rausch informierte über das Projekt Gemeindegewest^{plus} im Bundesland Rheinland-Pfalz. Das Angebot richtet sich an hochbetagte Menschen, die noch keine Pflege brauchen, sondern Unterstützung und Beratung in ihrem aktuellen Lebensabschnitt.

Die Fachkraft Gemeindegewest^{plus} besucht die Menschen nach deren vorheriger Zustimmung zu Hause und berät sie kostenlos und individuell.

Das Angebot umfasst sowohl präventiv ausgerichtete Beratung beispielsweise zur sozialen Situation, gesundheitlichen und hauswirtschaftlichen Versorgung, Wohnsituation als auch die Vermittlung von wohnortnahen und gut erreichbaren Teilhabeangeboten wie geselligen Seniorentreffen und -veranstaltungen.

Das Angebot Gemeindegewest^{plus} soll bis zum Jahr 2026 flächendeckend eingeführt und die Anzahl der Vollzeitkräfte auf 54 erhöht werden. Aktuell sind 60 Fachkräfte Gemeindegewest^{plus} angestellt, dies entspricht 39 Vollzeitstellen (Stand März 2023). In der aktuellen Förderphase erfolgt die Finanzierung des Angebots aus Landesmitteln. Im Doppelhaushalt stehen hierfür Mittel in Höhe 3,1 Millionen (2023) beziehungsweise 3,35 Millionen Euro (2024) zur Verfügung.⁴⁾

EU-Richtlinie: Gleichstellung von Frauen und Männern realisieren!

Wilfried Rausch stellte die EU-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Be-



In Fulda trafen sich vom 17. bis 19. April 2023 aus dem gesamten Bundesgebiet 15 Seniorenvertreter und -vertreterinnen der im VDR organisierten Lehrkräfteverbände.

ruf und Privatleben vor. Das Europäische Parlament kritisiert, dass die Politik zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Frauen bzw. Männer unausgewogen gestaltet ist, sodass die Geschlechtsstereotypen und -unterschiede im Beruf wie auch im Bereich der Pflege verstärkt werden. Anhand von statistischen Daten konkretisierte er für die Bundesrepublik Deutschland die gegenwärtigen Geschlechterunterschiede bei der Beschäftigungsquote von Frauen, bei der Teilzeitarbeit und bei der häuslichen Pflege.

Abschließend stellte Wilfried Rausch die Regierungspläne der Ampelkoalition bei der Pflege dar und verwies auf konkrete Forderungen des Unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

Pflege:

Frauen leisten mehr unbezahlte Sorgearbeit!

Zu dem Themenbereich Pflege – Vereinbarkeit von Familie und Beruf hatte die VDR-Seniorenvertretung Nicole Weiß-Urbach von der VDR-Frauenvertretung eingeladen, um gemeinsam mit ihr die von Wilfried Rausch thematisierte Ungleichheit zu diskutieren. Weiß-Urbach benannte den sogenannten Gender Care Gap, der die Rahmenbedingungen bei der Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit beschreibt. Frauen leisteten mehr unbezahlte Sorgearbeit, betonte Nicole Weiß-Urbach. Und dadurch, dass Frauen seltener einer Erwerbstätigkeit nachgingen, entstünde eine Versorgungslücke im Alter. Sie plädierte für eine partnerschaftliche Teilung der Sorge- und Pflegearbeit, die eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt ermöglichen könne. Eine daraus resultierende Forderung der VDR-Frauenvertretung seien die Anrechnung von

Pflegezeiten auf die Versorgung, um der Versorgungslücke, dem Gender Pension Gap, entgegenzuwirken. Nicole Weiß-Urbach übertrug die Rahmenbedingungen auf den Arbeitsplatz Schule und verwies auf die hohe Teilzeitquote bei Lehrerinnen und den stark gestiegenen Lehrkräftemangel. Dieser dürfe keinen Einfluss auf die Genehmigung von Teilzeit haben und damit einer flexiblen Familiengestaltung entgegenwirken, zeigte sie sich überzeugt.

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Quellen:

¹⁾ https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-will-verkehrsvorschriften-modernisieren-digitaler-fuhrerschein-eu-weites-fahrverbot-2023-03-01_de

²⁾ <https://deutsche-verkehrswacht.de/themen/unfallgeschehen-von-senioren/>

³⁾ <https://deutsche-verkehrswacht.de/themen/fit-hinterm-steuer-wie-lange/>

⁴⁾ <https://mastd.rlp.de/themen/soziales/gut-leben-im-alter/gemeindeschwester-plus>

Universität Koblenz – die jüngste Universität Deutschlands

VRB im Gespräch mit ihrem Präsidenten Prof. Dr. Stefan Wehner



Stefan Wehner im Austausch mit Timo Lichtenthäler: „Mit der Verselbständigung geht ein langgehegter Wunsch des Campus in Erfüllung.“

Die Universität Koblenz ist zum 1. Januar 2023 in die Eigenständigkeit gestartet. Für die Region im Norden von Rheinland-Pfalz ist dieser Schritt von großer Bedeutung und mit hohen Erwartungen verknüpft. Zum ersten Präsidenten der jüngsten Universität Deutschlands wurde im Juli 2022 Prof. Dr. Stefan Wehner vom Senat der Universität Koblenz gewählt. Der Landesvorstand des VRB hat aufgrund der neuen Entwicklungen an der Universität Koblenz dem Präsidenten Fragen insbesondere zur Lehrkräftebildung vorgelegt. Das Gespräch am 13. März führten Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler und Landesgeschäftsführer Wilfried Rausch. Timo Lichtenthäler ist Mitglied im Hochschulrat.

RBiRP: Was macht die neue Universität attraktiv?

Dr. Stefan Wehner: Die Universität Koblenz hat mit „Informatik“, „Material und Umwelt“ und „Kultur und Vermittlung“ ein

sichtbares Profil, dazu ist „Bildung“ inklusive Lehrkräftebildung ein Schwerpunkt der neuen Uni. Für ein Studium in diesem Bereich entscheiden sich etwa fünfzig Prozent unserer Studierenden. Die Universität Koblenz zeichnet sich außerdem durch kurze Wege und Interdisziplinarität aus.

Welchen Stellenwert hat die Universität für die Region?

In Zeiten eines demografischen Wandels ist die Bedeutung einer Hochschule für die Region nicht zu unterschätzen. Eine Befragung unserer Absolventen ergab, dass weit über die Hälfte aller Studierenden in der Region bleibt (bei Lehrkräften sogar noch

mehr), obwohl unsere Studierenden nur etwa zur Hälfte aus der Region kommen. Die Universität Koblenz ist in den letzten Jahren gerade im Bereich der internationalen Studierenden stark gewachsen, aktuell sind es rund zehn Prozent. Diese Fachkräfte dann in der Region zu halten, ist eine Chance, die die Universität der Region eröffnet, aber eine Herausforderung für die Region, diese auch zu nutzen.

Der Verband Reale Bildung legt seinen Fokus auf die Lehrerbildung. In den Medien werden mit Blick auf den aktuellen Lehrermangel auch die Universitäten kritisiert, dass sie jahrelang nicht genügend Studienplätze für Lehramtsstudierende bereitgestellt und zu wenig für eine professionelle Lehrerbildung getan hätten.

Für Koblenz und das Land Rheinland-Pfalz kann ich dies nicht bestätigen. Die Lehramtsstudiengänge blieben in den letzten Jahren bei uns konstant, in der Universität Koblenz gab es zuletzt sogar signifikante Investitionen in die lehrkräftebildenden Studiengänge, neue zusätzliche Fachdidaktik-Professuren im Rahmen des Zukunftsvertrages und des Landeshaushalts 2022, das Fach Pflege BBS und zukünftig Förderschule im aktuellen Doppelhaushalt 2023/2024 zeigen eher das Gegenteil. Aufgrund der gelebten Interdisziplinarität und der konsequenten Polyvalenz ging dies aber nicht zu Lasten anderer Studiengänge, die parallel dazu im letzten Jahrzehnt neu eingeführt wurden, allen voran der fast alle Institute überspannende Zwei-Fach-Bachelor und ab diesem Wintersemester die Studiengänge "Gewässerkunde und Wasserwirtschaft".

Als Herausforderung sehe ich, weiterhin viele – eigentlich noch mehr – qualifizierte und interessierte Studierende für diese gesellschaftlich wichtigen Bereiche zu finden.

Wir beobachten mit großer Sorge, dass sich immer weniger Studierende für das Lehramt an Realschulen plus entscheiden und sich der Fachkräftemangel erheblich zuspitzt. Aus unserer Wahrnehmung wird die Entwicklung durch die Bachelor- und Masterstruktur der Lehrerausbildung beeinflusst. Wie beurteilen die Universitäten die Entwicklungen?

Diese Entwicklung ist aus unserer Sicht nicht auf die Bologna-Reform zurückzuführen, allerdings beobachten wir auch in Koblenz, dass das Lehramt an Realschulen plus

weniger Studierende als erhofft anspricht. Dennoch haben wir gerade in die vier großen Fächer der Realschule plus investiert: Mathematik, Deutsch, Englisch und Wirtschaft und Arbeit. Letzteres wurde im Rahmen des Fachdidaktikkonzepts aus dem Jahr 2020 ausgebaut. Wir haben nun Professuren für den Teil Ernährungs- und Verbraucherbildung kombiniert mit der Fachdidaktik Sport, Techniklehre kombiniert mit Fachdidaktik Physik und eine Professur für Wirtschaftsdidaktik.

Realschule plus hat also für uns einen großen Stellenwert, ist aber bei den Studienanfängerinnen und -anfängern nicht so nachgefragt, wie es die Schulform verdienen würde.

Die Polyvalenz des Bachelorstudiengangs schafft die Möglichkeiten zum Studienwechsel. Das ist grundsätzlich gut. Doch viele Studierende, die ein Lehramtsstudium begonnen haben, scheinen nicht in den Schulen anzukommen. Was könnte Studierende vom weiteren Lehramtsstudium abbringen? Sehen Sie Möglichkeiten, wie die Universität hier entgegenwirken könnte?

Diese Entwicklung können wir für Rheinland-Pfalz nicht bestätigen. Im Unterschied zu anderen Bundesländern sind die lehrkräftebildenden Studiengänge von Anfang an berufsbezogen. Rheinland-Pfalz bietet einen B.Ed. statt B.A. oder B.Sc. in anderen Bundesländern. Man muss sich also schon aktiv um einen Wechsel aus dem Lehramt hin zu anderen Studiengängen bemühen, bei denen die Polyvalenz einzelner Module genutzt werden kann. Diese Flexibilität der Wechselmöglichkeiten schätzen wir und wollen sie den Studierenden weiterhin ermöglichen. Denn wir können keinen großen Anteil innerhalb der Studierenden erkennen, die die lehrkräftebildenden Studiengänge zugunsten anderer fachwissenschaftlicher Studiengängen verlassen. Nach den letzten Erhebungen hat sich weniger als 1/10 der eingeschriebenen Studierenden damit schon einmal befasst. Vielmehr beobachten wir Wechsel innerhalb des Studiengangs, beispielsweise zwischen den Fächern (etwa 25 % der Studierenden) oder auch zwischen den Schulformen (etwa 15 % der Studierenden). Beim letzteren Wechsel ist die Tendenz hin zur Schulform Realschule plus zu beobachten, was hinsichtlich der von Ihnen oben skizzierten Problematik eher einen erfreulichen Wert darstellt.

Als Gründe für einen Wechsel oder einen Studienabbruch werden häufig persönliche oder organisatorische Faktoren genannt. Erfahrungsgemäß haben die Studierenden im Studium oder im Praktikum die fehlende Eignung zum Lehrerberuf festgestellt, was einen nachvollziehbaren Grund darstellt.

Als Universität bieten wir sowohl den Studienzweiflerinnen und -zweiflern als auch den Abbruchkandidatinnen und -kandidaten umfangreiche Beratungsmöglichkeiten an und unterstützen sie mit vielfältigen Maßnahmen.

Da Polyvalenz für die Universität Koblenz ein zentraler Baustein ihrer Interdisziplinarität ist, bieten wir zusätzlich für einige Fachkombinationen eine parallele Qualifi-



Zur Person

Stefan Wehner, Präsident der Universität Koblenz, ist 1969 in Bayreuth geboren. Er hat an der Universität Bayreuth Physik studiert und im Juli 1999 dort promoviert. Die Habilitation hat er im November 2006 ebenfalls an der Universität Bayreuth erlangt. Seine Forschungsaktivitäten sind der „Surface Science“ zuzuordnen, also der Untersuchung von Phänomenen an Oberflächen im Grenzgebiet von Physik und Chemie. Aufgrund der Arbeit an verschiedenen Hochschulen, darunter an der University of California Riverside, verfügt er über eine breite Lehr- und Forschungserfahrung.

Dr. Stefan Wehner ist seit 2009 Universitätsprofessor für Experimentalphysik an der Universität Koblenz-Landau. Von 2011 bis 2019 war er Mitglied im Senat und im Fachbereichsrat des Fachbereichs 3: Mathematik/Naturwissenschaften. Von Januar 2014 bis Februar 2019 hat er dem Fachbereich als Dekan vorgestanden.

<https://www.uni-koblenz.de/de/newsroom/prof-dr-stefan-wehner-zum-ersten-praesidenten-der-universitaet-koblenz-gewaehlt>

kation an und wirken so einem Abbruch des Lehramtsstudiums aktiv entgegen. In diesen Kombinationen ist eine parallele Qualifikation mit einem M.Ed und einen B.Sc./B.A. möglich, was unseren Absolventinnen und Absolventen ein besonderes Profil ermöglicht – wenn sie dies wünschen. Es gibt also viele Möglichkeiten zwischen Lehramtsstudium und Studienabbruch, um den verschiedenen Studierenden gerecht zu werden.

Mit Ihrer Vize-Präsidentin für Studium und Lehre, Frau Prof. Dr. Constanze Juchem-Grundmann, haben Sie eine erfahrene Persönlichkeit an Ihrer Seite. Wie wollen Sie das Lehramtsstudium weiterentwickeln?

Die Hälfte unserer Studierenden brauchen und verdienen eine besondere Wertschätzung und Aufmerksamkeit. Wir haben in den vergangenen drei Jahren des Umbaus gemeinsam die Grundsteine für den Erhalt der breiten Kombinationsmöglichkeiten im Lehramt gelegt, also auch Kombinationen von geisteswissenschaftlichen mit MINT-Fächern. Außerdem wurde trotz Transformation das Lehramt für alle Schulstufen am Standort Koblenz gesichert. Darauf bauen wir gemeinsam auf, so dass zukünftig auch alle Schulformen angeboten werden können: Wir werden das Lehramt an För-



Universitätsleitung (von links nach rechts): Prof. Dr. Constanze Juchem-Grundmann, Vizepräsidentin für Studium und Lehre, Prof. Dr. Stefan Wehner, Präsident, Prof. Dr. Claudia Quaiser-Pohl, Vizepräsidentin für Forschung und Transfer, Michael Ludewig, Kanzler

derschulen im kommenden Jahr ergänzen, das Fächerportfolio für die BBS unserem Entwicklungsplan 2030 folgend noch erweitern und haben bereits jetzt speziell für Realschule plus das Fach Wirtschaft und Arbeit konsequent ausgebaut. An dieser Stelle sei auch das „Netzwerk Campus-Schulen“ genannt, in dem wir sehr gute Kooperationen auch mit ausgewählten Realschulen plus der Region pflegen.

Mit dem neuen Studiengang für das Lehramt an Förderschulen schließen Sie eine Lücke. Dennoch ist es so, dass man noch nicht alle allgemeinbildenden Fächer in Koblenz studieren kann und somit weiterhin fachspezifische Engpässe vorhanden sind. Sind auch hier perspektivische Veränderungen geplant?

Das Fächerspektrum ist in Koblenz seit vielen Jahren auf dem gleichen hohen Niveau erhalten worden und zeichnet sich durch eine große Kombinationsbreite aus. Eine Ausweitung des Angebotes erfolgte zuletzt mit Pflege (BBS). Die wiederholt im Land diskutierte Einführung des Islamischen Religionsunterrichts ist aktuell nicht zugesagt, die Einführung könnte aber frühestens ab 2025 angegangen werden. Auch die Fachbereiche prüfen die Einführung neuer Fächer.

Grundsätzlich ist dies jedoch in allen Fällen eine Frage der uns vom Land zur Verfügung gestellten Ressourcen. Der Aufwand für ein neues Fach ist aktuell nicht für alle Wün-

sche leistbar und aufgrund der zu geringen Nachfrage wahrscheinlich auch nicht überall uneingeschränkt sinnvoll.

Wir selbst bieten natürlich den übergreifenden Bereich der Bildungswissenschaften und aktuell 19 Fächer, nämlich Biologie, Chemie, Deutsch, Englisch, Ethik, Geografie, Geschichte, Informatik, Informationstechnik/Informatik (BBS), Mathematik, Musik, Philosophie/Ethik, Physik, Evangelische Religionslehre, Katholische Religionslehre, Sport, Wirtschaft und Arbeit, Pflege (BBS) und Grundschulbildung an. Ab 2024 soll Sonderpädagogik hinzukommen und in der Folge bald auch Wirtschaft (BBS).

Die folgenden neun Fächer können nicht in Koblenz studiert werden: Bildende Kunst, Französisch, Griechisch, Italienisch, Latein, Russisch, Sozialkunde, Spanisch und Gesundheit. Trotzdem sind 500 verschiedene Fach- und Schulart-Kombinationen in den lehrkräftebildenden Studiengängen belegbar.

Abschließend will ich noch auf die Zertifikatsstudiengänge hinweisen, auch damit kann eine breitere und individuellere Qualifikation erreicht werden. Zum einen durch die Ergänzung eines dritten Faches, u.a. Darstellendes Spiel und zum anderen als thematische fächerverbindende Zusatzqualifikation, z. B. Content and Language Integrated Learning (CLIL) oder Sprachbildung und Deutsch als Fremd- und Zweitsprache (DaFZ).

Die Universität Koblenz fußt auf einer langen akademischen Tradition. Dies gilt auch für die Lehrkräftebildung. In Koblenz selbst wurden ab 1903 Lehrkräfte zunächst in einer Pädagogischen Akademie, dann ab 1960 in einer Pädagogischen Hochschule und ab 1969 in einer Erziehungswissenschaftlichen Hochschule, die an ab 1990 in eine Universität Koblenz-Landau überführt wurde, ausgebildet.



Stefan Wehner bei der Amtseinführung des Präsidiums am 15. März 2023: „Eine lange Zeit der Transformation hin zur Eigenständigkeit liegt hinter uns. Vieles hat sich bereits geändert, aber es bleibt auch für alle noch viel zu tun. Es ist ein besonderes Privileg, unsere neue Universität gemeinsam mit allen Einheiten, Gremien und Partnern in der Region weiterdenken und gestalten zu dürfen.“

Damit eine enge Begleitung innerhalb der Ausbildungsabschnitte gelingen kann, müssen enge Verzahnungen stattfinden. Welchen Beitrag kann die Universität dazu leisten? Was wünschen Sie sich von den Studienseminaren und den Schulen?

Wir leben sowohl eine enge Kooperation mit den Studienseminaren der Region als auch mit den Schulen. In unserem „Netzwerk Campus-Schulen“ sind aktuell 33 Schulen der weiterführenden Schulformen mit einer offiziellen Kooperationsvereinbarung mit der Universität verbunden, im „Koblenzer Netzwerk Campusgrundschulen & Studienseminare (KONECS)“ sind zusätzlich die Grundschulen der Stadt und der Region mit dem Institut für Grundschulpädagogik in Kooperation. Über diese Zusammenarbeit können wir sowohl die aktuellen Bedarfe im Bereich der Schulen und Studienseminare in unserer Arbeit berücksichtigen als auch wissenschaftliche Erkenntnisse im Sinne eines Wissenstransfers in die Breite tragen. Dennoch wäre eine engere Verzahnung im Sinne der Phasennetzwerke denkbar, beispielsweise durch die Verankerung von begleiteten Praxisphasen im Studium oder andere gemeinsame Strukturen mit den Studienseminaren. In einzelnen Projekten sind wir auch jetzt schon aktiv dabei, Kooperationen mit den

Studienseminaren und Schulen voranzutreiben, wichtig wäre jedoch eine strukturelle Verankerung.

Die Vermittlung von ökonomischen Kompetenzen ist insbesondere an den Realschulen plus fest in den Wahlpflichtfächern verankert. Im Rahmen des Lehramtsstudiums an den Universitätsstandorten Koblenz oder Landau gibt es nur eine einzige wirtschaftsdidaktische Professur. Das ist aus unserer Sicht zu wenig.

Wirtschaft und Arbeit wurde – wie oben bereits ausgeführt – gerade verstärkt. Und eine neue Professur für Wirtschaftsdidaktik ist gerade im Besetzungsverfahren, die die Einführung Wirtschaft BBS vorbereitet und das Fach Wirtschaft und Arbeit für Realschulen plus am Standort Koblenz zusammen mit den beiden anderen Kolleginnen und Kollegen in Sport und Physik weiter ausbauen wird.

Sie haben als Präsident mit Ihren Gremien bestimmt viele Visionen. Lassen Sie uns träumen! Wo steht die Universität Koblenz in zehn Jahren?

An der Spitze, aber Spaß beiseite.

Wir nehmen bereits heute eine führende Rolle in der Lehrkräftebildung ein, diese wollen wir ausbauen. Mit unseren attrak-

tiven Studienangeboten halten wir die Schülerinnen und Schüler als zukünftige Arbeitskräfte sowie Bewohnerinnen und Bewohner hier in der Region. Die Forschung in der Bildung, aber auch bei Data Science und Material und Umwelt, z. B. Keramik, sind national und international noch sichtbar geworden.

Und hoffentlich stehen dann hier noch einige Gebäude mehr, da die Uni mit einer immer noch wachsender Studierendenzahl einfach auch ein Universitätsgelände der Zukunft braucht mit genug Raum zum Selbstlernen, zum Experimentieren und Forschen in Labors und spezielle Unterrichtsräume zum Lernen über alle Fächer hinweg sowie Büros für unsere wachsende Anzahl an zusätzlichen Mitarbeitenden, die zu einem immer größeren Teil aus Drittmitteln finanziert werden.

Timo Lichtenthaler
timo.lichtenthaler@vrb-rlp.de



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Fotos: Wilfried Rausch und
Universität Koblenz, Referat Kommunikation



Individuelle Profilbildungsmöglichkeiten in der Lehrkräfteausbildung:

Studierende können mit einem zusätzlichen Angebot zur individuellen Profilierung ihre Stärken und Interessen im Hinblick auf die Tätigkeit in den Schulen professionell ausbauen. Gemeinsam mit dem Zentrum für Lehrerbildung werden folgende Profilbildungsangebote aufgebaut:

1. Weiterentwicklung und Ausbau des bestehenden Angebots für lehrkräftebildende Zertifikatsstudiengänge mit dem Ziel des Erwerbs einer Lehrbefähigung für ein drittes Unterrichtsfach.
2. Zertifikate, die fachbezogene Ergänzungen darstellen, wie z. B. Sprachen, Theater, Kunst, Instrumentalpädagogik, konfessionelle Kooperationen im Religionsunterricht (z. B. die bestehenden Zertifikate „Content and Language Integrated Learning“ (CLIL) oder „Sprachbildung und Deutsch als Fremdsprache“).
3. Zertifikate, die Querschnittsthemen für Lehrkräfte adressieren, wie z. B. kulturelle Bildung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung, kollegiale Beratung, Elternarbeit, digitale Lehr-/Lernmethoden oder Gender und Diversity.

(Auszug Entwicklungsplan)



Der Entwicklungsplan der Universität Koblenz wurde am 1. März 2023 der Öffentlichkeit vorgestellt, er steht zum Download zur Verfügung: <https://www.uni-koblenz.de/de/universitaet/universitaetsentwicklungsplan> (siehe QR-Code)

► BEISPIELE MACHEN SCHULE

Zukunftstag zum Thema „Ökonomische und alltagspraktische Bildung“

Ein Projekttag der Realschule plus Mayen



„Zukunftstag“ an der Albert-Schweitzer Realschule plus mit beeindruckender Referenten- und Gästeliste. Von links: Juri Galkin (IWJB), Lehrer und Initiator Nicolas Cordes, Prof. Dr. jur. Baerdorf (Referent des Workshops Steuern), Sylvia Hüls (Bündnis ökonomische Bildung), Schulleiterin Karin Butter, Christiane Schönauer-Gragg (Bildungsministerium), Daniela Koßmann (Pädagogisches Landesinstitut), Lorenzo und Anna Wienecke (IWJB).

07.55 Uhr - Pünktlich zum Unterrichtsbeginn begrüßte Karin Butter, Schulleiterin der Albert-Schweitzer Realschule plus, zusammen mit Nicolas Cordes, Lehrer an der RS plus Mayen und Initiator des Projekttag, die Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen, Gäste, Referentinnen und Referenten zu ihrem Projekttag „Crashkurs fürs Leben“. Sie dankte den Sponsorinnen und Sponsoren, deren finanzielle Unterstützung diesen Tag für die Abschlussklassen kostenfrei ermöglicht hatte.

Die Realschule plus Mayen ist die erste Realschule plus in Rheinland-Pfalz, an der dieses Projekt durchgeführt wurde. Daher waren auch die beiden Gründer des Zukunftstages, Juri Galkin und Lorenzo Wienecke, vor Ort und stellten das von ihnen ins Leben gerufene Programm des Zukunftstages vor. Dieser hatte Anfang 2019 erstmalig

an einer deutschen Schule stattgefunden. „Jede fünfte Schülerin, jeder fünfte Schüler hat keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen.“ Getreu ihrem Motto „Machen statt Meckern“ wollten sie nicht auf eine politische Lösung für dieses Problem warten, sondern gründeten ihr Projekt. Ursprünglich war es für die Mitschüle-

rinnen und Mitschüler ihrer eigenen Schule gedacht, welche sie selbst erst kurz zuvor beendet hatten. Mittlerweile sind sie mit ihrem Team in Deutschland, Österreich und der Schweiz unterwegs.

Der Zukunftstag ist ein Projekt der Initiative für wirtschaftliche Jugendbildung e.V. (IWJB). Sie wurde 2017 von den Kasseler Schülersprechern Juri Galkin und Lorenzo Wienecke ins Leben gerufen. Seit 2021 ist die Initiative eine gemeinnützige GmbH.

Workshops – Worum geht es?

In den jeweils einstündigen Workshops wurden im Laufe des Vormittags die Themen Steuern, Finanzen, Krankenkasse und



Bildquelle: Flyer_Zukunftstag

Wohnen aufgegriffen. Durch eine rotierende Organisation war es jeder Schülerin und jedem Schüler möglich, an allen Workshops teilzunehmen.

Steuern

„Habt ihr schon mal Steuern gezahlt?“ Die Schülerinnen und Schüler direkt anzusprechen und mit Alltagsbeispielen, z.B. dem Kauf von Kleidung, neugierig zu machen, war Absicht des Referenten des Workshops. Die Fragestellungen, wann welche Steuern gezahlt werden müssen und was der Staat mit diesen eingenommenen Geldern finanziert, wurden hier beantwortet. Auch die verschiedenen Möglichkeiten, mit einer Steuererklärung gezahltes Geld zurück zu bekommen, wurden erklärt.

Erste Wohnung

„Wie stellt ihr euch eure erste Wohnung vor?“ startete die Referentin ihren Workshop und informierte über die Kosten, die bei einer eigenen Wohnung neben der Finanzierung einer Wohnungseinrichtung auf den Mieter zukommen. Am Beispiel eines Azubi-Gehaltes im 3. Lehrjahr errechnete sie anschaulich, was am Ende Cash zum Leben übrig bleibt. Sie gab Tipps, worauf man bei einer Wohnungsbesichtigung achten sollte, und erklärte abschließend einige Inhalte eines Mietvertrages. Stichworte waren u.a. Übergabeprotokoll, Kautionszahlung und Kündigungsfrist.

Finanzen

„Warum ist es wichtig, sich Gedanken über Geld zu machen?“ Dieser Frage ging der Referent mit anschaulichen Beispielen nach. Begriffe wie Inflation, Schuldenfal-

le und Schufa-Auskunft wurden erklärt. Weitere Themen waren die Rente und auf welchem gesellschaftlichen Konsens sie basiert, sowie die Frage, warum man Versicherungen, zum Beispiel eine Haftpflichtversicherung, braucht. Die Erläuterungen hatten durchweg einen Bezug zu schülerrelevanten Alltagssituationen.

Krankenversicherung

„Jeder in Deutschland muss krankenversichert sein.“ Aber was ist der Unterschied zwischen einer gesetzlichen und einer privaten Krankenversicherung? Welche Leistungen, die gerade für junge Menschen interessant sind, werden von den Krankenkassen übernommen? Und welche der fast 100 verschiedenen Krankenversicherungen ist die richtige für mich? Diese und viele andere Fragen wurden im Workshop Krankenversicherung beantwortet.



Schülerstimmen zum Projekttag

Lucas: „Den Workshop Finanzen fand ich sehr interessant. Ich finde es wichtig zu wissen, wie man mit Geld umgeht, und welche Möglichkeiten man hat, Geld zu sparen. Ich möchte anregen, dass diese Themen auch im Unterricht angesprochen werden, nicht nur als Projekte.“

Justin: „Ich fand den Workshop Finanzen sehr interessant, da ich mich auch in meiner Freizeit für Aktien interessiere.“

Mia: „Mir hat der Workshop Finanzen am besten gefallen, da wir im Fach Haus- und Sozialwirtschaft diese Themen schon mal behandelt haben.“

Tiane: „Der Workshop Wohnen hat mich überrascht. Ich hätte nicht gedacht, dass man so viel wissen muss, wenn man seine erste eigene Wohnung haben möchte.“

Fazit

Schulleiterin Karin Butter empfand den Zukunftstag als gewinnbringend für ihre Schülerinnen und Schüler. „Es gab eine Fülle an Informationen, die vielleicht nicht alle hängenbleiben werden. Aber es war schon toll, dass und wie die Aufmerksamkeit auf diese Themen des Alltags gerichtet wurde.“

Lehrer Nicolas Cordes reflektierte: „Den Projekttag an unsere Schule zu holen, war eine sinnvolle Entscheidung. Unsere Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen haben sich wichtige Inhalte aneignen können, und dazu erhielt die gesamte Schulgemeinschaft Impulse zur ökonomischen Bildung in unserer Realschule plus. Diese werden wir weiter entwickeln. Das Team der Jugendbildungsinitiative hat unsere Erfahrungen und Beobachtungen aufgegriffen und arbeitet bereits daran, das Programm des Zukunftstages schulartspezifisch noch stärker zu differenzieren. Mich freut es, dass weitere Realschulen plus in RLP bereits Anfragen für den Zukunftstag gestellt haben.“

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



<https://www.zukunftstag.org/>

ChatGPT

Ein Textroboter sorgt bei Schülerinnen und Schülern für Begeisterung. Lehrkräfte und Bildungsexperten sind geteilter Meinung.

Die Kommunikation zwischen Mensch und Maschine ist seit jeher Utopie und Dystopie zugleich. David Hasselhoff und sein Wunderauto „K.I.T.T.“ sind vielen von uns noch in Erinnerung. Eingefleischte Fans erinnern sich auch an Folgen, in denen sich die Technik gegen die Protagonisten richtete. So versucht K.I.T.T. beispielsweise in Staffel 4 (Folge 13) nach Umprogrammierung durch einen Gangster, seinen Besitzer, Michael Knight, zu töten. Mit KI-Programmen erscheint die Realisierung dessen, was einst Science-Fiction war, greifbar. Ebenso greifbar werden aber auch die Ängste, die damit verbunden waren und sind.

Seit der Erfindung des Internets durch Tim Berners-Lee, der Entwicklung der Smartphones oder Tablets und der damit einhergehenden ständigen Verfügbarkeit von Informationen, stellt heute kaum noch jemand die Technologie infrage. Schier grenzenlos ist die Flut an Einflüssen: seien es die Influencer, schnelllebigen Trends oder die nunmehr auf ein Minimum reduzierten Nachrichtenbeiträge. Seit Jahrzehnten stellt sich kaum jemand die Frage, wie diese Flut an Informationen an uns gebracht wird.

Spätestens seit ChatGPT zur Verfügung steht, ist die Diskussion um den Umgang mit und die Nutzung von künstlicher Intelligenz voll entbrannt. Wir fragen: Worum handelt es sich bei der Anwendung? Was kann sie? Warum gibt es eine so große Aufregung? Welche Schlüsse müssen im schulischen Kontext getroffen werden?

Was ist ChatGPT?

ChatGPT (Chatbot Generative Pretrained Transformer) ist zunächst ein Instrument, das es dem Anwender erlaubt, mit Hilfe von künstlicher Intelligenz mit einem technischen System zu kommunizieren (Chatbot – sinngemäß: chattender Roboter). Ganz wie in der Serie Knight Rider geht es darum, sich mit einer Maschine unterhalten zu können und von dieser bei der Lösung von Aufgaben oder Problemen unterstützt zu werden. Viele von uns haben bereits einen solchen Chatbot benutzt, ohne sich dessen tatsächlich bewusst zu sein. Bekannte Beispiele dafür sind etwa Amazons Alexa, Googles Google-Assistant oder Apples Siri. Auch viele Internetwebsites oder Telefonhotlines benutzen Chatbots, um beispielsweise einfache Kundenanfragen zu bearbeiten. Sogar unsere Autos sind mittlerweile mit der Technik eines K.I.T.T. ausgestattet: sei es die Sprachsteuerung der Navigation, der Anruf während der Fahrt oder die Verriegelung von der Couch aus.

Was macht ChatGPT dann also besonders?

ChatGPT kann Texte generieren, die plausibel und damit „wahr“ erscheinen. Das Programm erstellt seine Antworten aufgrund von Sprachmustern und Datenanalysen. Die Qualität der Antworten steigt mit der Anzahl an Daten und Mustern, die dem System zur Verfügung stehen. Zu Problemen kommt es, wenn das Programm verschiedene Antwortmöglichkeiten hat. So fällt es dem System beispielsweise schwer, die Abkürzung VRB zuzuordnen, da es verschiedene Organisationen gibt, welche diese Abkürzung verwenden (z. B. Verein der Rechtspfleger im Bundesdienst, ...).



KI aus den Achtzigern: Das schlaue Auto „K.I.T.T.“ aus der Fernsehserie Knight Rider. Die Abkürzung steht übrigens für die fiktionale Firma „Knight Industries Two Thousands“

► FRAG CHATGPT:

„Welche Vorteile bietet ChatGPT?“

Eine bescheidene Selbstauskunft

„ChatGPT und ähnliche KI-Systeme bieten eine Vielzahl von Vorteilen.

Schnelle und präzise Informationen:

ChatGPT kann große Mengen an Informationen durchsuchen und relevante Antworten in kürzester Zeit liefern. Dadurch ermöglicht es den Zugriff auf Wissen und Ressourcen, ohne aufwendige Recherchen durchführen zu müssen.

Rund um die Uhr verfügbar:

ChatGPT ist jederzeit online verfügbar, was bedeutet, dass Nutzer unabhängig von Tageszeit oder Standort Zugriff auf Informationen und Unterstützung haben.

Personalisierter Support:

ChatGPT kann individuelle Fragen beantworten und auf die Bedürfnisse und Vorlieben der Nutzer eingehen. Durch maschinelles Lernen kann es sich an die spezifischen Anforderungen und Vorlieben anpassen und so eine personalisierte Erfahrung bieten.

Sprachliche Vielfalt:

ChatGPT unterstützt verschiedene Sprachen und kann somit Menschen auf der ganzen Welt in ihrer Muttersprache unterstützen und den Zugang zu Informationen erleichtern.

Hilfestellung bei Problemlösungen:

ChatGPT kann bei der Lösung von Problemen und der Bereitstellung von Anleitungen oder Ratschlägen behilflich sein. Es kann Anleitungen zur Fehlerbehebung, Schritt-für-Schritt-Anleitungen und allgemeine Informationen bereitstellen, um Benutzern bei verschiedenen Herausforderungen zu helfen.

Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass ChatGPT auch Grenzen und Einschränkungen hat. Es kann beispielsweise Schwierigkeiten haben, menschliche Emotionen zu verstehen oder komplexe Kontexte vollständig zu erfassen. Zudem kann es in einigen Fällen ungenaue oder irreführende Informationen liefern. Daher ist es ratsam, die Antworten von ChatGPT kritisch zu hinterfragen und bei Bedarf weitere Quellen oder menschliche Expertise hinzuzuziehen.“

Magnus Wünschel (15, er besucht die 10. Klasse des HBG in Ettlingen) befragte den Chatbot am 20.5.23



(29./30.4.23) gibt Aljoscha Burchardt vom Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz Berlin (DFKI) zu bedenken, dass wir nicht in der Lage seien, in die KI hineinzusehen. Man wisse auch nicht, welche abstrakten Muster von ihr wahrgenommen werden. Somit ist auch für Fachleute bislang nicht erklärbar, wieso KI zu falschen Ergebnissen kommt.

ChatGPT in der Schule

Die breite gesellschaftliche Debatte über KI macht naturgemäß auch vor der Schule nicht Halt. Da es sich um eine textproduzierende Anwendung handelt, liegt es nahe, dass Schülerinnen und Schüler ChatGPT oder vergleichbare Anwendungen verwenden könnten, um sich den Schulalltag zu erleichtern oder sich bei Leistungsfeststellungen einen Vorteil zu verschaffen. Über das Für und Wider von ChatGPT und anderen KI-Programmen im schulischen Kontext ist ein unüberhörbarer Streit entbrannt. Während die einen vor Gefahren warnen und Verbote fordern, verweisen andere auf Chancen und Möglichkeiten.

Das Bildungsministerium hat bereits auf die neuesten Entwicklungen reagiert und bietet auf dem Bildungsserver zahlreiche Hintergrundinformationen und Schulungen durch das PL an.

Unsere Redaktion bleibt am Ball. Wir werden in den kommenden Ausgaben Hintergründe beleuchten sowie Beteiligte und Betroffene zu Wort kommen lassen.

Christoph Schneider
christoph.schneider@vrb-rlp.de



„Aufgespießt“ von Dr. Peter Bung



ChatGPT

Nützlicher Helfer
oder mächtiger Tutor?
Das ist die Frage.

Anwenderinnen und Anwender sollten sich bewusst sein, dass es nicht in der Natur von künstlicher Intelligenz liegt, „wahre“ Antworten zu liefern. KI definiert „Wahrheit“ auf Grundlage von „Wahrscheinlichkeit“. Das heißt: KI durchsucht eine Unmenge von Daten auf Muster und Zusammenhänge und „berechnet“ so die wahrscheinlichste Antwort.

Häufig werden richtige Inhalte mit vom System „erfundenen“ Informationen vermischt. Dieses Phänomen bezeichnen KI-Fachleute als „Halluzination“. In einem Artikel der „Rheinpfalz am Sonntag“

VRB-Bezirke



KOBLENZ: Gestaltungsräume erkennen und nutzen

NEUSTADT: Wegweiser für den Vorbereitungsdienst

TRIER: Im Mittelpunkt: Lehrkräftegesundheit

FORTBILDUNG FÜR SCHULPERSONALRÄTE

Gestaltungsspielräume an den Schulen erkennen und nutzen



Bei der PR-Fortbildung in Koblenz ging es unter anderem um die Rolle und die Aufgaben der ÖPRE, die sich aus ihrem Wächteramt und ihren Mitbestimmungsrechten ergeben.

30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren nach Koblenz zur Fortbildung für Örtliche Personalräte angereist. Sie wurden vom Bezirksvorsitzenden Benjamin Bajraktari und Bezirksschatzmeisterin Nicole Weiß-Urbach herzlich begrüßt. Ein intensiver Austausch der Kolleginnen und Kollegen untereinander sollte viel Raum einnehmen, um in einen Dialog zu treten und Gestaltungsspielräume an Schulen auszuloten.

Im Mittelpunkt der Schulung sollten die Gestaltungsspielräume der ÖPRE durch den Abschluss von Dienstvereinbarungen und das Erstellen von Vertretungskonzepten an den Schulen stehen. Bajraktari richtete daher seinen Fokus zunächst auf den rechtlichen Rahmen, die Dienstordnung. Er beleuchtete die Rolle und die Aufgaben der ÖPRE, die sich aus ihrem Wächteramt und ihren Mitbestimmungsrechten ergeben.

stimmungsrechten ergeben.

Vertretungskonzept muss Beteiligten gerecht werden

Benjamin Bajraktari, der Vorsitzender des Bezirkspersonalrates ist, hob in seinem Bericht aus den Stufenvertretungen die zunehmende Mangelversorgung an den Realschulen plus und die dadurch bedingte Belastung der Lehrkräfte hervor. Mangelversorgung und personelle Engpässe führ-



Beim interschulischen Austausch zum Thema Vertretungskonzepte ging es darum, eigene Umsetzungsvarianten zu erstellen und diese mit anderen Konzepten zu vergleichen.

ren zu übermäßigen Belastungen des Kollegiums und oftmals zu Frustration und Überlastung. Ein gut entwickeltes Vertretungskonzept, das auf die auftretenden Herausforderungen abgestimmt ist, muss allen am Schulleben Beteiligten gleichermaßen gerecht werden. Daher empfiehlt es sich, in enger Abstimmung mit den Schulleitungen ein Konzept zu entwickeln, das die Vertretung organisiert und erforderlichenfalls auch ein rollierendes Konzept vorsieht, um Schulklassen im „Homeschooling“ zu versorgen. Es gelte auch im Blick zu behalten, dass Mehrleistungen an Unterrichtsstunden innerhalb eines Jahres vorrangig durch Dienstbefreiung auszugleichen seien.

Ausgestaltung von Dienstvereinbarungen

Nicole Weiß-Urbach, sie ist Mitglied im Bezirkspersonalrat, informierte über die Ausgestaltung von Dienstvereinbarungen. Dienstvereinbarungen seien ein wichtiges Instrument zur Gestaltung schulischer Belange. Als „vorweggenommene Mitbestimmung“ erübrige eine Dienstvereinbarung die Beteiligung des Personalrates in mitbestimmungspflichtigen Angelegenheiten bei Einzelfällen mit gleichem sachlichem Gegenstand. Durch sein Wächteramt müsse der ÖPR garantieren, dass Dienstvereinbarungen für alle Beschäftigten gleichermaßen umgesetzt werden.

Informationsquellen

Ein Blick in die von der ADD herausgegebenen „Organisatorischen und personalrechtlichen Handreichungen für Schulleitungen und Lehrkräfte“ machte schnell deren Funktion als eine weitere reichhaltige Informationsquelle für die Arbeit der Personalvertretungen deutlich. Die Referentinnen und Referenten verwiesen auch auf den übersichtlichen VRB-Jahresplan für die Arbeit der ÖPRE, der viele jährlich wiederkehrende



Nicole Weiß-Urbach und Benjamin Bajraktari führten durch die Veranstaltung. Ihr Konzept, dem Austausch der Kolleginnen und Kollegen untereinander Raum zu geben, um wechselseitig Ideen auszutauschen und Gestaltungsspielräume an Schulen auszuloten, ging offensichtlich auf.

Tätigkeiten darstellt und somit eine wirksame Hilfe sein kann.

Bengjamin Bajraktari stellte als letzten zentralen Punkt der Schulung das Beispiel eines Vertretungskonzeptes vor, und motivierte die Teilnehmenden dann in Kleingruppen zu einem interschulischen Austausch, um eigene Umsetzungsvarianten zu erstellen

und diese mit anderen Konzepten zu vergleichen.

In alter Tradition endete die ÖPR-Schulung mit der Beantwortung weiterer Fragen zur schulischen Personalratsarbeit!

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Fotos: Bengjamin Bajraktari

VRB VOR ORT

Zu Besuch bei der IGS Sophie Sondhelm in Bad Kreuznach



VRB vor Ort:
Sind Sie
an einem Besuch
an Ihrer Schule
interessiert?
Sprechen Sie
uns an!



Bild oben – im Gespräch (von links): Nadine Diel (ÖPR) (links), Johannes Wagner (ÖPR), Bengjamin Bajraktari (VRB), Dieter Koch-Schumacher (Schulleiter)

Bild unten – VRB vor Ort: Bezirksvorsitzender Bengjamin Bajraktari besuchte in Bad Kreuznach die IGS Sophie Sondhelm.

Die Integrierte Gesamtschule in Bad Kreuznach besuchen rund eintausend Schülerinnen und Schüler. Sie werden dort von rund hundert Lehrkräften unterrichtet. Bezirksvorsitzender Bengjamin Bajraktari stand bei einem Besuch der Schule interessierten Lehrkräften und Schulleitungsmitgliedern für Fragen und Impulse zur Verbandsarbeit zur Verfügung.

Ausgangspunkt für den Austausch waren die schulischen Belastungen der Lehrkräfte, die in den letzten Jahren durch immer neue Herausforderungen zugenommen haben. Stichworte sind die Digitalisierung, die Corona-Krise und der Ukraine-Krieg.

Die Rufe nach „Entlastungen schaffen“ und „Mehr Personal einstellen“ bleiben gefühlt ungehört! Es fehlt weiterhin an qualifiziertem und ausgebildetem Personal, insbesondere solches mit dem Lehramt an Realschulen plus. Hier wünscht man sich deutlich mehr Einstellungen vor Ort, damit Lehrkräfte mit Sek I- und Sek II-Fakultas in einem guten Mischungsverhältnis gemeinsam unterrichten und pädagogisch handeln können.

Im Austausch mit Personalratsmitgliedern ging es um die Belastungen der Lehrkräfte. Sie sind hoch, teilweise fehlen Entlastungsstunden. Die hohen Klassenmesszahlen sowie fehlendes Personal waren weitere Themen.

Schulleiter Dieter Koch-Schumacher machte deutlich, wie stark das Schulklima an einer Schule durch die Be-

schäftigten und ihre pädagogische Arbeit geprägt wird. Im Austausch mit ihm wurde deutlich, dass sein Herz für die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung schlägt. Weitere Themen waren der Bedarf an ausgebildeten Förderschullehrkräften, der im Bezirk Koblenz besonders hoch ist. Diskutiert wurden auch Studentenforderungen und organisatorische Herausforderungen, die sich beispielsweise aus der Aufstockung des Faches Sozialkunde in der 9. Jahrgangsstufe ergeben.

In weiteren Gesprächen mit Lehrkräften konnten Fragen zur Mehrarbeit, zur Altersteilzeit sowie zum Versetzungs- und Planstellenvergabeverfahren besprochen und geklärt werden.

Bezirksvorsitzender Bajraktari dankte seinen Gesprächspartnern für den anregenden Austausch sowie dem ÖPR für die Organisation und Gestaltung vor Ort.

Bengjamin Bajraktari
bengjamin.bajraktari@vrb-rlp.de



Fotos: Bengjamin Bajraktari, Frau Engel (Sekretariat)

VRB-SCHULUNG FÜR LEHRKRÄFTE

Unterrichten mit dem iPad

Ende April veranstaltete der Bezirksverband eine Fortbildung zum Thema Unterrichten mit den iPads. In zwei Workshops konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erste Bedienschritte am iPad erproben und im Workshop für Fortgeschrittene vertiefen. Ziel der Veranstaltung war es, Sicherheit und Souveränität im Umgang mit den Tablets zu erlangen.

Das Demonstrieren von Einsatzmöglichkeiten half dabei, eigene Ideen von tabletgestützten Unterrichtsszenarien zu entwickeln und umzusetzen, ganz nach dem Motto „Just do it!“ Ferner wurden Ansätze zur Implementierung von iPad-Führerschein und der Befähigung zum sicheren Umgang mit iPads auf Seiten der Schülerinnen und Schüler aufgezeigt und diskutiert. Schlussendlich wurden verschiedene Apps zur Unterrichtsorganisation und Schuljahresdokumentation ex-

emplarisch vorgestellt. Im Anschluss an die Veranstaltung wurden Wünsche nach weiteren Fortbildungen abgefragt, um auch in Zukunft auf die Fortbildungsinteressen der Mitglieder eingehen zu können.

Ein herzliches Dankeschön richten wir an die Ernst-Barlach Realschule plus mit FOS in Höhr-Grenzhausen, welche die Durchführung dieser Veranstaltung ermöglichte und sich aktiv einbrachte.

Andreas Stegmann
andreas.stegmann@vrb-rlp.de



Andreas Stegmann unterrichtet an der Sonnebergschule Langenlonsheim die Fächer Deutsch, Ethik sowie Wirtschaft und Verwaltung und Informatik. Er ist abgeordnet an das PL. Sein Arbeitsschwerpunkt im Digitalen Kompetenzzentrum ist die Entwicklung und Durchführung von Fortbildungen zum Schulcampus RLP.



Foto: Bionda Bajraktari

In der VRB-Fortbildungsreihe geht es dem Team um Andreas Stegmann darum, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Sicherheit im Umgang mit aktueller Hard- und Software zu vermitteln.

► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 15. MÄRZ 2023

Schule machen ist Profiarbeit

VRB: „Gerade in Zeiten eines zunehmenden Lehrkräftemangels dürfen die Arbeitsbedingungen nicht noch weiter verschlechtert werden.“

Lehrermangel ist das bildungspolitisch beherrschende Thema und mit ihm stellt sich die Frage: Wie kann dem zunehmenden Unterrichtsausfall entgegengewirkt werden? Wenn schon nicht kurzfristig, so doch wenigstens mittelfristig. Das aktuelle Vorschlagsbündel reicht von Arbeitszeitverlängerungen für Lehrkräfte bis hin zu Unterrichtskürzungen für Schülerinnen und Schüler. „Die meisten Lösungsvorschläge zur Verhinderung eines steigenden Unterrichtsausfalls sind wirklichkeitsfremd und gehen zu Lasten der Lehrkräfte sowie der Schülerinnen und Schüler“, erklärt Timo Lichtenthäler, Landesvorsitzender des Verbandes Reale Bildung (VRB). Zugleich warnt der Verbandschef vor einer Entprofessionalisierung des Lehrerberufs. „Wir brauchen in der Schule weiterhin Expertinnen und Experten, die für die anspruchsvolle Aufgabe des Unterrichts und Erziehens von Kindern und Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung absolviert haben. Hintergrund dieser Forderung: In Berlin ist der Lehrkräftemangel so groß, dass Quereinsteiger ohne Fortbildung auf Schulklassen losgelassen werden. Auch andere Bundesländer suchen Lehrkräfte ohne abgeschlossene Lehramtsausbildung. „Solche Zustände müssen wir in Rheinland-Pfalz frühzeitig vermeiden, Schule ist Profiarbeit!“, erklärt Lichtenthäler.

In Rheinland-Pfalz zeigt sich der Lehrkräftemangel vor allem in Schulen der Sekundarstufe I. Realschulen plus und Integrierte Gesamtschulen haben Probleme, den tatsächlichen Bedarf an Lehr-

kräften zu befriedigen. Ernüchternd wirken darüber hinaus sinkende Studierendenzahlen für das Lehramt an Realschulen plus. „Für junge Menschen zählen bei der Berufswahl neben finanziellen Gesichtspunkten auch die Qualität des künftig zu erwartenden Arbeitsplatzes. Vielerorts ungünstige Rahmenbedingungen, auf die der VRB seit vielen Jahren hinweist, lassen sich nicht wegdiskutieren. Wir appellieren daher nachdrücklich an die Landesregierung und zugleich an die Kommunen, die Attraktivität ihrer Schulen durch eine sächlich bessere Ausstattung zu erhöhen. Denn: In gut ausgestatteten Schulen lehrt und lernt man besser!“, so der VRB-Vorsitzende.

Der VRB fordert die Landesregierung auf, Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Realschulen plus und an den Integrierten Gesamtschulen zu ergreifen. Dazu gehörten auch Arbeitszeit und Arbeitsinhalte. Vorschläge der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz, die darauf hinzielen, die bereits vorhandenen Belastungen der Lehrkräfte noch einmal zu toppen, seien alles andere als eine Werbung für junge Menschen, den gesellschaftlich so wichtigen Beruf des Lehrers bzw. der Lehrerin zu ergreifen. „Gerade in Zeiten eines zunehmenden Lehrkräftemangels dürfen die Arbeitsbedingungen nicht noch weiter verschlechtert werden“, so Lichtenthäler.

Schulisches Personalmanagement, Vertretungskonzept und Lehrkräftegesundheit

Der Bezirksverband veranstaltete seine Frühjahrs-Fortbildung für Örtliche Personalvertretungen im Kloster Neustadt. Bezirksvorsitzender Christoph Schneider, Mitglied im Bezirkspersonalrat Integrierte Gesamtschulen, konnte mehr als 30 Kolleginnen und Kollegen aus Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen begrüßen.

PES-Projekt

Ein Schwerpunkt der Veranstaltung war PES - Personalmanagement im Rahmen erweiterter Selbständigkeit von Schulen. Monika Antoni, auch sie ist Mitglied im Bezirksvorstand Neustadt und zudem Mitglied im Bezirkspersonalrat Realschulen plus, gab einen Überblick über das PES-Konzept, die Voraussetzungen der Finanzierung und über die Vertragsarten. Außerdem stellte sie die besondere Verantwortung der Örtlichen Personalvertretung und deren Beteiligung heraus. Sie hob hervor, dass durch die Verortung dieser Form der Personalrekrutierung in den Schulen selbst, die Mitglieder des ÖPR auch Wächter seien über die richtige Eingruppierung und Einstufung.

Vertretungskonzept

Schulen können nur am PES-Programm teilnehmen, wenn ein fundiertes und ständig zu evaluierendes Vertretungskonzept vorliegt, das von der Gesamtkonferenz beschlossen wird. Auf welche Inhalte hier geachtet werden soll und welche Rahmenbedingungen ausgehandelt werden sollen und können, erläuterte Michael Eich. Er ist stellvertretender Landesvorsitzender des VRB und Vorsitzender des Hauptpersonalrats Realschulen plus, außerdem kennt er aus seiner Arbeit als Schulleiter die Notwendigkeit, dass das individuelle Vertretungskonzept einer Schule fortlaufend an die sich ändernden Bedingungen angepasst werden muss.

Methodenmix

Michael Eich forderte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einem digitalen Quiz zum Thema Mehrarbeit heraus. Das führte zu vielen konkreten Fragen zur Thematik.

Jutta Okfen, Mitglied im Vorstand des Bezirks Trier und Vertreterin im Haupt-

personalrat der Integrierte Gesamtschulen, gab eine kurze erlebnispädagogische Einführung und motivierte die Teilnehmenden mit der Frage „Bereit es auszuprobieren?“ zum Mitmachen beim „Jonglieren“ oder „Volleyball mal anders“. Ihr ging es darum, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Ideen an die Hand zu geben, in Klassenleitungsstunden soziales Lernen mal anders auszuprobieren. Über diese spielerischen Akzente kamen diese auch in einen ungezwungenen Austausch miteinander.

Ifl-Online-Portal „Cockpit“

Die Aufgaben und Angebote des Instituts für Lehrgesundheits (IfL) skizziert Saskia Tittgen. Diese reichen von arbeitsmedizinischer Vorsorge und Beratung für einzelne Lehrkräfte bis zur Beurteilung der Arbeitsbedingungen an Schulen. Jede Schule ist angehalten, eine Gefährdungsbeurteilung zu erstellen. Eine Möglichkeit der Umsetzung bietet dabei das Online-Portal „Cockpit“ des IfL. Saskia Tittgen, Mitglied im Vorstand des Bezirks Neustadt und Mitglied im Hauptpersonalrat Realschulen plus, stellte dies vor.

Aus der Arbeit der Stufenvertretungen

Neben den genannten Themenkomplexen wurde die Arbeit in den Haupt- und Bezirkspersonalräten der Integrierten Gesamtschulen und Realschulen plus vorgestellt. Dabei ging Michael Eich (HPR Realschulen plus) auf die von Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig zur „Chefinnen-Sache“ erklärte Unterstützung der Schulen bei der Zuwanderung ein. Er thematisierte den Lehrkräftemangel und die im Raum stehenden Ansätze, ihn abzumildern. Darüber hinaus sprach er Aspekte der Digitalisierung und der Vermittlung digitaler Kompetenzen an.



Fortbildung im Kloster Neustadt. Aus dem Bezirksvorstand referierten (von links) Monika Antoni, Christoph Schneider und Saskia Tittgen. Auch Jutta Okfen und Michael Eich informierten aus der Arbeit ihrer Gremien.

Jutta Okfen (HPR Integrierte Gesamtschulen) gab Einblicke in den „Arbeitsalltag“ des Gremiums und schilderte dabei insbesondere den Austausch mit Referentinnen und Referenten des Bildungsministeriums, aber auch mit Staatssekretärin Brück und Bildungsministerin Hubig.

In beiden Stufenvertretungen steht die Dienstvereinbarung zum Schulcampus priorisiert auf der Agenda. Überdies sind sie bei der Aktualisierung von Lehrplänen in der Mitbestimmung und nehmen Stellung zu den Angeboten des Pädagogischen Landesinstituts, insbesondere im Hinblick auf die Berücksichtigung der Anliegen und Wünsche von Realschullehrerinnen und Realschullehrern.

Als Mitglied des Bezirkspersonalrates IGS ging Christoph Schneider ausführlich auf die Änderungen im Personalkompendium GTS ein und gab Hinweise zur Deputatsverrechnung von Aufsichten. Der Einsatz in der Lernzeit sei als Unterrichtseinsatz zu sehen.

ÖPR-Erreichbarkeit in Ferienzeiten sicherstellen

Monika Antoni berichtete abschließend von der Beteiligung des Bezirkspersonalrates bei der Besetzung von Koordinatorenstellen. Sie nahm darüber hinaus die Entwicklungen bei den Stellenbesetzungen zum 1. Februar 2023 in den Blick. In diesem Kontext appellierte sie an die Örtlichen Personalräte, in den Ferienzeiten ihre Erreichbarkeit sicherzustellen, um seitens der Personalvertretung eine reibungslose Beteiligung zu gewährleisten.

Herbsttagung folgt am 13. November

Abschließend dankte Christoph Schneider den Teilnehmerinnen und Teilnehmern und lud zur nächsten ÖPR-Schulung ein. Sie soll am 13.11.2023 in Neustadt stattfinden.

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



Fotos: Monika Antoni

Bereit es auszuprobieren? Über eine von Jutta Okfen initiierte erlebnispädagogische „Mitmachaktion“ kamen die Teilnehmenden zu einem ungezwungenen Austausch miteinander.

VRB ZU GAST IM STUDIENSEMINAR ILBESHEIM

Wegweiser durch den Vorbereitungsdienst

Lisa Deck, Alexander Fischer und Monika Antoni, sie sind engagiert im Bezirksverband Neustadt, besuchten im März 2023 das Studienseminar in Ilbesheim. Sie stellten die Arbeit des Verbandes Reale Bildung den Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern vor, die ihre Ausbildung am 1. Februar 2023 begonnen hatten.

Dabei erläuterten sie auch die Aufgaben der Personalvertretungen und die Bedeutung der Stufenvertretungen, die bei der ADD als Bezirkspersonalräte und beim Bildungsministerium als Hauptpersonalräte bestehen. An Beispielen zeigten sie die Nähe der dort zu findenden Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zum Schulalltag auf. Diese Informationen waren besonders für die gerade gewählten Mitglieder der örtlichen Personalvertretung von Bedeutung.

In individuellen Gesprächen konnten die Kolleginnen und Kollegen Lisa Deck, Alexander Fischer und Monika Antoni und die Unterstützungsangebote des VRB kennenlernen. Neben bspw. dem VRB-Handbuch, das viele für den Berufsalltag rechtliche Regelungen verständlich erklärt, standen vor allem die Möglichkeiten persönlicher Begleitung und Betreuung im Mittelpunkt. Alle Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner erhielten eine Ausgabe des „VRB-Wegweisers“, der speziell Fragen rund um den Vorbereitungsdienst beantwortet.

Die VRB-Vertretung zeigte sich abschließend erfreut über die freundliche Aufnahme im Seminar und die Impulse aus den Gesprächen, die sie auch mit Fachleiterinnen und Fachleitern führen konnten.



Fotos: Monika Antoni

Unterstützung auf dem Weg durch die Seminausbildung bieten Lisa Deck und Alexander Fischer am VRB-Info-Stand an

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



300 JAHRE REICHSGESCHICHTE IN SPEYER

VRB-Mitglieder besuchen im Historischen Museum die Ausstellung „Die Habsburger im Mittelalter. Aufstieg einer Dynastie“

Die Thronbesteigung Rudolf I. vor 750 Jahren nahm das Historische Museum in Speyer zum Anlass, ihm eine Ausstellung zu widmen. Speyer ist einziger außerösterreichischer Grablegeort mittelalterlicher Habsburger und dadurch besonders geeignet, den Aufstieg der Dynastie von Rudolf I. bis Maximilian I nachzuzeichnen.

Der Historiker Dr. Uli Steiger führte unsere Gruppe durch die Geschichte des Hauses Habsburg. Die Dynastie der Habsburger prägte über Jahrhunderte die Geschichte Europas. Das Stammschloss der Habsburger liegt in der Schweiz, und zwar im Aargau.

Rudolf I. (1218–1291), der 1273 als erster Habsburger zum König des Heiligen Römischen Reiches gewählt wurde, legte den Grundstein für den Aufstieg vom Grafen- zum Kaiserhaus. Als er 1291 in Speyer starb, wurde er im Kaiserdom beigesetzt.

Die Ausstellung zeichnet fast 300 Jahre Reichsgeschichte nach. Ausgangspunkt



ist die Grablege Rudolfs I. Sie erzählt von hier aufbauend die Geschichte der Habsburger durch das europäische Mittelalter. Sie folgt den Kämpfen um die Königsherrschaft im 13. und 14. Jahrhundert und dem Erstarben des Hauses Österreich im Schatten der Krone. Erst zu Beginn

des 16. Jahrhunderts schafften die Habsburger mit Friedrich I. und Maximilian I. die Rückkehr auf den Thron.

Um mehr Macht und die Vergrößerung ihres Reiches zu erreichen, setzten die Habsburger dann vermehrt auf geschickte verwandtschaftliche Verbindungen: „Kriege mögen andere führen, du glückliches Österreich, heirate!“

Ergänzend zu seinen umfassenden historischen Informationen wies uns Dr. Steiger auf interessante Exponate hin, wie z.B. die Königskrone, Rüstungen, Gemälde oder Urkunden im Original.

Die VRB-Mitglieder, die sich u.a. auch aus Rheinhessen, Mainz und Kaiserslautern nach Speyer aufgemacht hatten, waren beeindruckt von der Ausstellung. Im Museums-Café ließen wir die Veranstaltung ausklingen.

Gudrun Deck
gudrun.deck@vrb-rlp.de



DIE STRASSE ALS SYMBOL FÜR REISE, FERNWEH UND ABENTEUER

VRB-Mitglieder besuchen „Street Life“ im Wilhelm-Hack-Museum



Die Kunsthistorikerin Alessia Tardivo führte die VRB'ler durch die „Straßen in der Kunst“ von der Klassischen Moderne bis in die Gegenwart. In sechs Kapiteln werden medien- und epochenübergreifend verschiedene Strategien der künstlerischen Auseinandersetzung mit der Straße gezeigt.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts sahen die Futuristen, Expressionisten und Surrealisten die Straße als Spiegel der Gesellschaft. Beispielhaft führte Alessia Tardivo zu düster und schemenhaft wir-

kenden Bildern von Max Ernst, George Grosz und Ernst Ludwig Kirchner.

In der zweiten Abteilung überwogen fotografische Darstellungen des Lebens auf den Straßen der Metropolen in den 1920er und 1930er Jahren. Die Fotografien von Friedrich Seidensticker und Helen Levitt zeigen – gelegentlich humorvoll aufgehell – die Härten der Großstadtextistenz.

In der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die Straße von Künstlern und Künstlerinnen als Bühne für ihre Aktionen erobert, Häuser, Wände und Fassaden

werden zum Material. In einer eigenen Abteilung wird an Beispielen gezeigt, wie die zunehmend anerkannte Kunstform Graffiti die Straßen der Städte erobert.

Alessia Tardivo wies darauf hin, dass die Straße schon immer ein Symbol für Reise, Fernweh und Abenteuer war. Anhand der fotografischen Reisetagebüchern von Robert Frank und Stephen Shore wird dies sehr anschaulich verdeutlicht.

In der letzten Abteilung, wird - im Bezug zu aktuellen Krisen – die Straße als Aktionsraum für Demokratie und Partizipation thematisiert.

In der „Casa di Laul“ tauschte sich unsere Gruppe im Anschluss bei Kaffee und Kuchen über die neu gewonnenen und vielfältigen Eindrücke aus.

Gudrun Deck
gudrun.deck@vrb-rlp.de



Fotos: Wolfgang Wünschel

VORANKÜNDIGUNG!

Vom 17. September 2023 bis 31. März 2024 widmet das Historische Museum der Pfalz einer gleichermaßen facettenreichen wie bedeutenden Herrscherpersönlichkeit eine Ausstellung: „König Ludwig I. – Sehnsucht Pfalz.“ Wir werden eine Führung durch die Ausstellung reservieren, den Termin teilen wir rechtzeitig mit.



Offenheit und Großzügigkeit ist das Gestaltungsprinzip des Neubaus der Mannheimer Kunsthalle, die im Frühjahr selbst Mittelpunkt einer von Gudrun Deck (2.v.re.) initiierten VRB-Führung war.

SAMMLUNGSPRÄSENTATION NEU KURATIERT

VRB-Mitglieder lassen sich von der Kunsthalle Mannheim begeistern

Die Künstlerin und Restauratorin Mareile Martin führte uns zunächst durch den Neubau der Kunsthalle. Sie erläuterte die grundlegenden Pläne für diesen Bau: er sollte offen sein, Ausblicke gewähren auf den Wasserturm, den Friedrichsplatz mit seinen Jugendstilelementen und den angrenzenden Gebäuden. Offenheit und großzügige Gestaltung ist Prinzip im gesamten Neubau.

Im Jugendstilbau präsentiert sich die neu strukturierte Sammlung von Gemälden der Impressionisten, der Expressionisten und die reichhaltige Sammlung aus der Epoche „Neue Sachlichkeit“. Dieser Kunstbegriff wurde 1925 von Gustav Friedrich Hartlaub, dem Leiter der Kunsthalle, mit der gleichlautenden Ausstellung geprägt. Mareile Martin zeigte uns Gemälde bekannter Vertreter dieser Epoche. Das

sind beispielsweise Max Beckmann, George Grosz, Otto Dix, Rudolf Schlichter und Eugen Knaus. Diese Künstler zeichnen durchweg ein eher kritisches Bild von den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts.

Zum Abschluss der Führung interpretierte uns Mareile Martin noch das Herzstück der Mannheimer Sammlung: Edouard Manets „Die Erschießung Kaiser Maximilians von Mexiko“ (1868/69). Die künstlerische Gestaltung des Gemäldes weist auch auf die politischen Hintergründe hin: Maximilian, ein Habsburger, war vom französischen Kaiser nach Mexiko beordert worden, um dort die französische Macht zu sichern. Doch seine Mission misslang. Er wurde zum Tode verurteilt. Das Bild sorgte bereits zu Lebzeiten Manets für einen Skandal. Manet hatte das Scheitern der französischen Außenpolitik in Mittelamerika zum Ausdruck gebracht, indem er Kaiser Maximilian

an als deren Opfer darstellte: Die Soldaten des Erschießungskommandos tragen französische Uniformen. Der Schriftsteller Emile Zola fasste damals die Botschaft des Bildes mit den Worten zusammen: „Frankreich erschießt Maximilian.“ Diese Botschaft hatte auch die kaiserliche Zensur verstanden: In Frankreich war das Gemälde nie öffentlich ausgestellt.

Zum Ausklang des Nachmittags tauschten wir uns im Café der Kunsthalle über das gerade Erlebte aus. Dabei fand die aktuelle Ausstellung „1,5 Grad. Verflechtungen von Leben, Kosmos, Technik“ unser besonderes Interesse, weil sie auch in der kurz zuvor eröffneten Bundesgartenschau Anteile hat.

Gudrun Deck
gudrun.deck@vrb-rlp.de



Schulorganisation und Unterricht: VRB-Mitglieder im Gespräch mit dem ADD-Referenten Achim Buchholz



Bezirksvorsitzender Christoph Krier konnte zum Informationsaustausch mit dem ADD-Referenten Achim Buchholz zahlreiche Mitglieder, ÖPR-Vertreter und interessierte Lehrkräfte begrüßen.

Ende April fand in der Trierer Römerstadt-Jugendherberge unter der Leitung von Christoph Krier eine Bezirksversammlung statt. Referent und Gesprächspartner war Achim Buchholz. Er ist Schulaufsichtsbeamter im Referat 35 (Realschulen plus) und Ganztagschul-Koordinator bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier. Er informierte über schulrechtliche und schulorganisatorische Themen und beantwortete die Fragen der Teilnehmenden. Es kam zu einem regen Austausch.

Lehrkräftemangel – wie wird ihm begegnet?

Ein Thema war der aktuelle Lehrermangel an den Realschulen plus, der – wie Achim Buchholz hervorhob – nicht in allen Gegenden des Bezirks gleich ausgeprägt sei. Besonders in den Randgebieten würden Lehrkräfte gesucht, andere Gegenden seien dagegen gut versorgt.

Grundsätzlich sei es aber notwendig, das Lehramt an Realschulen plus innerhalb des Bundeslandes Rheinland-Pfalz attraktiver zu gestalten. Dies war auch die einhellige Auffassung aller Teilnehmenden. Hinterfragt wurde in diesem Zusammenhang auch, warum die Anwärterin-

nen und Anwärter, die kurz vor Ende des Schuljahres ihre Prüfung machten, nicht direkt übernommen, sondern zunächst in die Arbeitslosigkeit geschickt würden. Hier bestände doch die Gefahr der Abwanderung in andere Bundesländer. Auch die belastende Aufgabenzunahme in der ungebundenen Arbeitszeit könne zukünftige Lehrkräfte eher abschrecken, das Lehramt an Realschulen plus zu studieren.

Achim Buchholz vollzog vieles nach und gab sich überzeugt, dass im Ministerium diese Aspekte auch schon bekannt seien. Er nannte aber auch Punkte, die bereits umgesetzt würden, um für das Realschule plus-Lehramt zu werben: So sei es nun möglich, nach einem Studium für das Gymnasiallehramt problemlos ins Referendariat für Realschulen plus einzusteigen. Auch gebe es derzeit Ausschreibungen für den Quereinstieg für alle Fächer mit Ausnahme des Faches Deutsch. Allerdings sei auch hier die Zahl der Bewerbungen gering.

Ein weiterer Themenschwerpunkt war das Versetzungsverfahren. „Was muss erfüllt sein, um versetzt zu werden?“, war eine konkrete Frage aus dem Kreis der Teilnehmenden. Referent Buchholz erläuterte das Verfahren des Onlineversetzungsantrags. Er werde von der

Lehrkraft gestellt. Seitens der Schulleitung werde dazu eine Stellungnahme abgegeben. Die sei ausschlaggebend für den weiteren Verlauf der Antragsbearbeitung.

Funktionsstellen – Finden sich hier für noch Interessierte?

„Wenn man einen Blick in die letzten drei Amtsblätter wirft, fallen einem u.a. die zu besetzenden Schulleitungsstellen an drei bis vier Realschulen plus im Bezirk Trier auf. Diese sind teilweise in der Zweit- bzw. Drittausschreibung. Welche Antwort hat die Schulaufsicht auf die Frage der betroffenen Kollegien: Wann können wir mit der Besetzung rechnen?“, leitete Christoph Krier den zweiten größeren Themenbereich ein.

Dass es für die betroffenen Schulen nicht zufriedenstellend sei, dass sie teilweise lange ohne Leitung seien, konnte Achim Buchholz nachvollziehen. Er beschrieb detailliert die Verfahren zur Besetzung von Funktionsstellen und wies zugleich darauf hin, dass zwischen den Funkti-

Ein Thema war der Umgang mit Schulabsentismus, der sich durch Corona verstärkt haben dürfte. Um den Schulen diesbezüglich Handlungssicherheit zu geben, hat die ADD Leitfäden bereitgestellt, die ein rechtssicheres Agieren aufzeigen und beschreiben, wie dem Phänomen entgegengetreten werden kann.



onsstellen der Schulleitung, der ständigen Vertretung und der pädagogischen bzw. didaktischen Koordinatoren unterschieden werden müsse. Hier seien die Verfahren unterschiedlich ausgestaltet. Bei der Besetzung von Schulleiterstellen spiele auch die Beteiligung von Gremien wie beispielsweise des Schulträgerausschusses eine Rolle. Und durch deren Beteiligung würden die zeitlichen Abläufe oftmals gestreckt. Bei den übrigen Funktionsstellen könne demgegenüber das Verfahren in der Regel zügiger abgewickelt werden. Im Übrigen zeige die Teilnehmendenzahl der aktuellen e-Session für Interessierte an Schulleitungsaufgaben, dass sich durchaus Kolleginnen und Kollegen für offene Stellen finden ließen.

Studentenrat – flexibel und an das Profil der Schule anpassbar?

„Die Realschulen plus werben für sich und ihre gute pädagogische Arbeit mithilfe ihrer Schulprofile. Inwieweit kann das Profil Einfluss auf die Unterrichts-

organisation und die Studententafel nehmen?“, wollte Christoph Krier wissen. Der Schulaufsichtsbeamte führte dazu aus, dass die Kontingentstudententafel der Realschulen plus ab der Klassenstufe 7 Profilstunden zulasse und hier die Schwerpunktsetzung im Arbeiten der einzelnen Schule ermögliche. Im weiteren Gesprächsverlauf wurde aufgezeigt, dass in Verbindung mit dem Projekt „Schule der Zukunft“ die Beteiligten auch eingeladen seien, Schule neu zu denken. Anträge könnten beim Bildungsministerium eingereicht werden.

Schulabsentismus – durch Corona verstärkt

Anwesende berichteten, dass Corona nach ihrer Beobachtung den Schulabsentismus verstärkt habe. Es gebe zunehmend Schülerinnen und Schülern, denen es schwerfalle, den Weg in die Schule zu finden. Um den Schulen diesbezüglich Handlungssicherheit zu geben, hat die ADD den Schulen Leitfäden an

die Hand gegeben, die ein rechtssicheres Agieren aufzeigen und Handlungsschritte beschreiben, wie dem Phänomen entgegengetreten werden kann. Die entsprechende Literatur findet sich auf dem Bildungsserver unter der Rubrik „Schulpsychologie“.

Im Anschluss an das Gespräch mit Achim Buchholz, dem der Bezirksvorsitzende für seine Ausführungen und Einordnungen dankte, nutzten die Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit zum kollegialen Austausch. Es wurden Veranstaltungshinweise gegeben. Die entsprechenden Einladungen gehen den VRB-Mitgliedern zeitnah zu den Veranstaltungsterminen zu.

Martina Friderichs
martina.friderichs@vrb-rlp.de

Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de



Fotos: Anna Becker, Katharina Becker, Christian Jäger

VRB-FORTBILDUNG FÜR SCHULPERSONALRÄTE

Lehrkräftegesundheit stand im Mittelpunkt

Gefährdungsbeurteilungen über „Cockpit IfL“

Die Frühjahrsschulung der ÖPRE im Bezirk Trier stand ganz im Zeichen der Lehrkräftegesundheit. Als Experten konnten Prof. Dr. Stefan Letzel und Dr. Klaus Schöne vom Institut für Lehrgesundheit (IfL) Mainz gewonnen werden. Neben einer Einführung in das umfangreiche Arbeitsfeld des IfL, welche u. a. Prävention und Gefährdungsbeurteilungen beinhaltet, wurde den ÖPREn die Online-Plattform „Cockpit IfL“ erläutert. Es handelt sich um ein Unterstützungstool, mit dem eine Gefährdungsbeurteilung der eigenen Schule erstellt werden soll. Schulen können sich mit dem Ergebnis der Gefährdungsbeurteilung jederzeit an das IfL wenden und werden dort vollumfänglich und individuell beraten und unterstützt.

Dienstvereinbarungen als Chance, abgestimmt zu agieren

Am Nachmittag wurde es interaktiv: Themen wie die Personalisierung, Abordnungen und Versetzungen, das Lan-

despersonalvertretungsgesetz (LPersVG) als handlungsleitende Rechtsgrundlage sowie die Vor- und Nachteile von Dienstvereinbarungen wurden in kleineren Arbeitsphasen und Teams bearbeitet und erörtert. Dabei wurde herausgestellt, dass die Vereinbarungen für das Kollegium aber auch die Schulleitung Chancen bieten. Sie geben allen Beteiligten Spielräume und die Möglichkeit, intern auf die gegebenen Situationen flexibel in gemeinsamer Verantwortung, aber auch aufeinander abgestimmt, zu agieren.

Aus der Arbeit der Stufenvertretungen

Katharina Becker (Bezirkspersonalrat RS plus) berichtete den Teilnehmenden von aktuellen Aufgaben aus ihrer Tätigkeit und gab anhand zahlreicher Fallbeispiele Handlungsempfehlungen im ÖPR-Alltag. Unterstützt wurde sie durch Jutta Okfen (Hauptpersonalrat IGS) und Christoph Krier (Hauptpersonalrat RS plus), die ebenfalls aus ihrer Tätigkeit der letzten Monate berichteten. In dem Zusammen-



Bezirksvorsitzender Christoph Krier begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der VRB-Frühjahrschulung und berichtete aus der Arbeit des Hauptpersonalrates RS plus. Ausgehend von zahlreichen Fallbeispielen gab Katharina Becker (2.v.li.) Handlungsempfehlungen für die ÖPR-Arbeit.



Prof. Dr. Letzel informierte u. a. zu Fragen der arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Prävention an Schulen.



Dr. Schöne führte aus, welche Unterstützung die Schulen im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung vom IfL erwarten können.

hang erläuterten sie die jeweiligen Zuständigkeiten, nämlich des HPR auf Landesebene und des BPR auf Bezirksebene. Katharina Becker betonte die Eigenverantwortung der Örtlichen Personalräte und Schulen besonders bei PES-Verträgen, die ohne Einbezug des BPR abgeschlossen werden. Sie erklärte ebenfalls, dass die BPre die Bewerbungsverfahren von Funktionsstellen bei den Stellen der pädagogischen und didaktischen Koordination sowie bei zweiten Konrektoren begleiten. Weiterhin berichtete sie, dass sich aktuell die Stellenbesetzung bei Realschulen plus schwierig gestaltet, da es zu wenig Bewerberinnen und Bewerber gebe. Besonders herausfordernd sei die Situation für Schulen, die sich in einem Zuständigkeitsverbundsystem befinden, wie Grund- und Realschulen plus, Integrierte Gesamtschulen und Realschulen plus mit Fachoberschulen. Hier müsse zusätzlich eine Freigabe durch die jeweiligen Nachbarreferate erfolgen.

**Diskussionsthema
SWK-Empfehlungen**

Ein weiteres Thema, das in den Schulen und in der Öffentlichkeit zu einem regen Austausch führte, waren die „Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel“ der SWK (Ständige Wissenschaftliche Kommission). Die SWK ist ein Beratungsgremium der Kultusministerkonferenz (KMK) aus allen 16 Bundesländern. Unter anderem regt sie Strei-

chungen bei der Teilzeit und Altersteilzeit oder auch die Erhöhung der Deputate an. Nachzulesen sind die Empfehlungen unter: Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel (kmk.org)

Der VRB hat die Vorschläge im Einzelnen bereits vorgestellt und eingeordnet (s. Reale Bildung 2023/1 u.2, S. 6-11).

**Fallbeispiele
aus dem Schulalltag**

Abschließend wurde herausgearbeitet, welche Regeln für ein Dienststellengespräch gelten, die von allen Beteiligten einzuhalten sind und inwiefern sich ein Dienststellengespräch von einem Personalgespräch unterscheidet. Anhand alltagstauglicher Fallbeispiele konnten die ÖPre Erfahrungen einbringen oder neue Impulse für die künftige Aufgabenbereiche mitnehmen.

Wir freuen uns auf die nächste Schulung, die in gewohnter Weise im Winter gemeinsam mit dem Bezirk Koblenz in Treis-Karden stattfinden wird.

Anna Becker
anna.becker@vrb-rlp.de



Fotos: Anna Becker, Katharina Becker, Christoph Krier



Anna Becker, Christian Jäger und Jutta Okfen (von links) gehören ebenfalls dem VRB-Expertenteam an. Sie verdeutlichten u. a., dass Dienstvereinbarungen die Zusammenarbeit von Schulleitung und Personalrat erleichtern können.

ONLINE-SCHULUNG

„Gewusst wie in 60 Minuten“ – Digitales Infoangebot für Mitglieder

In einem neuen Format für unsere Mitglieder „Gewusst wie in 60 Minuten“ informieren wir jeden ersten Mittwoch im Monat in einer maximal einstündigen digitalen Schalte zu ausgewählten dienst- und schulrechtlichen Themen. Gern können Sie die nächsten Termine auf der Website einsehen und sich anmelden.

Teilzeitbeschäftigung

Am 1. März 2023 informierte Martina Friderichs (Schriftführerin des Bezirks Trier) umfassend über das Thema Teilzeitbeschäftigung. In ihrem Impulsvortrag wurde anfangs dargestellt, wer Anspruch auf eine Teilzeitbeschäftigung hat, welche Rolle der Dienstherr und die Schule spielen und was es heißt, in Teilzeit zu arbeiten. Im Austausch mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde hervorgehoben, dass Fristen für die Beantragung einzuhalten sind und Ausnahmen nur im Falle des Mutterschutzes bzw. der Elternzeit möglich sind.

Teilzeitbeschäftigte sehen sich gelegentlich als „Verlierer“, da Dienstbesprechungen, pädagogische Konferenzen, Gesamtkonferenzen und andere Schulveranstaltungen oftmals eine Anwesenheit erforderlich machen oder dienstlich verpflichtend sind. Eine teilzeitbeschäftigte Teilnehmerin merkte an, dass sich die mit ihrer Deputatsreduzierung erhoffte Entlastung leider nicht im erwarteten Umfang eingestellt habe.

„Suchen Sie das Gespräch mit Ihrer Schulleitung. In der Regel finden sich Möglichkeiten, Entlastungen zu schaffen. Wichtig ist die Kompromissbereitschaft beider Seiten“, ermutigt Christoph Krier (Bezirksvorsitzender) die Anwesenden. Schule sei in der Ausgestaltung immer ein Geben und Nehmen.

In den sechzig Minuten wurde auch darauf verwiesen, dass die Verwaltungsvorschrift zur Teilzeitbeschäftigung berücksichtigungsfähige Sachverhalte benenne, die im schulischen Alltag, jedoch nicht generell für alle gleichzeitig umgesetzt werden könnten. „So können nicht alle Teilzeitlehrkräfte morgens erst zur zweiten Unterrichtsstunde ihren Dienst beginnen und nach der fünften Stunde frei haben“, so Friderichs. Individuelle Wünsche könnten an den Stundenplanmacher herangetragen werden, doch dieser werde möglicherweise nicht alle erfüllen können. Krier ergänzte: „Hier hat der ÖPR die Möglichkeit, einen aufmerksamen und prüfenden Blick auf die Pläne zu werfen. Vielleicht ist zu einem

späteren Zeitpunkt mit einem Stundenplanwechsel auch ein Tausch machbar.“

Elternzeit

Am Mittwoch, dem 3. Mai 2023, wurden Fragen rund um das Thema Elternzeit beantwortet und hilfreiche Informationen gegeben. Die Schwerpunkte dieser Veranstaltung lagen auf den Themen Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld.

Im Themenbereich Mutterschutz referierte Alexander Sonnen (stv. Bezirksvorsitzender) über mögliche individuelle und allgemeine Beschäftigungsverbote sowie darüber, welche Verbote für die werdende Mutter mit der Meldung der Schwangerschaft in Kraft treten könnten.

Mit der Geburt eines Kindes treten immer wieder Fragen rund um die Elternzeit auf. So war es für Teilnehmerinnen der Veranstaltung wichtig zu wissen: „Bis wann muss ich die Elternzeit beantragen?“ oder „Ist eine Teilzeitarbeit während der Elternzeit möglich?“

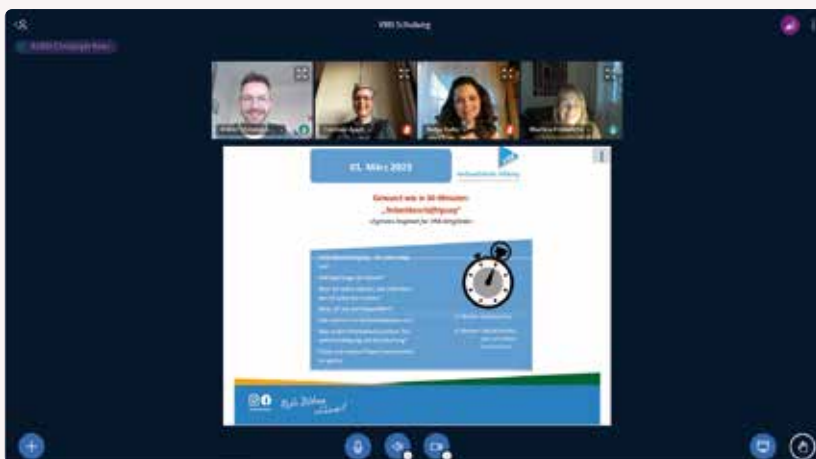
Im Bereich des Elterngeldes wurde neben dem Basiselterngeld auch auf die Variante des Elterngeldes plus eingegangen und die Vorteile beider Varianten aufgezeigt.

Sie hatten leider keine Zeit, an einer Schalte teilzunehmen? Dann informieren Sie sich auf unserer Homepage und nehmen Sie Kontakt zu uns auf. Wir beraten Sie gerne. Der Juli-Termin hat das Thema Altersteilzeit.

Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de



Alexander Sonnen
alexander.sonnen@vrb-rlp.de



„Gewusst wie in 60 Minuten“ ist ein digitales Infoangebot für VRB-Mitglieder. Der erste Mittwoch im Monat hat sich dafür etabliert. Im Mittelpunkt stehen ausgewählte dienst- und schulrechtliche Themen. Das Bildschirmfoto entstand bei der März-Veranstaltung zum Thema Teilzeitbeschäftigung.

Ehrenmitglied Alfons Denig verstorben



Alfons Denig verstarb am 15. Juni 2023, wenige Wochen vor Vollendung seines 87. Lebensjahres. Im VDR/VRB leistete er jahrzehntelang im Bezirks- und Landesvorstand ein immenses ehrenamtliches Arbeitspensum. 25 Jahre war Alfons Denig Landeskassierer und danach weiterhin ein wertvoller Experte in finanz- und vertragsrechtlichen Fragen.

Alfons Denig leitete die Realschule Rockenhausen, um deren Erhalt als Realschule er jahrelang erfolgreich gemeinsam mit seinem Schulleiternbeirat und unserem Verband kämpfte. Die Landesregierung hatte in den neunziger Jahren die Schließung der Realschule zugunsten einer Umwandlung zur IGS beschlossen. Eine erfolgreiche Klage dagegen sicherte beide Optionen – sowohl Realschule als auch IGS - an einem Schulstandort.

Nach der zweiten Lehrerprüfung 1963 wurde Alfons Denig zunächst als Volksschullehrer an die Realschule Eisenberg versetzt. VDR-Landesvorsitzender Werner Schappert machte dort 1965 eine Stippvisite und warb ihn als neues VDR-Mitglied.

Alfons Denig war Ehrenmitglied des VRB. Seine Entscheidung, in den VDR einzutreten, hat sein Leben, wie sich herausstellen sollte, maßgeblich geprägt: Er war von 1980 bis 2005, also 25 Jahre lang, Landeskassierer

und beeinflusste unmittelbar die erfolgreiche Entwicklung des Verbandes und seiner Mitgliedgliederzahlen: Er organisierte in mühsamer Kleinarbeit ein geordnetes, zentrales Beitragsinkasso durch den Landesverband. Bis vor wenigen Jahren war er VRB-Referent für Versicherungsfragen. Sein Wirken im Verband empfand er als Zeit „voller Highlights“. Einige davon hat er in der Rubrik „Zeitzeugen erinnern sich“ (Ausgabe 3-4/2020, S.27–28) geschildert.

In seiner Freizeit unternahm Alfons Denig zahlreiche Reisen. Jahrzehnte lang fuhr er mit dem Wohnwagen in sein geliebtes Spanien, in späteren Jahren mit seinen Reisefreunden um die Welt.

Alfons Denig liebte den Fußball. Er war Schieds- und Linienrichter mit Einsätzen in der Bundesliga und im Europapokal. Er kannte sprichwörtlich alle Sportplätze. Alfons bewunderte die Münchner Bayern. Aber beim Hallenfußball mit seiner Lehrermannschaft trug er das Trikot des FC Barcelona.

Der Verband Reale Bildung erinnert sich seines Ehrenmitglieds Alfons Denig mit Dankbarkeit und großem Respekt.

Bernd Karst und Wolfgang Wünschel



Achtung!
Sie bekommen keine
Post mehr vom VRB?
Bitte Mitgliedsdaten
aktualisieren!



Mitgliederverwaltung

Die Mitgliederverwaltung bittet darum, dass Adressänderung, Schulwechsel, Namensänderung wegen Heirat, Änderung der Bankverbindung, Änderung beim Beschäftigungsverhältnis (TV-L/Planstelle, Vollzeit/Teilzeit, Stundenzahl) an Wolfgang Seebach weitergegeben werden.



Wolfgang Seebach
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de
Tel: 0 26 7 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
Unterstraße 19
56814 Faid

In der kommenden Ausgabe ...

- analysieren wir die Startbedingungen des neuen Schuljahres,
- stellen wir die Themenschwerpunkte der Landesdelegiertentagung vor,
- informieren wir über die Ergebnisse der Hauptvorstandssitzung,
- werten wir die VRB-Tagung zur Fachoberschule aus,
- berichten wir über Initiativen aus dem Landtag, der KMK sowie aus dem dbb und dem VDR-Bund,
- schauen wir mit Wissenschaftsminister Hoch auf die rheinland-pfälzische Hochschullandschaft,
- sprechen wir mit Julian Paul von der Landesschüler*innenvertretung RLP u.a. über den kürzlich eingeführten Kulturpass,
- setzen wir die Schulrechts-Reihe mit Anwältin Antonia Dufeu fort,
- stellen wir das beim PL angesiedelte Digitale Kompetenzzentrum vor,
- informieren wir über die Seminare und Veranstaltungen der VRB-Bezirksverbände,
- besprechen wir den Film „Lehrerzimmer“ und Silke Müllers Buch „Wir verlieren unsere Kinder“,
- befragen wir den Leiter der bei der ADD angesiedelten MINT-Geschäftsstelle zu deren Aufgaben und Unterstützungsangeboten,
- werfen wir einen Blick auf den Mathematikunterricht in Indien,
- berichten wir über unsere Verhandlungen und Beratungen mit den Parteien, dem Ministerium, der Schulverwaltung, Schulträgern und Verbänden.



Impressum

Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Timo Lichtenhäler
Felix-Blass-Straße 2
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Tel: 0 26 41/9 11 72 84
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

Mitgliederverwaltung

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Schatzmeister

Erwin Schneider
Mühlenweg 24
54675 Roth
Tel: 0 65 66 / 9 33 19 19
Fax: 0 65 66 / 93 51 11
erwin.schneider@vrb-rlp.de

Redaktion

Wolfgang Wünschel
Am Schlossberg 20
76835 Hainfeld
Tel: 0 63 23 / 8 18 77
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

Redaktionsteam

Monika Antoni (MA), Anna Becker (ABec),
Katharina Becker (KBec), Jana Brachtendorf
(JBra), Michael Eich (Eic), Wolfgang Häring
(Hr), Bernd Karst (Ka), Wilfried Rausch (Ra),
Wolfgang Seebach (WS), Regina Sersch (Ser),
Nicole Weiß-Urbach (NWU)

Layout, Auflage und Druck

Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de
5.000 Exemplare, WIRmachenDRUCK GmbH



Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Daniela Boudgoust (boudgoust@bizzdesign.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.



Inklusion – gelingende Weiterentwicklung nicht erkennbar!

Rheinland-Pfalz holen die Versäumnisse der Vergangenheit ein

Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) attestierte 2021, dass Rheinland-Pfalz bei der schulischen Inklusion schlecht aufgestellt ist, obwohl bereits im Jahr 2014 die Rechte von Schülerinnen und Schülern in das Schulgesetz aufgenommen worden sind.

System der Schwerpunktschulen ist alternativlos

Es ist zu begrüßen, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung am System der Schwerpunktschulen festhält und sich nicht von bestimmten gesellschaftlichen Gruppierungen und wissenschaftlichen Strömungen zur Abschaffung der Förderschulen drängen lässt. Doch Mainz dürfte dabei auch klar sein, dass die Abschaffung der Förderschule das rheinland-pfälzische Schulsystem kollabieren lassen würde. Die personellen, baulichen, sächlichen und finanziellen Voraussetzungen für ein solches „inklusives Setting“ sind nicht gegeben. Allerdings schafft es Rheinland-Pfalz derzeit auch nicht, die Schwerpunktschule adäquat auszustatten. Ein Grund dafür ist die chronische Unterfinanzierung.

Aktionismus bei der Lehrerversorgung nicht zielführend

Mit der geplanten Versetzungskette erweist die Landesregierung sich selbst und vor allem der schulischen Inklusion einen Bärendienst. Das Arbeiten in stabilen multiprofessionellen Teams ist eine Grundvoraussetzung für gelingende Inklusion. Zurecht sind die betroffenen Förderschullehrkräfte als auch die Schwerpunktschulen aufgebracht. Hilflös mutet der Versuch des Förderschulreferats der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) an, der Öffentlichkeit weismachen zu wollen, dass in der Südpfalz ein Überangebot an Förderlehrkräften existiere. („Dilettantisch und ignorant“, DIE RHEINPFALZ vom 17.06.23). Auch im Süden ist die Versorgung nicht bedarfsgerecht - sie war bisher nur noch nicht ganz so defizitär wie in anderen Landesteilen.

Kindeswohl muss im Mittelpunkt der Inklusionspolitik stehen

Mit der Kritik an der aktuellen Lage der schulischen Inklusion in Rheinland-Pfalz werden die Forderung von Gruppierungen mit gesellschaftspolitischen Zielen nach der Abschaffung der Förderschule und des Wahlrechts der Eltern von Kindern mit Förderbedarf wieder lauter. Dies darf nicht davon ablenken, dass die Kritik an der schulischen Umsetzung der Inklusion berechtigt und wichtig ist. Denn das tatsächliche und nicht das behauptete Kindeswohl muss im Mittelpunkt der Inklusionspolitik stehen. Und zur Wahrheit gehört, dass es immer junge Menschen geben wird, die auf den geschützten Raum einer spezialisierten Förderschule angewiesen sein

werden. Diese Schülerinnen und Schüler in das Regelsystem bzw. in eine Schwerpunktschule zu zwingen, hilft ihnen nicht und ist auch sicher nicht das Ziel der UN-Behindertenkonvention.

Fördergutachten nicht in Frage stellen

Die neu vorgelegte Inklusionsverordnung nimmt angemessene Neuerungen vor, so wird z. B. der Nachteilsausgleich erstmals in einer Verordnung implementiert – das führt zu mehr Klarheit und Verbindlichkeit. Allerdings gibt es auch Nachbesserungsbedarf. Mainz sollte sich nicht auf die Dogmen bestimmter Gruppierungen einlassen, nach denen Fördergutachten Kinder und Jugendliche „stigmatisieren“ würden. Je früher bei bestimmten Anzeichen eine Begutachtung vorgenommen wird, desto schneller kann passgenau geholfen werden. Das Ausschließen einer Begutachtung in den Eingangsklassen der Grundschulen und der weiterführenden Schulen ist daher nicht nachvollziehbar.

KlarText: Mainz ist in der Pflicht und Verantwortung, Schwerpunktschulen besser auszustatten. Es rächt sich, dass Rheinland-Pfalz zu spät in den Personalaufbau investiert hat, denn es gibt viel zu wenig Förderschullehrkräfte. Der Druck, der auf Mainz lastet, ist immens. Und unter Druck werden Fehler gemacht: Mit der geplanten Versetzungswelle erweist die Landesregierung der Inklusion einen Bärendienst.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung muss sich endlich den Fehlern der Vergangenheit stellen und für die schulische Inklusion mehr Finanzmittel bereitstellen. Sie muss sich auch ehrlich machen und den augenblicklichen Aktionismus beenden, denn mit verprellten Lehrkräften lässt sich in keinem denkbaren Setting gelingende Inklusion bewerkstelligen. Die Versäumnisse aufzuholen, wird dauern.

Mainz darf zudem jenen Akteuren nicht nachgeben, die für ihre gesellschaftspolitischen Zielsetzungen die schulische Inklusion vereinnahmen wollen und der Abschaffung der Förderschulen und des Elternwahlrechts das Wort reden. Die Ressourcenfrage und auch die Zweckdienlichkeit dürfen nicht ausgeklammert werden. Inklusion ist als Menschenrecht für das Wohl der Menschen da, und das gilt es zu schützen.

Michael Eich
michael.eich@vrbp-rlp.de



Beitrittserklärung

Verband Reale Bildung
Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz
Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Name	Vorname	Geb.-Datum	E-Mail
Straße		PLZ und Wohnort	Telefon/Fax/Mobil-Nr.
Dienstbezeichnung	Schule	Prüfungsfächer	

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A TV-L
- Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden Ich bin Mitglied im ÖPR
- Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar voraussichtlich bis zum
- Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ist bereits Mitglied im Verband.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich die Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert und verarbeitet werden.

Bankleitzahl	Name der Bank	Kontonummer
IBAN		BIC
Ort	Datum	Unterschrift

Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Der Monatsbeitrag orientiert sich an 0,55 % vom Bruttobetrag der Besoldung des Eingangsamtes und wird deshalb von Zeit zu Zeit angepasst. Die aktuelle Anpassung erfolgte am 1. Januar 2020.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		20,50
A 15		19,50
A 14		17,-
A 13		16,-
A 12	oder darunter	15,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	13,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	11,-
TV-L	Vollbeschäftigung	13,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
Pensionäre		8,-
Lehramtsanwärter		3,-

Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15–21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbeitrag.

Beurlaubte, Pensionäre

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

Ehegatten, Lebenspartner

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrages.

Lehramtsanwärter

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.



LETZTE MELDUNGEN

Reale Bildung in Rheinland-Pfalz: Verstärkung im Redaktionsteam



Anna Becker ist Didaktische Koordinatorin (komm.) an der Grund- und Realschule plus Neuerburg. Im VRB gehört sie dem Expertenteam Social Media an. Ihre Arbeitsschwerpunkte in der Redaktion sind Social Media, Digitalisierung und Medieneinsatz in der Schule. Ihr Autorinnenkürzel ist ABec.



Katharina Becker (Ruwertal Grund- und Realschule plus Waldrach) ist VRB-Referentin für Tarif-, Besoldungs- und Versorgungsrecht. Daraus ergeben sich auch ihre Arbeitsschwerpunkte in der Redaktion, zu denen die Berichterstattung aus dem dbb hinzukommt. Ihr Autorinnenkürzel ist KBec.



Jana Brachtendorf (Brohltal Realschule plus Niederzissen) engagiert sich im VRB-Team „Junge Lehrkräfte“. Ihre Arbeitsschwerpunkte in der Redaktion sind der Berufseinstieg für junge Lehrkräfte und die Arbeit des Landtags. Ihr Autorinnenkürzel ist JBra.

MA/Wü

Bildungsprojekt startup@school – Schulen und regionale Wirtschaft vernetzen

Mit dem Projekt startup@school bringen die rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern Wirtschaftsthemen in den Unterricht und vernetzen Schulen und regionale Unternehmen. Das Bildungsprojekt wurde im Jahre 2022 auf alle vier IHKs im Land ausgeweitet. Die IHK für Rheinessen setzt es seit 2017 erfolgreich um. In Rheinland-Pfalz beteiligen sich aktuell knapp 30 Schulen und mehr als 40 Unternehmen aus verschiedenen Branchen. Insgesamt konnten über 1.200 Schülerinnen und Schüler das Projekt durchlaufen. Das Projekt wird unter der Schirmherrschaft des Ministeriums für Bildung Rheinland-Pfalz sowie mit Unterstützung des pädagogischen Landesinstituts Rheinland-Pfalz umgesetzt.

Ziel des Bildungsprojektes ist es, Schülerinnen und Schüler in der Schule mit wirtschaftlichen Themen und Zusammenhängen in Berührung zu bringen, sie im zu unterstützen und somit eine frühzeitige ökonomische Bildung zu fördern. Dabei werden unter anderem die Schwerpunkte auf die Themen Unternehmertum, Selbstständigkeit als Karrierealternative und die duale Berufsausbildung gelegt. Das Projekt richtet sich an allgemeinbildende, weiterführende Schulen für die Klassenstufen 7 bis 13.

<https://www.ihk-rlp.de/produktmarken/fachkraefte-sicherung/aktionsplan-fachkraefte/-zielgruppen/fuer-schuelerinnen-schueler-und-schulen/bildungsprojekt-startup-school-5696784>

Immer weniger junge Menschen in dualer Berufsausbildung

Die rheinland-pfälzischen Kammern meldeten in 2022 rund 59.700 Auszubildende. Das waren rund 2.200 weniger als im Jahr zuvor – ein Minus von 3,6 Prozent. Gegenüber 2012 sank die Zahl der Auszubildenden um etwa 12.800 bzw. 18 Prozent.

Der Rückgang ist unter anderem auf die demografische Entwicklung und den Trend der Höherqualifikation zurückzuführen. Daneben begründen auch die Akademisierung ausgewählter Berufe und das Angebot landesrecht-

lich geregelter bzw. vollschulischer Berufsqualifikationen (z. B. Erzieher/-in, Sozialassistent, Altenpflegehilfe) die sinkenden Zahlen der jungen Menschen in einer dualen Berufsausbildung. Besonders deutlich ist der Rückgang bei den weiblichen Auszubildenden sichtbar: Zwischen 2012 und 2022 verringerte sich deren Zahl um 25 Prozent, die der Männer hingegen nur um 13 Prozent.

Hr / Quelle: statistik.rlp.de, 4. April.2023